Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

September 2023
21. Jahrgang - Ausgabe 114
Einzelpreis: 4,50€
ISSN 1612-7366

Schwerpunkt: Grenzen

Fluider Grenzraum
Checkpoint Management
Was ist Europa?
NATO-Gipfel in Vilnius
Militarisierung der Universitäten
GovTech

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Inhalt

Schwerpunkt

Editorial. Grenzen: unerwartet uneindeutig, oft blutig und in Bewegung - **Christoph Marischka** - 3
Fluider Grenzraum: Chinas Verhältnis zu seinen Seegrenzen - **Andreas Seifert** - 6
Zwischen Kaschmir und Koch Bihar: Landgrenzen und Grenzkonflikte in Südasien - **Ben Müller** - 11
Ein Wall quer durch‘s Land: Grenzen in der besetzten Westsahara - **Pablo Flock** - 15
Checkpoint Management: Israels industrielle Reservearmee - **Lena Schmailzl** - 18
Grenzen: High-Tech-Sortiermaschinen? Rezension zweier Publikationen - **Christoph Marischka** - 23
Eine Grenze, die verbinden soll: Der „Whisky-Krieg“ um die arktische Hans-Insel ist beendet - **Ben Müller** - 27
Interviews: Statewatch, Border Ecologies Network und migration-control.info sprechen über Grenzen - 29
Was ist Europa? - 32

Magazin

Deutschland und die Bundeswehr

Deutschlands Nationale Sicherheitsstrategie: Wehrhaft -Wertebasiert - Interessengeleitet! - **Jürgen Wagner** -33
Wie eine Bildungsministerin die Zivilklauseln abschaffen will - **Chris Hüppmeier** - 36
Zielbild Marine 2035+: Umbau für Großmachtkriege - **Jürgen Wagner** - 37
Rezension: Der „Grüne Krieg“ – kein neuer Krieg - **Peter Clausing** - 41

NATO

Litauen: Deutsche Brigade –Verfestigte Fronten - **Martin Kirsch** und **Jürgen Wagner** - 43
Bulgariens boomende Rüstungsindustrie - **Yasmina Dahm** - 47
NATO-Gipfel in Vilnius: Streitkräftemodelle, Verteidigungspläne und 2%-Jackpot - **Jürgen Wagner** - 51

Digitale Rüstung

Closing the Implementation Gap: Militärische KI vor dem Durchbruch? - **Christoph Marischka** - 54
GovTech: Technologie – politisch, profitabel und rechtskonservativ? - **Christoph Marischka** - 59

Sahel-Zone

Kommt nun der Showdown im Sahel? ECOWAS droht mit Intervention im Niger - **Pablo Flock** - 63
Mali im Alleingang - **Pablo Flock** - 67

Editorial

Grenzen: unerwartet uneindeutig, oft blutig und in Bewegung

von Christoph Marischka

We didn't cross the border, the border crossed us.

„Nicht wir sind über die Grenze gekommen, die Grenze ist über uns gekommen". Diesen Satz hat die Künstlerin und Aktivistin Melanie Cervantes unter einem Foto angebracht, das einen jungen Mann in traditionell mexikanischer – eigentlich aztekischer – Kleidung zeigt, der 1969/70 an der Besetzung der Insel Alcatraz in der Bucht von San Francisco teilgenommen hat. Die berühmte Gefängnis-Insel hatte einst zu Mexiko gehört, bevor das Land im Krieg von 1846 bis 1848 über die Hälfte seiner Fläche an die USA verlor. Edward J. McCaughan beschreibt davon ausgehend die Geschichte des Dorfes Doña Ana im heutigen Bundesstaat New Mexico, dessen Einwohner*innen sich damals entscheiden mussten, die US-Staatsbürgerschaft anzunehmen oder nach Mexiko „zurückzukehren": Einige entschieden sich, über die neue Grenze zu ziehen und gründeten kurz dahinter die Siedlung Mesilla. Fünf Jahre später wurde auch dieses Gebiet von den USA „gekauft". Zweimal kam die Grenze über die Einwohner*innen von Mesilla. Auch der französische Künstler Adrien Missika griff den Satz als Titel einer Bilderserie auf, die aus 16 Fotos von Saguaro-Kakteen besteht, welche in diesem Gebiet wachsen. „Diese Kakteen, die mehr als 150 Jahre alt werden, wuchsen auf mexikanischem Territorium und sind nun [US-] amerikanisch", schreibt er hierzu (siehe Cover).

Wodurch sich ein Staat definiere, war die (wenig einfallsreiche) erste Frage meiner mündlichen Abschlussprüfung zum Magister der Politikwissenschaft. Zum Glück erinnerte ich mich an die sog. Drei-Elemente-Lehre des österreichischen Staatsrechtlers Jellinek und antwortete entsprechend: „Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt". Damit war die Frage beantwortet. Alle drei Begriffe beziehen sich auf etwas überwiegend symbolisches, wobei Grenzen vielleicht noch das konkreteste sind, auf das sie sich jeweils beziehen. Grenzen definieren die Staaten und werden entsprechend gerne statisch gedacht. Eine Ausnahme hiervon sind Imperien, die eine beständige Ausweitung ihres Herrschaftsbereichs anstreben, wobei aber auch hierbei die damit häufig entstehende Unklarheit der äußeren Grenzen als Symptom des bevorstehenden Niedergangs dieser Imperien gedeutet werden kann.

Grenzen verschieben sich, entstehen neu oder werden aufgehoben, dieser Prozess dauert bis heute an. 1989 wurde die Grenze zwischen der DDR und der BRD zunächst geöffnet und recht kurz danach aufgehoben. Im Gegenzug musste sich Deutschland im Zwei-Plus-Vier-Vertrag zum „endgültigen Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland" bekennen, die hier als „ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa" bezeichnet werden (Artikel 1). Auch Artikel 2 enthält eine Bestimmung, die für alle Ewigkeit gelten sollte, spätestens 1999 aber bereits klar verletzt wurde: „Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen."

Verletzt wurde letztere Bestimmung natürlich mit der Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Bereits zuvor hatte unter anderem (und in Europa führend) die Bundesregierung die früheren jugoslawischen Teilrepubliken Kroatien und Slowenien als unabhängige Staaten anerkannt, obwohl diese ihre Unabhängigkeit keineswegs friedlich, sondern im Falle Kroatiens durchaus auch militärisch durchgesetzt hatten. Über die Legitimität dieser Sezession soll damit kein Urteil gefällt werden, friedlich und in Übereinstimmung mit der UN-Charta war sie nicht.

Noch immer in Bewegung

Die jüngste international anerkannte Grenze verläuft seit 2011 zwischen dem Sudan und dem Südsudan. Ihr Verlauf ist bis heute nicht eindeutig geklärt, aber sie konstituiert einen neuen Staat. Das ist unumstritten,

Eine der kuriostesten Grenzverläufe befindet sich zwischen der niederländischen Gemeinde Baarle-Nassau und der belgischen Baarle-Hertog. Wie auf Bild, verläuft die Grenze immer wieder durch Gebäude und umfasst zahlreiche Enklaven. Quelle: Flickr/ iamdanw.

während es sich beim Kosovo um ein sehr umstrittenes Gebilde handelt. Nicht einmal alle Staaten der EU und der NATO haben ihn als souveränen Staat anerkannt, die maßgebliche Resolution des UN-Sicherheitsrates, welche die Stationierung der NATO dort autorisierte, bekennt sich hingegen zur territorialen Integrität Serbiens und betrachtet den Kosovo als Teil derselben.

Grenzen verschieben sich und das ist kein Relikt vergangener Zeiten, das in „Europa“ längst überwunden wäre. Ganz im Gegenteil zeichnet sich die EU als ein Raum überlappender Befugnisse, Entscheidungskompetenzen und Rechte aus, der zu ausgefransten Rändern führt: Die Bewegungsfreiheit im Schengenraum ist nicht deckungsgleich mit den Entscheidungsstrukturen der Währungsunion oder im Rat der Außen- und Verteidigungsministerien. Mit der beständigen Erweiterung rechtlich nicht gleichgestellter Staaten und Territorien nimmt auch die Zahl der ungelösten Grenzkonflikte an den „Rändern“ zu: in Zypern, an den Grenzen zum Kosovo, in der Arktis und der Karibik und vielleicht bald auch mit der Integration einer unvollständigen Ukraine.

Zum politischen, geopolitischen oder völkerrechtlichen Verständnis sei noch hinzuzufügen, dass ein Großteil der Grenzen überhaupt erst im letzten Jahrhundert gezogen und in den letzten Jahrzehnten tatsächlich definiert und markiert wurde. Zwischenstaatliche Grenzen waren lange eine abstrakte Randerscheinung. Im „Atlas der Unordnung“, der „60 Karten über sichtbare, unsichtbare und sonderbare Grenzen“ enthält, wird u.a. festgestellt: „Nur wenige Grenzen stammen aus der Zeit vor 1800. Die meisten davon liegen in Europa… . 1914 gab es 24 Staaten, 1920 schlossen sich 48 Länder zum Völkerbund zusammen… . In dem Maße, wie Reiche zerfielen und der Ostblock auseinanderbrach, ist die Zahl der Grenzen seit 1945 geradezu explodiert… . Mehr als zehn Prozent der heutigen Grenzen entstanden nach 1990… . In Afrika [sic] zum Beispiel sind fast zwei Drittel der Grenzen noch gar nicht festgelegt und markiert“. Erstaunlich unkritisch wird in diesem Buch auch „[d]er Geograph Friedrich Ratzel“ zitiert – der auch als Vordenker der nationalsozialistischen Ideologie des „Lebensraums“ gilt: „Der Grenzsaum ist das Wirkliche, die Grenzlinie die Abstraktion davon.“ Darin steckt eine Wahrheit, die man unabhängig vom politischen und historischen Kontext anerkennen oder gar in diesen einordnen kann. Die Vorstellung der Grenze als Linie ist tatsächlich eine völkerrechtliche Abstraktion und europäisch geprägt.

Beispiel Sahel

Das führt zu einer interessanten Widersprüchlichkeit, die oft aufscheint, wenn es um Grenzen oder „Afrika“ geht. Häufig wird dann in kritischer Intention darauf verwiesen, dass die Grenzen dort von Europa aus „mit dem Lineal gezogen wurden“. Das ist richtig und wichtig, entspringt aber einem ganz besonderen, wiederum typischen europäischen Blick auf die Dinge, nämlich demjenigen auf die Karte. Vor Ort, in der Sahara und

dem Sahel z.B., sieht man keine Linie und auch kaum einen Schlagbaum, sondern einen ungefurchten Raum. Es gibt vielleicht Gendarmerie-Posten an den Ausfallstraßen kleinerer Orte und ein lokales Wissen darüber, ab wo man Ärger bekommen kann, wenn man keinen guten Grund hat, sich dort aufzuhalten. Mit der konkreten Linie auf einer Karte hat das aber nur bedingt zu tun. Ähnliches wie für Wüsten und Savannen gilt in anderen Teilen des Kontinents und der Welt auch für Gebirge und Wälder. Obwohl die Grenzen im Sahel tatsächlich mit dem Lineal gezogen wurden, waren und sind sie erstaunlich unumstritten und wenig kontrolliert. Eine aus Europa schwer nachvollziehbare Gleichgültigkeit gegenüber ihrem Verlauf war für einige Staaten dieser Region eine gute Ausgangsbedingung für eine recht unblutige Unabhängigkeit und (unvollständige) Dekolonisierung. Kriege wurden dort kaum geführt, um Grenzen zu verschieben, typischer ist der Putsch in der Hauptstadt. Die Präsenz bewaffneter Gruppen aus den Nachbarstaaten oder den ehemaligen Kolonialmächten ist keine Seltenheit, wird geduldet und instrumentalisiert. Wichtiger als die Souveränität im Sinne der Drei-Elemente-Lehre sind hier grenzüberschreitende Netzwerke zwischen Fraktionen der staatlichen Militärs und anderen (bewaffneten) Gruppen, über welche auch die Machtverhältnisse in den (Haupt-)Städten moderiert werden. Es erscheint naheliegend, dass die Konflikte in der Region und das Scheitern der EU bei einer „Stabilisierung“ in ihrem Sinne auch damit zusammenhängt, dass sie hier ein Souveränitätsverständnis durchsetzen wollte, das die Grenzen aufwertet und dadurch den (politischen) Raum restrukturierte.

Zu den Beiträgen im Schwerpunkt

Verallgemeinern kann man diesen Befund allerdings nicht. Die Unabhängigkeit der Westsahara etwa verlief alles andere als unblutig und ist bis heute nicht durchgesetzt. Wie Pablo Flock in seinem Beitrag beschreibt, führt der andauernde Konflikt zu einer Durchfurchung der (von wenigen westlichen Regierungen anerkannten) Demokratischen Arabischen Republik Sahara mit Befestigungsanlagen, die keinerlei Deckungsgleichheit mit den völkerrechtlichen Grenzen aufweisen. Eine diesbezüglich ähnliche Konstellation beschreibt Lena Schmailzl für die ungleich dichter besiedelten besetzten palästinensischen Gebiete am Beispiel eines Checkpoints, der geradezu eine Zuspitzung der europäischen Vorstellungen einer Grenze darstellt – aber keine völkerrechtliche Bedeutung, sondern vielmehr eine Funktion zur Strukturierung des Arbeitsmarktes ausübt.

Dass die von Europa aus in den Kolonialgebieten gezogenen Grenzen durchaus auch zu heftigen Auseinandersetzungen und anhaltenden Konflikten führten, beschreibt Ben Müller am Beispiel der Landgrenzen in Südasien. Hier trifft die Antwort des „Atlas der Unordnung“ auf die Frage „Wie aber kommt es zur Entstehung von Grenzen?“ durchaus zu: „Meistens fließt dabei Blut“. In der Pauschalität ist das aber dann doch nicht ganz richtig. Vor allem Seegrenzen werden oft durch Verhandlungen und Kompromisse ausgehandelt oder vor internationalen Gerichten entschieden. Sie sind auch nach wie vor in Bewegung. Das gilt auch für das Südchinesische und das Ostchinesische Meer, geht aber dort mit einer umfassenden Militarisierung einher und droht sich zum globalen Konflikt zuzuspitzen, wie Andreas Seifert in seinem Beitrag über Chinas „fluiden Grenzraum“ beschreibt. In einem kurzen Beitrag über den Whisky-Krieg um die „Hans-Insel“ zeigt Ben Müller wiederum, dass es auch anders und friedlicher laufen kann – wenn keine wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen im Spiel sind.

So viel zur Geopolitik. Grenzen töten jedoch nicht nur in zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen um ihren Verlauf, sondern auch, wenn sie denjenigen verschlossen bleiben, die sie überwinden wollen oder müssen. Auch diesen Aspekt wollten wir hier behandeln und haben verschiedene migrationspolitische und Bürgerrechtsgruppen um ein kurzes Interview gebeten. Migration-Control.info, das Border Ecologies Network und Statewatch haben uns geantwortet und ihre Antworten stehen für sich. Statewatch stellte dabei die Prozesse der Externalisierung und Technologisierung in den Mittelpunkt, die auch in zwei jüngeren Publikationen, den „Sortiermaschinen“ von Steffen Mau und der 131. Ausgabe der Zeitschrift „Bürgerrechte & Polizei“ ausbuchstabiert werden, die wir hier gemeinsam rezensieren (und empfehlen).

Leerstellen

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Perspektiven auf „Grenzen“ und eines dem Begriff fast schon innewohnenden Eurozentrismus ist es bedauerlich, dass wir (auch) für diesen AUSDRUCK-Schwerpunkt keine Autorin mit einer postkolonialen Perspektive gewinnen konnten. Einen weiteren Aspekt konnten wir leider nicht realisieren. Wir haben bei verschiedenen feministischen und antirassistischen Gruppen angefragt, ob sie einige Gedanken dazu formulieren könnten, dass Grenzen – die als zwischenstaatliche töten und Macht manifestieren – im Zwischenmenschlichen notwendig sind und schützen. Ein zweifellos kompliziertes Thema, zu dem wir gerne auch in späteren Ausgaben einen Beitrag abdrucken, falls sich jemand dem annehmen möchte. Vielleicht aber haben beide auch einfach gar nichts miteinander zu tun…?

Fluider Grenzraum

Chinas Verhältnis zu seinen Seegrenzen

von Andreas Seifert

Zäune auf dem Wasser zu errichten funktioniert nicht gut – genauso wenig lassen sich Barrieren in die Luft setzen: Abgrenzungskonzepte, die auf dem Land verfangen, sind in anderen Bereichen kaum realisierbar. Je größer der zu „begrenzende Raum“ desto umstrittener sind die Konzepte, ihm zu begegnen. Aus der Sicht der Regierungen der Volksrepublik China und Taiwans sind diese Räume das Südchinesische und Ostchinesische Meer.[1] Sie erachten diese Räume als Teil ihres historisch begründeten Einflussbereiches und reklamieren die Ressourcen in ihnen (Fisch, Gas, Öl,...) als ihren Besitz. Darüber hinaus sehen sie sich als die Hüter der Ordnung auf dem Meer und fordern von anderen, sich mit militärischer Präsenz und hoheitlichen Ansprüchen zurückzuhalten. Andere Anrainer an diese Meere und Räume sind gleichermaßen mit Konzepten und Begründungen am Start und die Vielfalt der möglichen und realen Überlappungen ist vor allem deshalb erschreckend, da es scheinbar keinen Mechanismus zu deren Verhandlung gibt. Die jeweiligen Konzepte und Methoden zur Begrenzung sind ein Teil des Problems, aber eben auch nur ein Teil: Andere sind die Perspektiven der Einigung und die Stilisierung der Konflikte zu einem einzigen Endkampf der Systeme.

Fisch, Öl und ...

Losgelöst von ideologischen Begründungsmustern ist der Konflikt im Südchinesischen Meer einer um Ressourcen. Der Fisch im und die Bodenschätze unter dem Meer sind die treibenden Elemente des Konfliktes. Alle Anrainer bauen einen Teil ihrer Ernährung auf dem Fisch im Meer auf. Und alle Anrainer haben ein unmittelbares Interesse, an den Bodenschätzen der Regionen beteiligt zu sein. Es sind (neue) technische Möglichkeiten, die den Konflikt in diesem Aspekt einer Eskalation zutreiben. Der chinesische Anspruch auf große Teile des Südchinesischen Meeres existierte bereits zu kaiserlichen Zeiten – wie auch die anderen Anrainer ihren Anspruch bereits weit vor den 1990er Jahren geäußert und mit jahrhundertealten Praktiken ihrer Fischer und Händler begründet haben. 1947 wurde in einer der Karten, die von der chinesischen Regierung als Grundlage der Nachkriegsordnung und Grenzziehung in Asien präsentiert wurde, erstmals die sogenannte Nine-Dash-Line[2] aufgeführt.[3] Für China (in diesem Fall noch die Republik China) war damit der Anspruch nicht nur verbrieft, sondern auch durch die Weltgemeinschaft akzeptiert worden. Überflüssig zu erwähnen, dass die unmittelbaren Anrainer nicht an dieser Festlegung beteiligt waren oder um ihre Meinung gefragt wurden. Rational hätte man nach der Einigung auf das internationale Seerechtsübereinkommen (UNCLOS[4]) 1982 (VR China ist 1996 dem Übereinkommen beigetreten) eine Berechnung von Küstenmeeren (12 Seemeilen) und Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ, 200 Seemeilen) ausgehend von den Küstenlinien der Anrainer vornehmen und für die unvermeidlichen Überlappungen bilaterale Verträge schließen können. Die Crux bestand schon zu dem Zeitpunkt darin, dass die Ansprüche auch die Riffe und Inseln in dem Raum einschlossen und nicht selten ausgehend von deren Besetzung sich neue Geometrien ergaben. Es ist diese Überlegung, die nicht nur bei der VR China einen Übergang von der Reklamation eines Anspruchs auf eine Insel zu einer physischen Besetzung der Inseln und Riffe markierte. In den 1990er Jahren begann die Militarisierung des Konfliktes durch den Ausbau von militärischen Einrichtungen auf den umstrittenen Inseln. Lange Zeit war die von Taiwan besetzte Taiping Insel (Itu Aba Island) die einzige, die groß genug war, Raum für einem Flugplatz zu bieten. Seit dem systematischen Ausbau auch anderer Inseln gibt es heute sieben Flugplätze in der Region. Die drei von der VR errichteten Flugplätze verfügen über besonders lange Startbahnen und sind damit auch von schwereren Kampfflugzeugen nutzbar. Wie in einem Wettrüsten hängt der Grad des Inselausbaus von den technischen Möglichkeiten und den vorhandenen Ressourcen ab. Die VR China verfügt über die größten Ressourcen, besetzt aber z.B. weniger Inseln als Viet-

nam. Allerdings sorgt sie mit massiver militärischer, paramilitärischer und fischereipolizeilicher Präsenz[5] für eine Beschneidung der Bewegungsräume anderer im Südchinesischen Meer: Die VR China erscheint auch international als eine Macht, die ihren Anspruch auf Ressourcen militärisch durchsetzt und zur faktischen Kontrolle des Meerraumes übergegangen ist.

... darüber hinaus

2013 versuchte die philippinische Regierung eine rechtliche Klärung im Kontext von UNCLOS zu erreichen. Dabei ging es unter anderem darum, nach welchen Kriterien eine Insel eine „Insel" und damit Ausgangspunkt einer Berechnung von Küstenzonen und AWZ sein kann und ob die pauschalen Ansprüche der VR eine Berechtigung haben. Die VR China ist dem Verfahren jedoch fern geblieben, weshalb nicht der internationale Seegerichtshof den Fall behandeln, sondern (nur) das Schiedsgericht in Den Haag 2016 eine Empfehlung aussprechen konnte. Diese folgte zwar den Philippinen in vielen Punkten, hat jedoch rechtlich keine bindende Wirkung.[6] Mit dem Schiedsspruch ist das Südchinesische Meer mehr und mehr zum Schauplatz von Eindämmungsbestrebungen Chinas vor allem durch die USA geworden. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Verfahren und dem Schiedsspruch hat die Volksrepublik ihre Bemühungen verstärkt, Befestigungen auszubauen, die Präsenz zu erhöhen und die wirtschaftliche Ausbeutung (z.B. durch Probebohrungen) zu verstärkten.[7] Die Reaktion der Anrainer bestand darin, eigene Bemühungen um die maritime Aufrüstung voranzutreiben und chinesische Explorationen mit eigenen zu konterkarieren.[8] Dabei wurden auch externe Akteure in den Konflikt gezogen, um der VR das Feld nicht alleine zu überlassen. So bemühte sich unter anderem Vietnam um eine neue Nähe zu den USA, wie auch zu Indien.

Inzwischen wird den Versuchen Chinas, die hoheitliche Kontrolle im Südchinesischen Meer auszuüben, nicht nur diplomatisch widersprochen, sondern der Widerspruch wird durch demonstratives Durchfahren unterstrichen. Dabei wird unterstellt, dass der chinesischen Marine mit dieser Kontrolle offen stehen würde, jeden Schiffsverkehr auf den Handelsrouten zu unterbrechen. Offene Meere und Handelsrouten als Grundbedingungen des weltweiten Handels werden damit zum Vorwand verstärkter militärischer Präsenz in einem als Konfliktgebiet gekennzeichneten Bereich. Insbesondere die USA haben dies auch genutzt, um Daten über das Südchinesische Meer zu erheben: Daten über Tiefe und Struktur des Meeresbodens, um chinesische U-Boote besser darin orten zu können. Geschützt werden diese Tiefstellen im Südchinesischen Meer, so ist die Annahme, durch die von der VR ausgebauten Riffe, was damit zu deren eigentlicher Funktion erklärt wird. Ab 2012 verstärkten die USA ihre Präsenz im Südchinesischen Meer und kennzeichneten diese explizit als Freedom of Navigation Operations (FONOPs, Manöver zur Freiheit der Schifffahrt). US-Militärschiffe kreuzen dabei den Seeraum und nähern sich den umstrittenen Riffen und Inseln. Wobei es durchaus diskutabel ist, diese erste Steigerung als intrinsisch (im Kontext des „pivot to asia", Obama) oder aber als bündnispolitische Notwendigkeit gegenüber der philippinischen Regierung zu interpretieren. Letztere hatten auf Anraten der USA mit ihrem Rückzug vom Scarborough Shoal eine Eskalation mit der VR verhindert, allerdings um den Preis des Kontrollverlustes. Letztlich war dies aber auch nur der Auftakt zu einer kontinuierlichen Steigerung der FONOPs durch die USA im Südchinesischen Meer und der Taiwanstraße.[9] Flankiert werden die Durchfahrten durch den parallelen Einsatz von Beobachtungs- und Kampfflugzeugen, die zur weiteren Aufklärung dienen und entsprechend von den VR-Streitkräften als Provokation empfunden werden. VR-Militär, Miliz und Fischereibehörde sind angehalten, diesen „Provokationen" konsequent zu begegnen, was die Anzahl von Beinahezusammenstößen in den Jahren hat wachsen lassen.

Gas, Guano und ...

Das Ostchinesische Meer mit seinem Fortsatz Gelbes Meer und der Bohai-Bucht ist in einer ähnlichen und doch ganz anderen Form ein weiteres Konfliktfeld. Der Raum, um den es hier geht, begrenzt sich mit Japan im Osten, Korea im Norden, der Volksrepublik im Westen und Taiwan im Süden. Es ist wie das Südchinesische Meer ein flaches Gewässer, das intensiv für Fischfang und Öl- und Gasexploration genutzt wird. Wesentliche Handelsrouten nehmen in ihm ihren Ausgang. China, Japan und Südkorea nutzen es für ihre Handelsbeziehungen: Fünf der zehn größten Containerhäfen der Welt liegen an diesem Meer. Ausgangspunkt für Streitigkeiten sind auch hier Ansprüche auf Felsen und Inseln im Meer, die wiederum (zusätzliche) Territorialansprüche begründen. Im Norden ist dies beispielsweise der Socotra-Fels, der sich, nach einem britischen Schiff benannt, rund vier Meter unter der Wasseroberfläche befindet. Das Riff ist 150 Kilometer von der ersten koreanischen Insel und rund 250 km von der nächstgelegenen chinesischen Insel entfernt. Er wird von der VR China und Südkorea gleichermaßen beansprucht – wobei Südkorea seit 1995 die faktische Hoheit ausübt und 2001 eine Forschungsstation über dem Riff erbaut hat. Da dieser Felsen dauerhaft überflutet ist, wäre er nach UNCLOS kaum geeignet, eine Küstenzone oder eine ausschließliche Wirtschaftszone zu begründen. Es ist kein heißer

Die Ieodo Ozean Forschungsstation auf dem Riff Socotra. Quelle: Wikimedia/ Korea Ocean Research Station.

Konflikt, sondern eher einer, der nur dann immer mal wieder auf den Tisch gebracht wird, wenn es opportun im Kontext anderer Konflikte erscheint.

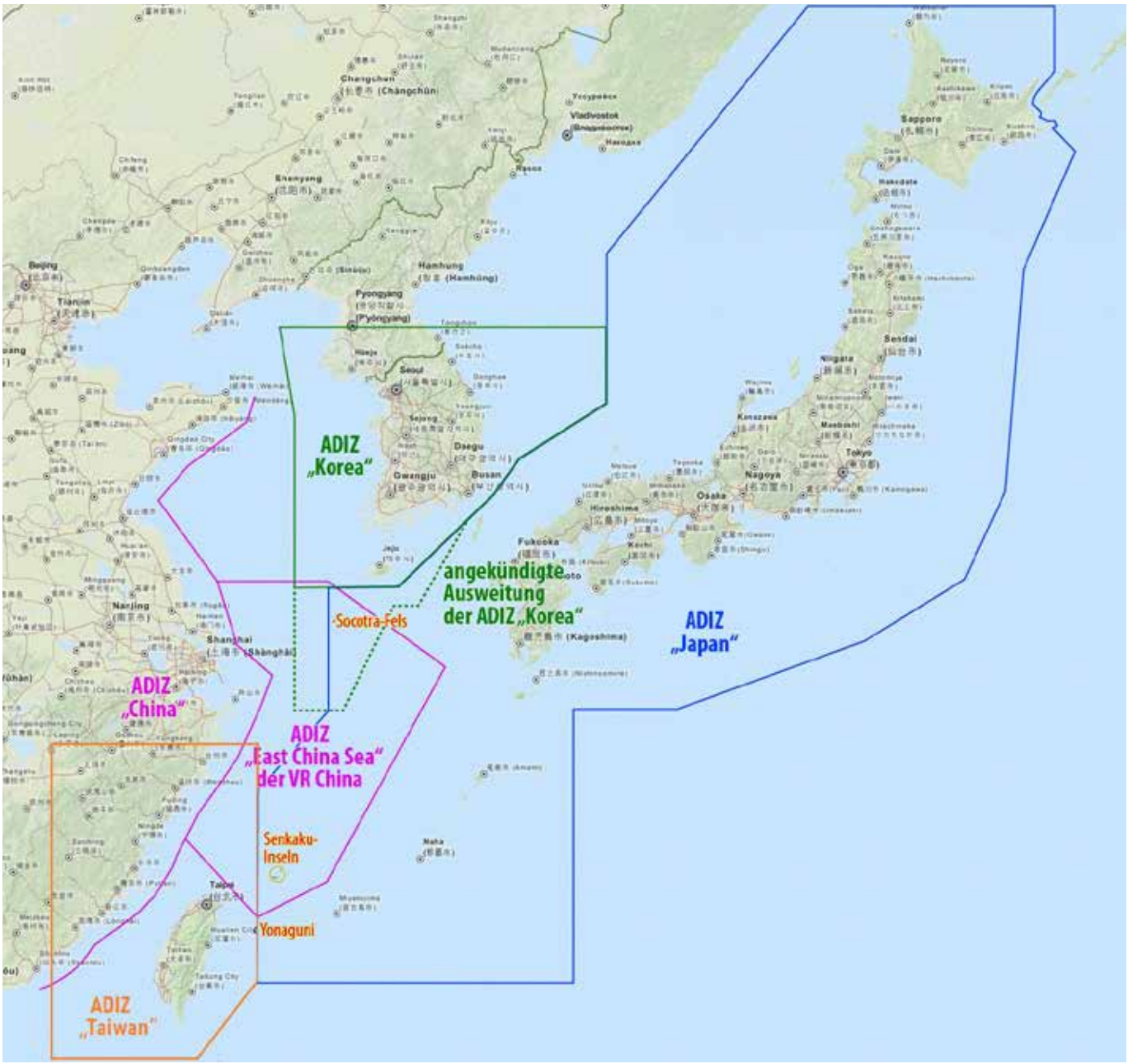
Der Konflikt zwischen China (VR und Taiwan) mit Japan um die Senkaku- bzw. Diaoyu-Inseln geht über diese Symbolik weit hinaus. Zum einen liegt dies in ihrer Natur als größere Inseln in fischreichen Gewässern begründet, zum anderen aber auch in der Geschichte ihrer Nutzung durch Fischer aus Japan sowie Taiwan. 1895 wurden sie von Japan eingenommen und in das Staatsgebiet eingegliedert. Zeitgleich wurde Taiwan zur japanischen Kolonie erklärt. Nach dem Zweiten Weltkrieg und damit am Ende der japanischen Oberhoheit über Taiwan wurden die Inseln von einer sofortigen Lösung ausgenommen und blieben unter der Aufsicht durch die USA. Erst 1970 wurden sie zusammen mit den Ryukyu-Inseln wieder in japanische Verwaltung übergeben. In den 1990er Jahren schließlich wurde der Konflikt um die Inseln mit nationalistischen Motiven aufgeladen und auch von japanischen, taiwanischen und chinesischen „Patrioten“ durch einzelne Aktionen immer wieder aufgeheizt. Ab 2010 wurde der Konflikt zusehends auch mithilfe militärischer Schiffe und Flugzeuge ausgetragen – oftmals unter dem Vorwand, die „legitimen Rechte“ ziviler Fischer zu sichern. Die Konstellation als „historischer“ Konflikt, der auf den japanischen Kolonialismus verweist, macht ihn für breite Massen in China (inkl. Taiwan und Hongkong) wie für die japanische Öffentlichkeit zu einem Aufreger.

Eine weitere Dimension der Senkaku/Diaoyu-Inseln ist ihre strategische Lage am Rande des Festlandsockels – östlich von ihnen fällt der Meeresboden ab. Die Annahme ist dabei, dass die VR China, wenn es ihr gelingt, an der Stelle eine (militärische) Überwachungsstation zu errichten, ihrer Flotte einen unbeobachteten Zugang zum Pazifik ermöglichen kann. Dieser „Durchbruch“ durch die China eindämmende erste Inselkette wäre eine Grundvoraussetzung, um beispielsweise atomwaffenbestückte U-Boote in relevante Abschusspositionen zu bringen. Darüber hinaus könnte eine Station nordöstlich von Taiwan die gewaltsame Einnahme Taiwans absichern helfen. Mehr als im Südchinesischen Meer geht es also in diesem Fall um einen strategisch wesentlichen Punkt. Nicht zuletzt bringt dies auch die USA ins Spiel, die kein Interesse daran hat, dass die VR im Pazifik militärisch (und wirtschaftlich) präsenter wird – auf die US-Basis auf Okinawa sei an dieser Stelle nur verwiesen.[10]

... Flugkontrollen

Anders als im Südchinesischen Meer spielt der Ausbau von militärischen Einrichtungen auf den Inseln bisher nur eine nachgeordnete Rolle. Südkorea betreibt auf dem Sokotra-Felsen eine kleine Forschungsstation, wohingegen Japan seine Armeebasen auf den südlichen Inseln erst seit 2018 ausbaut.[11] Zur Absicherung ihrer Ansprüche haben die Anrainer Luftverteidigungsidentifikationszonen (ADIZ Air Defense Indentification Zone) eingerichtet. Die ersten Zonen in dem Raum gingen auf die Nachkriegszeit zurück. Die südkoreanische Zone von 1951 schließt dabei einen Teil Nordkoreas mit ein und grenzt sich gen Osten an der

japanischen ADIZ ab – im Westen halbiert sie das Gelbe Meer mit einer geraden Linie. Japans Zone wurde 1969 neu aufgestellt und folgt im Osten weitgehend der Exklusiven Wirtschaftszone nach dem Seerecht, grenzt sich im Westen großzügig mit geraden Linien knapp vor der asiatischen Küste ab. Die südlichen Inseln Japans werden noch großzügiger mit großen Zonen umgeben. Die japanische Flugüberwachungszone geht dabei in ihrer Abdeckung nicht nur punktuell über die der VR China zuzugestehende exklusive Wirtschaftszone nach UNCLOS hinaus. Die Geometrie von Taiwans Zone folgt wiederum anderen Gesetzmäßigkeiten und umfasst größere Teile des Festlandes – die Kinmen- und Matsu-Inseln gehören zu Taiwan und liegen nur wenige Kilometer vor der Küste des Festlands – und grenzt im Osten exakt an die japanische Zone, wobei Taiwan zur Aufrechterhaltung seines Anspruches auf Senkaku/Diaoyu einen kleinen Kreis über die Inseln legte. 2013 begann die VR China im Ostchinesischen Meer die Ausweitung der bisherigen Flugüberwachungszone und legte eine neue Zone fest, die den gesamten Seeraum zwischen der Südspitze der koreanischen Jeju-Insel bis zur Nordspitze Taiwans einschloss und dabei alle anderen bestehenden Zonen schnitt bzw. überlappte.[12] Während Japan signalisierte, dass seine Flugzeuge keine der geforderten Anmeldungen vornehmen werden, ging man in Seoul einen Schritt weiter und erklärte die Ausweitung der eigenen ADIZ, sodass der Socotra-Fels abgedeckt wurde.[13] Die Durchsetzung der Zonen und ihre regelmäßige Kontrolle durch durchfliegende Militärmaschinen bergen seither große Risiken auch für den zivilen Luftverkehr.



Die ADIZ (Air Defense Identification Zone) von: VR China inklusive der ADIZ „East China Sea“, Südkorea mit angekündigter Erweiterung und Japan. Quelle: Wikimeida/ Maximilian Dörrbecker.

Die ADIZ dient in der Volksrepublik als Legitimation stärkerer militärischer Präsenz und ist als ein Versuch zu interpretieren, sich der Einhegung durch die drei US-Verbündeten Taiwan, Japan und Südkorea zu entziehen.

Zäune im Kopf

Aus einer lokalen Perspektive sind die genannten Konflikte im Süd- und Ostchinesischen Meer Konflikte um konkrete Probleme, die verhandelbar sein sollten. Da sie aber eingebettet in größere geopolitische Konzepte sind und scheinbar Bestandteil eines übergeordneten, internationalen „Systemkonfliktes", wird ihr Austrag erschwert. Der Ukrainekrieg hat insbesondere den Taiwan-Konflikt in den Fokus gebracht. Das Verhalten der VR gegenüber Russland und die Ambivalenz gegenüber allen Versuchen, China in die Phalanx der westlichen Industrienationen einzugliedern – einzunorden –, führte zur Gleichsetzung der Ukraine mit Taiwan. Man kann sich schwer des Eindrucks erwehren, dass dies auch Teil einer Dämonisierung der VR ist und die Reihen gegenüber dem neuen Systemgegner schließen soll. Tatsächlich ist es aber nicht die Systemkonkurrenz und das Verhalten der (westlichen) Industriestaaten allein, das auf den Prüfstand gehört – auch an der VR ist berechtigte Kritik an ihrem Agieren in diesen Konflikten und an der Hochrüstung zu üben. Der massive Ausbau der chinesischen Flotte seit der Jahrtausendwende ist beispiellos – er bildet die Folie, auf der auch andere (USA, Japan,...) ihre Budgets steigern und Waffen aufstocken. Die Zunahme nationalistischer Rhetorik in der VR, in Japan, den USA und bei Anrainern an das Südchinesische Meer bildet den akustischen Hintergrund zu diesen Entwicklungen. Eine Lösung für die hier aufgeführten Konflikte in den Meeren rund um China rückt damit auch in weite Ferne, ihrer Militarisierung wird Vorschub geleistet.

Ansprüche im Südchinesischen Meer. Quelle: Wikipedia/ Voice of America.

Anmerkungen

1 Die ausführlichere Studie bezieht hier zusätzlich die Taiwanstraße als weiteren verbindenden Meerraum mitein. Die Studie wird auf der Homepage der IMI veröffentlicht.

2 Ursprünglich wurden elf Liniensegmente verwendet – Taiwan verwendet heute noch diese, um den Anspruch zu untermauern – die VR hat jedoch zwei Linien nach einer Einigung mit Vietnam entfernt, zuletzt 1984 eine neue Linie hinzugefügt, die süd-östlich von Taiwan verläuft. Die „Neun-Strich-Linie" wird dennoch als Ausdruck des chinesischen Anspruchs weiter verwendet.

3 Wu, Shicun: Solving Disputes for Regional Cooperation and Development in the South China Sea, Oxford 2013 , S. 79.

4 Für den Text siehe un.org.

5 Diese Differenzierung unterschiedlicher Akteure kann hier nur angerissen werden. Sie ist relevant, da gerade der Wettbewerb zwischen unterschiedlichen VR-chinesischen Ebenen und Institutionen in den 1990er und frühen 2000er Jahren zur Eskalation des Konflikts wesentlich beigetragen hat.

6 Alle Dokumente des Verfahrens sind auf der Seite des Gerichtshofes einsehbar pca-cpa.org.

7 U.S.-China Economic and Security Review Comission, South China Sea Arbitration Ruling: What Happened and What's Next?, Issue Brief, 12.7.2016.

8 Bereits 2012 angedeutet: Andreas Seifert: Konfliktzone im Südchinesischen Meer, IMI-Studie 9/2012.

9 Z.B.: Jürgen Wagner, Mit FONOPs auf Kollisionskurs?, IMI-Analyse 14/2022, Ausdruck 2/2022.

10 Hier sei auf die ausführlichere Darstellung bei Jürgen Wagner verwiesen: Aufmarsch im Indo-Pazifik, Der Westen und der Neue Kalte Krieg mit China in der indopazifischen Region, Europäische Studien zur Außen- und Friedenspolitik, 3/2022, Brüssel 2021.

11 Kim Sengupta: China Sea Crisis: Japan to bolster military base on island idyll that could become front line in event of war, Independent 13.2.2018. China-wary Japan establishes new military base on southwest Ishigaki Island, The Mainich 16.3.2023.

12 Statement by the Government of the People's Republic of China on Establishing the East China Sea Air Defense Identification Zone, Xinhua 23.11.2013, webarchive.

13 Inzwischen ist nicht mehr klar, ob diese Zone jemals über den Zustand der Ankündigung hinaus gekommen ist.

Zwischen Kaschmir und Koch Bihar

Landgrenzen und Grenzkonflikte in Südasien

von Ben Müller

Zu Südasien zählt man meistens das Gebiet der heutigen Staaten Afghanistan, Pakistan, Indien, Nepal, Bhutan und Bangladesch sowie die Inselstaaten Sri Lanka und Malediven. Im Norden ist das Gebiet von den hohen Gebirgsketten des Himalaja, Karakorum und Hindukusch umgeben. Außerdem ist es von großen Flüssen mit ihren Zuflüssen wie Indus, Ganges und Brahmaputra geprägt. Doch diese natürlichen Grenzen waren schon im Altertum nicht unüberwindbar. Vor allem aus Nordwesten sind immer wieder Menschen auf die indische Halbinsel eingewandert, oft auch in kriegerischer Absicht.

Südasien war im Laufe der Geschichte von großen Regionen mit religiösen, kulturellen und sprachlichen Gemeinsamkeiten geprägt, die keine eindeutigen geografischen Abgrenzungen hatten. In einzelnen Epochen wurden auch mehrere Regionen unter einem Großreich vereinigt, was angesichts der Ausdehnung mit verwaltungstechnischen Herausforderungen verbunden war. Die meisten der heutigen Staatsgrenzen gehen auf Grenzziehungen durch die Briten im 19. und 20. Jahrhundert zurück.

Britische Kolonisierung

Seit der Entdeckung des Seewegs nach Indien 1498 verschrieben sich europäische Kaufleute dem Transport von Waren von Südostasien nach Europa und gründeten an der Küste Südasiens nach und nach portugiesische, niederländische, britische, dänische und französische Handelsposten. Die britische Ostindien-Kompanie, eine private Handelsgesellschaft, erhielt von der britischen Krone dafür ein Handelsmonopol und zahlreiche Privilegien, darunter auch das Recht, gegen die „Ungläubigen“ Krieg zu führen.[1] Ihre erste Niederlassung gründete sie 1612 in Surat.

Durch diplomatisches Geschick gewannen die Briten schon bald die Unterstützung des indischen Mogulkaisers, der einem von 1526 bis 1858 bestehenden Großreich vorstand. Sie rekrutierten Soldaten aus der ansässigen Bevölkerung und konnten sich gegen ihre europäischen Konkurrenten weitgehend durchsetzen. Bis Mitte des 18. Jahrhunderts stieg die britische Ostindien-Kompanie so zu einer Militärmacht in Indien auf, die auch politischen Einfluss auf das Mogulreich ausüben konnte. Von der Region Bengalen ausgehend dehnte sie ihr Territorium immer weiter aus. Dabei setzte sie in manchen Regionen auf direkte Machtübernahme und in anderen auf indirekte Herrschaft über lokale Könige oder Fürsten, während alle Regionen formal noch zum indischen Mogulreich gehörten.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts begannen die Briten mit der geodätischen Kartierung von Südasien, was die Festlegung exakter Landgrenzen vereinfachte. Die heutigen Staatsgrenzen zwischen Indien und Nepal sowie zwischen Indien, Bangladesch und Myanmar wurden durch Expansionskriege der britischen Ostindien-Kompanie 1816 und 1826 erstritten. Die Eroberungen verliefen aber nicht ohne Widerstand. Ein größerer Aufstand 1857 führte zum Ende der Ostindien-Kompanie. Der Aufstand wurde durch britische Truppen niedergeschlagen, und die Besitzungen wechselten als Kolonie unter die direkte Kontrolle der britischen Krone. An der Expansionspolitik änderte sich dadurch allerdings nichts. Die größte Ausdehnung erfuhr Britisch-Indien gegen Anfang des 20. Jahrhunderts.

Die Grenzen im Nordwesten wurden unter strategischen Überlegungen festgelegt, um einen eventuell drohenden russischen Einmarsch zu erschweren. Dazu zählt die „Durand-Linie“, die die heutigen Staaten Afghanistan und Pakistan trennt. Sie wurde 1893 auf britischen Druck vereinbart und verläuft mitten durch die Siedlungsgebiete der Paschtunen und Belutschen. Auch bei der Nordostgrenze von Kaschmir waren strategische Überlegungen im Spiel. Anstelle der „Ardagh-Johnson-Linie“, die noch heute von Indien als seine rechtmäßige Außengrenze betrachtet wird, wurde 1899 die weiter südlich verlaufende „Macartney-MacDonald-Linie“ als Grenze empfohlen, um eine größere chinesische Pufferzone zum russischen Reich zu schaffen.

Teilung Indiens

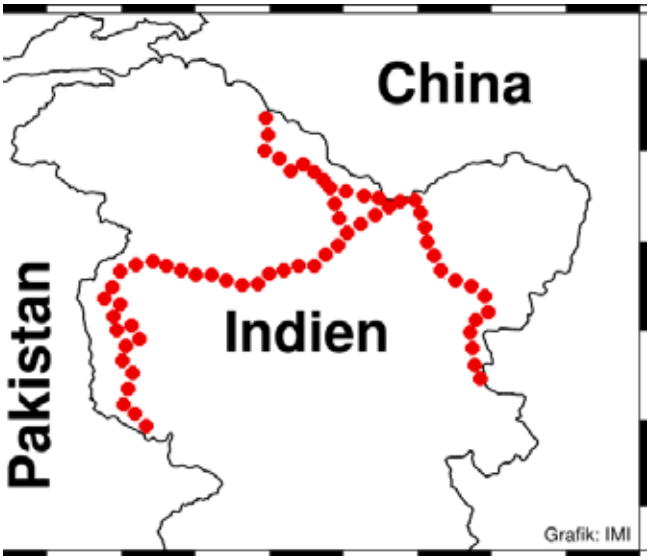
1947 wurde Britisch-Indien in die Unabhängigkeit entlassen. Allerdings stand nicht das gesamte Territorium unter direkter britischer Kontrolle. Birma war bereits 1937 als eigenständige Kronkolonie von Indien abgespalten. Und das übrige Territorium bestand aus Gebieten unter direkter britischer Herrschaft, nominell unabhängigen Fürstenstaaten sowie einzelnen portugiesischen und französischen Besitzungen. Aufgrund bestehender Spannungen zwischen Hindus und Muslimen sah der Plan des britischen Genralgouverneurs Mountbatten vor, die britische Kolonie Indien entlang von ethnisch religiösen Linien auf zwei Staaten aufzuteilen. Die Fürstenstaaten sollten sich dann einem dieser Staaten anschließen oder unabhängig bleiben.
Der Londoner Rechtsanwalt Cyril Radcliffe, der Indien nie zuvor gesehen hatte, legte unter großem Zeitdruck den Grenzverlauf fest. Dabei wurden die Regionen Punjab und Bengalen zwischen den beiden entstehenden Staaten aufgeteilt. Der neue Staat Pakistan bestand aus zwei Gebieten, West- und Ostpakistan, die etwa 1.600 km voneinander entfernt waren. Die religiöse Gruppe der Sikh, die hauptsächlich im Punjab beheimatet war, beklagte, bei der Trennung nicht berücksichtigt worden zu sein. Und entlang der Grenze kam es zu einem großen Bevölkerungsaustausch und massiven Gewaltausbrüchen mit mehreren hunderttausend Toten. Die Grenzziehung war zudem inkonsequent, da etwa der Distrikt Ferozepur mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung wegen seiner militärischen und landwirtschaftlichen Bedeutung in letzter Minute der Indischen Union zugeschlagen wurde.[2]

Die meisten Fürstenstaaten schlossen sich ohne Schwierigkeiten entweder Pakistan oder der Indischen Union an. Nur Hyderabad und Kaschmir wollten unabhängig bleiben, was zu Konflikten führte. Hyderabad wurde 1948 von Indien in einer Militäraktion annektiert. Auch Goa und die anderen portugiesischen Gebiete wurden 1954 und 1961 durch indische Soldaten besetzt und annektiert; erst nach der Nelkenrevolution 1974 verzichtete Portugal auf seine Gebietsansprüche in Südasien. Die letzten französischen Besitzungen wurden 1954 nach Volksabstimmungen in die Indische Union integriert.

Kaschmir-Konflikt

Der Fürstenstaat Jammu und Kaschmir hatte eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung und wurde von einem hinduistischen Maharaja regiert. Bei der Teilung Indiens wurde er auch von Gewaltausbrüchen zwischen Anhängern der beiden Religionen erfasst. Muslimische Kämpfer befürchteten die Annäherung von

Kaschmir aus der Sicht Pakistans.



Kaschmir aus der Sicht Indiens.

Kaschmir aus der Sicht Chinas.

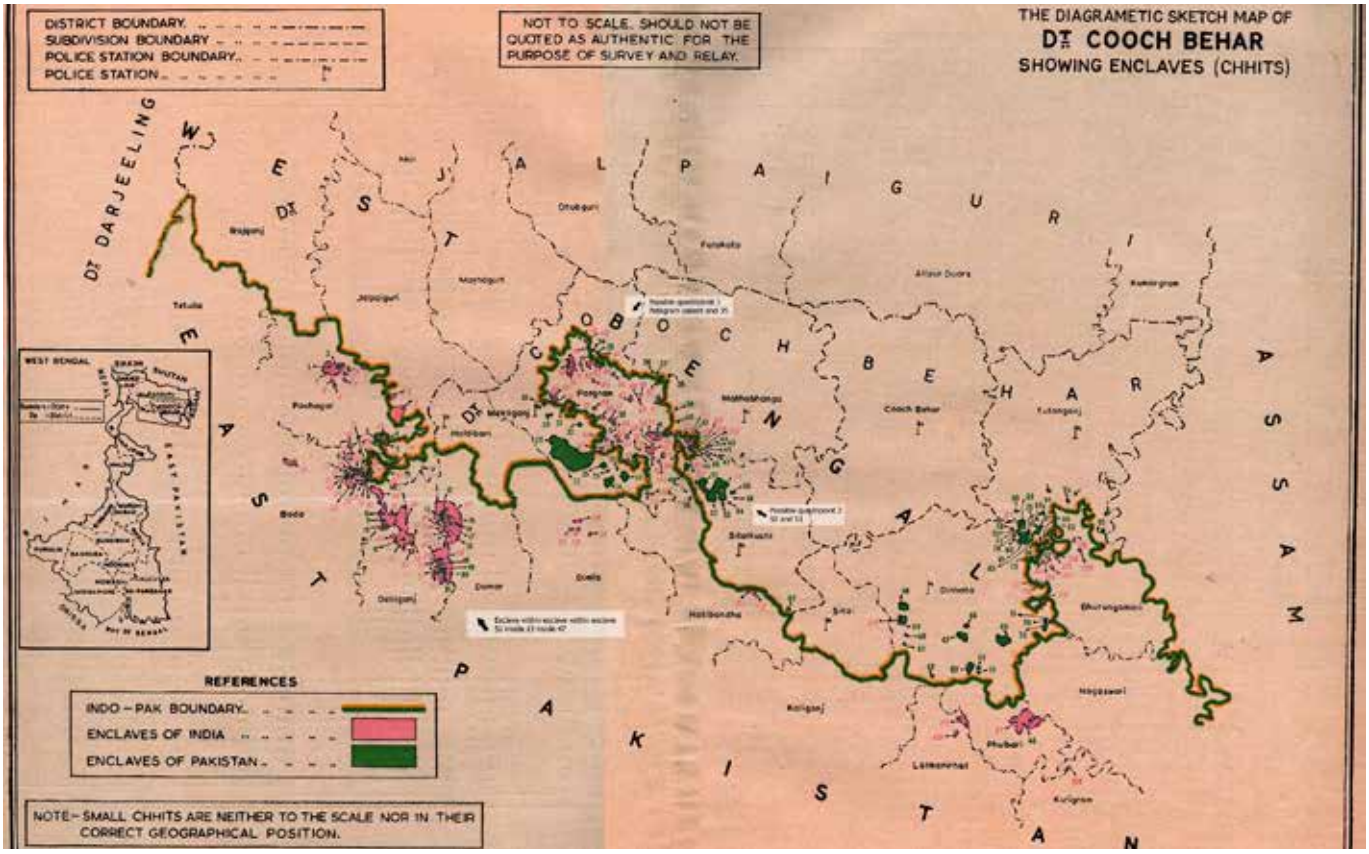
Jammu und Kaschmir an Indien, und Pakistan zeigte aus demografischen und strategischen Gründen Interesse an der Region. Der Maharaja sah sich dadurch mit starkem Druck und einer anhaltenden Rebellion gegen seine Herrschaft konfrontiert. Um Unterstützung durch indische Soldaten zu erhalten, erklärte er nach anfänglichem Zögern schließlich den Anschluss an Indien, was 1947 zum Ersten Indisch-Pakistanischen Krieg führte.
Der Krieg endete 1949 durch Vermittlung der Vereinten Nationen. Kaschmir wurde entlang der Waffenstillstandslinie de facto geteilt, und es sollte ein Referendum geben, um über die Zugehörigkeit zu Indien oder Pakistan zu entscheiden. Die Waffenstillstandslinie war allerdings nicht genau bestimmt und insbesondere in den nördlichen Hochgebirgsregionen, in denen kaum Kämpfe stattgefunden hatten, nicht zu erkennen. Erst 1972 nach dem Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg wurde die dann „Line of Control“ genannte Demarkationslinie exakt vermessen und festgelegt.[3] Sie wurde aber weder von Indien noch von Pakistan anerkannt. Beide beanspruchen bis heute den vom jeweils anderen Staat kontrollierten Teil Kaschmirs für sich. Es kam seitdem auch immer wieder zu Kämpfen auf dem am höchsten gelegenen Kriegsschauplatz der Welt, etwa seit 1984 auf dem Siachengletscher oder 1999 in der Kargil-Region.
Auch zwischen China und Indien besteht ein Konflikt in der Region Kaschmir. Die Grenze zwischen China und Indien ist in dieser Region umstritten, ebenso wie in Arunachal Pradesh im Nordosten Indiens. Das Gebiet in Arunachal Pradesh wird von Indien kontrolliert bis zur „McMahon-Linie“, die im britischen Tibetfeldzug 1903 erstritten aber von China nicht anerkannt wurde. China kontrolliert dagegen das Gebiet Aksai Chin in Kaschmir und konnte seine Ansprüche im Indisch-Chinesischen Grenzkrieg 1962 bekräftigen.[4] 1963 wurde außerdem ein Teil Kaschmirs von Pakistan an China übereignet; auch diese Grenzveränderung wurde von Indien nicht anerkannt.

2019 verfügte Indien die Aufteilung des bisher mit besonderen Autonomierechten ausgestatteten Bundesstaats Jammu und Kaschmir in zwei zentralgesteuerte Unionsterritorien, wodurch unter anderem der Bau militärischer Infrastruktur in der Grenzregion erleichtert wurde. Eine Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik geht davon aus, dass diese Veränderung den Kaschmir-Konflikt sowohl zwischen Indien und Pakistan als auch zwischen Indien und China neu anheizen wird.[5]

Grenze zwischen Indien und Bangladesch

Das heutige Bangladesch bildete bis 1971 den östlichen Teil Pakistans. In einem blutigen Befreiungskrieg, in dem indische Truppen auf Seiten der Separatisten eingriffen, sagte es sich von West-Pakistan los. Aus Angst vor dem großen muslimischen Bevölkerungsanteil wollte Indien das Gebiet aber nicht annektieren, so dass der unabhängigen Staat Bangladesch entstehen konnte. Der Verlauf der über 4.000 km langen Grenze zwischen Indien und Bangladesch führte dazu, dass Bangladesch landseitig fast vollständig von Indien eingeschlossen war. Insbesondere kontrollierte Indien die Oberläufe von Ganges, Brahmaputra und Meghna, was zu regelmäßigen Konflikten über die Wassernutzung führte. Indien klagte dagegen über illegale Einwanderung sowie Rinderschmuggel zur Schlachtung in Bangladesch. 1986 begann Indien deswegen mit dem Bau

Grenzzaun zwischen Indien und Bangladesh. Quelle: Wikimedia, Arupparia.



Skizzenhafte Karte des Bezirks Koch Bihar mit zahlreichen Enklaven. Quelle: Flickr/ Cyberpunk7282.

eines stacheldraht-bewehrten Grenzzauns, der 2021 die Grenze auf einer Länge von über 3.000 km versperrte.[6] Im Distrikt Koch Bihar stellte der Grenzverlauf, wie er von der Radcliffe-Kommission festgelegt wurde, die komplizierteste Grenze der Welt dar. Es gab rund 200 Enklaven auf indischer und ost-pakistanischer Seite, von denen viele kleiner als ein Quadratkilometer waren. Es gab Enklaven innerhalb von Enklaven und sogar eine Enklave dritter Ordnung. Diese Enklaven konnten praktisch nicht bewohnt oder bewirtschaftet werden, da sich die Staaten gegenseitig am Zugang oder am Bau von Versorgungsleitungen hinderten. Deswegen einigten sich Indien und Bangladesch 2011 auf ein Grenzabkommen, das einen Gebietsaustausch vorsah und unklare Grenzabschnitte neu definierte. Insgesamt wurden 111 indische Enklaven gegen 51 bangladeschische getauscht, wodurch sich die Fläche von Bangladesch um ca. 40 Quadratkilometer vergrößerte.[7]

Schlussbemerkung

Das Beispiel Südasien zeigt, dass bei der Ziehung von Grenzen keine Rücksicht auf historisch entstandene Regionen oder Siedlungsgebiete genommen wurde. Auch die „Radcliffe-Linie“, die sich am Verhältnis von muslimischer zu hinduistischer Bevölkerung orientierte, war für die betroffenen Menschen eine Katastrophe. Bei den heutigen Grenzen findet man sichtbare Unterschiede: Die Grenze zwischen Indien und Nepal ist teilweise umstritten, aber offen, die Grenze zwischen Indien und Bangladesch ist dagegen völkerrechtlich anerkannt, aber durch einen Grenzzaun versperrt. Für den Kaschmir-Konflikt zeichnet sich leider keine Lösung ab. Die beteiligten Staaten Indien, Pakistan und China verfügen alle über Atomwaffen und müssten wissen, dass sie diesen Krieg nicht gewinnen können. Der Grenzverlauf hat aber eine hohe symbolische Bedeutung, sodass sie von ihren Ansprüchen nicht abrücken wollen.

Anmerkungen

1 Britische Ostindien-Kompanie, de.wikipedia.org.
2 Michael Mann: Geschichte Südasiens 1500 bis heute, Darmstadt: 2010, S. 119f.
3 Die „Line of Control“ endet am Punkt NJ980420. Nördlich davon liegt der Siachengletscher, für den keine Grenzmarkierung existiert.
4 Seitdem kam es mehrfach zu kleineren militärischen Auseinandersetzungen an der indisch-chinesischen Grenze, etwa 2017 in Doklam oder 2020 in Ladakh mit leichten Gebietsgewinnen für China.
5 Christian Wagner, Angela Stanzel: Kartenspiele in Kaschmir, swp-berlin.org, 30.10.2020.
6 Vishnu V V: India Bangladesh Border Is 76% Fenced; MHA To Use Tech Solutions To Complete The Rest, republicworld.com, 3.8.2021.
7 Ministry of External Affairs – Government of India: India & Bangladesh Land Boundary Agreement, mea.gov.in.

Ein Wall quer durch's Land

In der besetzten Westsahara liegen völkerrechtliche und De-facto-Grenzen Meilen auseinander.

von Pablo Flock

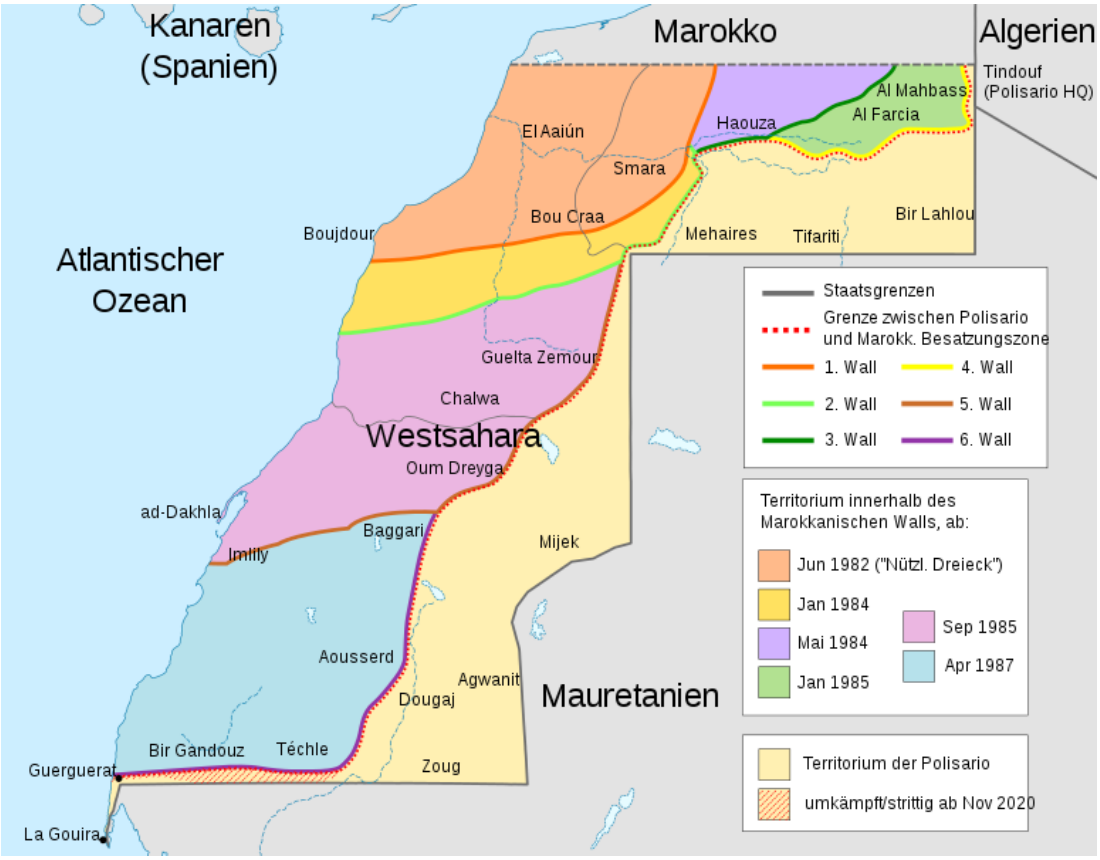
Besetzte Gebiete in der Ukraine, in Syrien, in Israel/Palästina und auch die besetzte Westsahara rufen uns gerne in Erinnerung, dass nicht überall, wo völkerrechtlich Grenzen verlaufen, diese respektiert werden – und dafür hochmilitarisierte Grenzbefestigungen quer durch völkerrechtlich eindeutig zusammengehörende Gebiete verlaufen. Die Konflikte, die zu solchen Situationen führen oder daraus entstehen, lehren, dass völkerrechtliche Grenzen nicht immer mit kulturellen Grenzen übereinstimmen und auch letztere durch Migrations- und Assimilierungsprogramme verändert werden können. Besatzer und Befreiungsbewegungen müssen Menschen im In- und Ausland von der Legitimität ihres vorgestellten Grenzverlaufs überzeugen. Doch letztendlich gilt immer noch das Primat der Stärke – und das im Osten wie Westen. Ein Beispiel der westlichen Unterstützung für die illegale Grenzverschiebung ist die Westsahara.

Schwerwiegendes Selbstbestimmungsrecht

Obwohl die Westsahara noch nie einen eigenen Staat nach modernen Kriterien konstituierte, sind ihre völkerrechtliche Einheit und das Selbstbestimmungsrecht seiner Bevölkerung eigentlich unumstritten. Das ursprünglich von arabischen Nomaden bevölkerte Wüstenland am Atlantik steht seit 1963 auf der Liste der Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung der Vereinten Nationen (UN), deren Generalversammlung die spanische Kolonialmacht daraufhin mehrfach aufforderte, das Territorium seinen Bewohner*innen zu überlassen. Zehn Jahre später gründete sich die Frente POLISARIO[1] und begann den bewaffneten Kampf gegen die Kolonisatoren. Nach einem Paradigmenwechsel durch den Tod des spanischen Diktators Francisco Franco zog die Kolonialmacht 1976 ab – jedoch nicht ohne zuvor mit Marokko und Mauretanien ein Abkommen zu schließen, welches das Land zwischen den beiden Nachbarländern aufteilte. Dies geschah, obwohl der Internationale Gerichtshof einen Monat zuvor eindeutig geurteilt hatte, dass das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung über die historischen Verbindungen der beiden Provinzen zu den Nachbarländern überwiege und ein Referendum durchzuführen sei. Da dieses Urteil offensichtlich nicht das gewünschte war, wurde es dann auch ignoriert. Mit der wahrscheinlich gekauften, aber bis heute medial ausgeschlachteten Zustimmung der traditionellen Stammesfürsten hatten die zukünftigen Besatzer auch schon eine medienwirksame Ausrede. Noch bevor die Spanier das Feld räumten, zogen während des sogenannten grünen Marschs rund 350.000 Marokkaner*innen auf Empfehlung ihrer königlichen Verwaltung ohne Waffen, aber mit Fahnen, Koranen und marokkanischem Militärschutz in die nördliche Westsahara ein. Nach dem Abzug des spanischen Militärs rückten das mauretanische Militär vom Süden und das marokkanische vom Norden in das Land ein. Trotz breiter Unterstützung aus dem Volk, auch beispielsweise von Parteien, die ursprünglich von der Kolonialmacht als Gegengewicht zur Frente POLISARIO gegründet worden waren, sowie von großen Teilen der einheimischen Polizei und Militärbataillone, hatte die aus der nur knapp 80.000 Menschen umfassenden Bevölkerung rekrutierte Guerilla keine Chance gegen die 25.000 Soldaten, die Marokko schickte. Sie konzentrierten sich darauf, die Konvois flüchtender Sahrauis in Richtung Algerien zu schützen und dem viel schwächeren mauretanischen Militär, aber auch der von den Marokkanern zuerst gesicherten französischen Phosphatabbau-Infrastruktur kleine Schäden zuzufügen.

Mauern aus Sand, Technologie aus dem Westen

Die Befreiungsfront hatte es von Anfang an mit übermächtigen Gegnern zu tun, die zudem von den führenden Militärmächten USA und Frankreich nicht nur moderne Waffen bekamen, sondern oft sogar direkt mit Luftunterstützung und teilweise auch Spezialkräften am Boden unterstützt wurden. Trotzdem gelang es der Guerilla, zumindest Mauretanien so mit Nadelstichen zu malträtieren, dass sich die Regierung zu Frie-



Quelle: Wikimedia/ Enyavar.

densverhandlungen und 1979 zu einer Rückgabe der besetzten Gebiete überreden ließ. Die marokkanischen Truppen, die das mauretanische Militär auch auf deren Besatzungsgebiet sowie in deren Heimatland unterstützten, fühlten sich jedoch nicht an diesen Vertrag gebunden und besetzten die Gebiete nach Mauretaniens Abzug. Vom Regen in die Traufe gefallen, blieb den Guerilla noch immer kaum Land und sie wurden von Marokko zunehmend in die Wüste gedrängt. Bald begann Marokko Grenzbefestigungen um alle neuen Gebietsgewinne zu errichten, die die kleinen, hochmobilen Kampftruppen der Guerilla nicht überwinden oder durchbrechen können. Größere Kampfverbände wären wiederum ein leichtes Ziel für die marokkanische Artillerie und Luftwaffe. Den ersten solchen Wall schuf Marokko, als es das sogenannte „Nützliche Dreieck“ mit drei der vier größten Städte des Gebiets und den wohl größten Phosphatreserven der Welt erobert hatte. Danach errichtete es im Laufe der 1980er Jahre nach allen nennenswerten Gebietsgewinnen weitere dieser bewährten Wälle, insgesamt sieben an der Zahl.[2] Mit über 3.000km ist diese Grenzbefestigung heute die größte dieser Art. Die davor liegenden Minengebiete können diese Superlative ebenfalls für sich beanspruchen. Zudem ist der Wall mit Stacheldraht, Radarsystemen und anderer moderner Grenztechnologie bestückt, die hauptsächlich aus den USA, Frankreich und Israel stammt. Grenzübergange, wo Sahrauis zwischen befreiter und besetzter Zone pendeln könnten, gibt es übrigens nicht. Nachdem es fast die ganze Westsahara erobert und mit Wällen gesichert hatte, ließ sich Marokko 1991 endlich von den Vereinten Nationen zu Waffenstillstandsverhandlungen überreden – auch da das Hauptquartier der POLISARIO im algerischen Tindouf liegt, wo seit Beginn des Kriegs auch der größte Teil der sahrauischen Bevölkerung in Flüchtlingscamps lebt. Eine abschließende Vernichtung der Guerilla wäre somit nicht möglich, ohne einen Krieg mit dem hochgerüsteten Nachbarland zu riskieren. Den Sahrauis blieb damit ein rund 20% des Landes umfassender Streifen im Osten, der nahezu komplett aus Wüste besteht und ein wenige Kilometer schmaler Streifen zwischen Mauretanien und der marokkanisch kontrollierten Zone bis vor an den Atlantik.

Wer ist „das Volk“ eines Landes?

Knapp 30 Jahre war der Konflikt nun eingefroren, da Marokko sich weigert, das von der UN geforderte Referendum in der ursprünglich angedachten Form durchzuführen bzw. keine Einigkeit zwischen Marokko und der POLISARIO über die Formalitäten besteht. Der Knackpunkt hierbei ist, das Marokko verlangt, dass auch Stämme, die vor der Besatzung in Südmarokko lebten, ein Wahlrecht haben. Die Forderung der POLISARIO war immer, dass nur Personen, die vor der Besatzung in der Westsahara lebten oder von solchen abstammen, stimmberechtigt sind, wie es auch die ursprüngliche Resolution der UN vorsah. Von den heute im von Marokko besetzten Teil der Westsahara

lebenden 630.000 Menschen machen diese Sahrauis jedoch nur noch knapp 20% aus. Sie sind dort weniger als die Angehörigen der marokkanischen Streitkräfte selbst, die mit rund 180.000 Personen vor Ort sind.[3] Fast doppelt so viele, also knapp 200.000 Sahrauis, leben in den Flüchtlingscamps in Algerien. Eine kurze Phase der Ansiedlung sahrauischer Menschen aus den Camps in den von der POLISARIO kontrollierten sogenannten „befreiten Gebieten“ endete abrupt, als das Waffenstillstandsabkommen im November 2020 scheiterte. Sahrauische Protestierende hatten in dem schmalen „befreiten“ Streifen zwischen dem von Marokko besetzten Gebiet und Mauretanien eine Straße blockiert. Das marokkanische Militär räumte diese, womit es laut der POLISARIO das Waffenstillstandsabkommen brach. Man befindet sich wieder im Krieg – so sehen das zumindest die Sahrauis. Marokko bestreitet es.

Grenzziehung bleibt das Recht des Stärkeren

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den kargen Camps in Algerien scheinen schon länger lieber wieder zu den Waffen greifen zu wollen.[4] Die langjährige Strategie der POLISARIO, durch Bildung, Austauschprogramme und Personalplatzierung in internationalen Organisationen ihren Kampf bekannt zu machen und internationale Unterstützung aufzubauen, war nur bedingt erfolgreich. Viele der gut ausgebildeten jungen Generation arbeiten, wenn sie nicht nach Europa oder in die algerischen Städte ziehen, im informellen Sektor als Taxifahrer o.ä., was die Jugendlichen weder im nationalen noch im Eigeninteresse überzeugt. Der Glaube an Bildung, Diplomatie und die Vermittlung der UN ist aufgebraucht. Andererseits konnte Marokko jüngst einige wichtige internationale Unterstützer für den Fortbestand seiner Okkupation sammeln. Den größten Fisch angelte es dabei gleich zu Beginn, als es auf Betreiben Donald Trumps den Abraham Accords beitrat und diplomatische Beziehungen mit Israel aufbaute und dafür die Anerkennung ihrer Hoheit über die Westsahara durch die USA sowie die Freigabe von US-Kampfjet-Exporten bekam. Kurz darauf konnte das Königreich durch energische Beihilfe zur blutigen europäischen Migrationsbekämpfung dem spanischen Ministerpräsidenten, Pedro Sanchez, und im letzten Jahr auch der frisch angetretenen deutschen Außenministerin, Annalena Baerbock, Lob und Rückendeckung für den schon seit 2007 bestehenden Autonomieplan abringen. Beide Länder waren zuvor lange Unterstützer der völkerrechtlich festgeschriebenen Lösung durch ein Referendum.

Freibrief für Grenzschutz

Das Einknicken der Europäer hat seine Ursachen. Für Spanien kam der Wendepunkt, nachdem es den Präsidenten der POLISARIO, Brahim Ghali, für die Behandlung einer schweren Covid-Infektion einfliegen lies und Marokko daraufhin den Grenzschutz nach Ceuta und Melilla einstellte. Innerhalb weniger Tage erreichten rund 12.000 Migranten die spanischen Exklaven. Wie auch in der Türkei, deren Feldzüge und Besatzungen in Syrien nicht sehr viel Empörung in Europa zu wecken scheinen, ist die EU in Marokko an regelrechte Herrscher gebunden, deren Völkerrechtsbrüche sie ignorieren, entschuldigen oder gar unterstützen muss – zusätzlich zu den Millionen, die in deren Sicherheitsapparate gepumpt werden. Für Marokko sind zwischen 2021 und 2027 500 Mio. Euro im EU-Haushalt für Grenzschutzfinanzierung angelegt. Die Hoheit über die Westsahara wird somit auch zum Unterpfand für Europas eigene Verhärtung der Grenzen.[5] Entgegen dem marokkanischen Narrativ, das den Konflikt als Stellvertreterkrieg mit Algerien darstellt, liefert Algerien den Sahrauis keine Waffen. Die letzten bestätigten Lieferungen stammen aus den 1990er Jahren vom damaligen sozialistischen libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi und besuchende Journalisten bekräftigen diesen Eindruck anhand des von ihnen beobachteten Militärgeräts.[6] Marokko verfügt dagegen über modernste Technologie wie High-End-Drohnen aus der Türkei und Israel – welches die marokkanische Hoheit über die Westsahara seit Juli 2023 nun auch offiziell anerkennt. Mit zunehmender militärischer Unterlegenheit und abnehmender internationaler Unterstützung rückt die Hoffnung der sahrauischen Unabhängigkeitsbewegung auf völkerrechtlich versprochene Grenzen und Selbstbestimmung in immer phantastischere Ferne.

Anmerkungen

1 POLISARIO ist das spanische Akronym für „Volksfront zur Befreiung von Saguía el Hamra und Río de Oro“.

2 Das letzte, 2020 gebaute Stück ist auf der Wikipedia-Grafik nicht zu sehen und geht vom 6. Wall bis in mauretanisches Gebiet.

3 Schaap, Fritz: Sie wollen ihre Heimat zurück – oder alle auf demselben Friedhof liegen, spiegel.de, 28.1.2022. auch in: Azkue, Irantzu Mendia Dr: Der vergessene Konflikt in Westsahara und seine Flüchtlinge, bpb.de, 29.3.2021.

4 Schaefer, York: In der Westsahara stehen die Zeichen wieder auf Gewalt, nzz.ch, 20.11.2020.

5 Monn, Julia: Über die iberische Route gelangen weniger Migranten nach Europa – woran liegt das?, nzz.ch, 17.6.2023.

6 Hilton, Daniel: Ghost towns, rockets and drones: Polisario’s war in Western Sahara, middleeasteye.net, 9.12.2021.

Checkpoint Management

Israels industrielle Reservearmee

von Lena Schmailzl

Die israelischen Grenzanlagen werden meist unter dem Aspekt der „Sicherheit“ diskutiert. Es lässt sich berechtigterweise fragen, um wessen Sicherheit und welche Art von Sicherheit es hier geht. Dieser Artikel setzt einen anderen Fokus: Anhand des Checkpoints Nilin im besetzten Westjordanland wird die Rolle der Sperranlage in der israelischen Besatzung umrissen.

„Das Haus dort ist meines“, erklärt Hamza mir lachend, während er auf ein mehrstöckiges Gebäude auf dem gegenüberliegenden Hügel deutet. Es ist noch nicht fertig, mehrere Kräne und Baustellenfahrzeuge stehen noch auf der Baustelle, doch es ist schon zu erkennen, dass es ein großes und modernes Gebäude werden wird. Es steht in einem Block mit mehreren anderen, identischen Häusern. In den nächsten Monaten werden sie fertig werden. Als ich das erste Mal nach Bilin kam, war der Hügel noch unbebaut, jetzt erstreckt sich dort ein ganzes Viertel, mit Spielplätzen und neuen Straßen. Es ist nur einige hundert Meter von uns entfernt – und trotzdem eine völlig andere Welt. Das Haus – Hamzas Haus – steht auf der anderen Seite der Mauer. Es ist Teil eines Neubaugebiets der Siedlung „Modiin Ilit“, gelegen etwa auf halbem Weg zwischen Ramallah und Tel Aviv, gebaut auf dem Land der palästinensischen Dörfer Bilin, Safa, Kharbatha und Deir Quaddis. Und natürlich ist es nicht wirklich sein Haus, es ist das Haus, in dem er zurzeit als Bauarbeiter eingesetzt wird. Er ist einer von tausenden palästinensischen Arbeiter:innen, die täglich auf die andere Seite der Mauer pendeln, um dort ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Ein sehr großer Teil von ihnen arbeitet im Bau, weitere in Landwirtschaft und Industrie. Die große Mehrheit sind Männer, wobei die Zahl der Frauen zunimmt.

Das ist keine Grenze

Der tägliche Arbeitsweg dieser Arbeiter:innen führt über einen Checkpoint. Auch Hamza muss, um zu „seinem Haus“ zu gelangen, mehr als 20 Kilometer zum nächsten Checkpoint fahren, obwohl die Baustelle nur etwa einen Kilometer von seinem Wohnort entfernt ist. Palästinensische Arbeiter:innen dürfen nicht jeden Checkpoint nutzen, um die Mauer zu überwinden, die meisten Übergänge sind ausschließlich Siedler:innen, der Armee oder Inhaber:innen der israelischen Staatsangehörigkeit oder Internationalen vorbehalten. Wer die Arbeiter:innen auf ihrem Arbeitsweg begleiten will, muss deshalb früh aufstehen. Zwischen drei und vier Uhr morgens machen sich die ersten auf den Weg. Bevor die Sonne aufgeht, beginnt die Rushhour auf den kleinen, schlecht asphaltierten Straßen. Alle Autos haben nur eine Richtung: nicht Richtung Ramallah, Sitz der Autonomiebehörde und wirtschaftliches Zentrum, sondern Richtung Nilin, zum nächsten Checkpoint. Auto nach Auto fährt vorbei, jedes vollbesetzt mit Männern in Arbeitskleidung. Am Straßenrand stehen weitere Arbeiter:innen, die auf eine Mitfahrgelegenheit hoffen. Aus palästinensischer Richtung kommend ist ein riesiger, nicht asphaltierter Parkplatz das erste sichtbare Zeichen des Checkpoints. Um 5.30 Uhr morgens stehen die Parkplätze vor dem Checkpoint Nilin schon weitgehend voll.

Landnahme statt Sicherheit

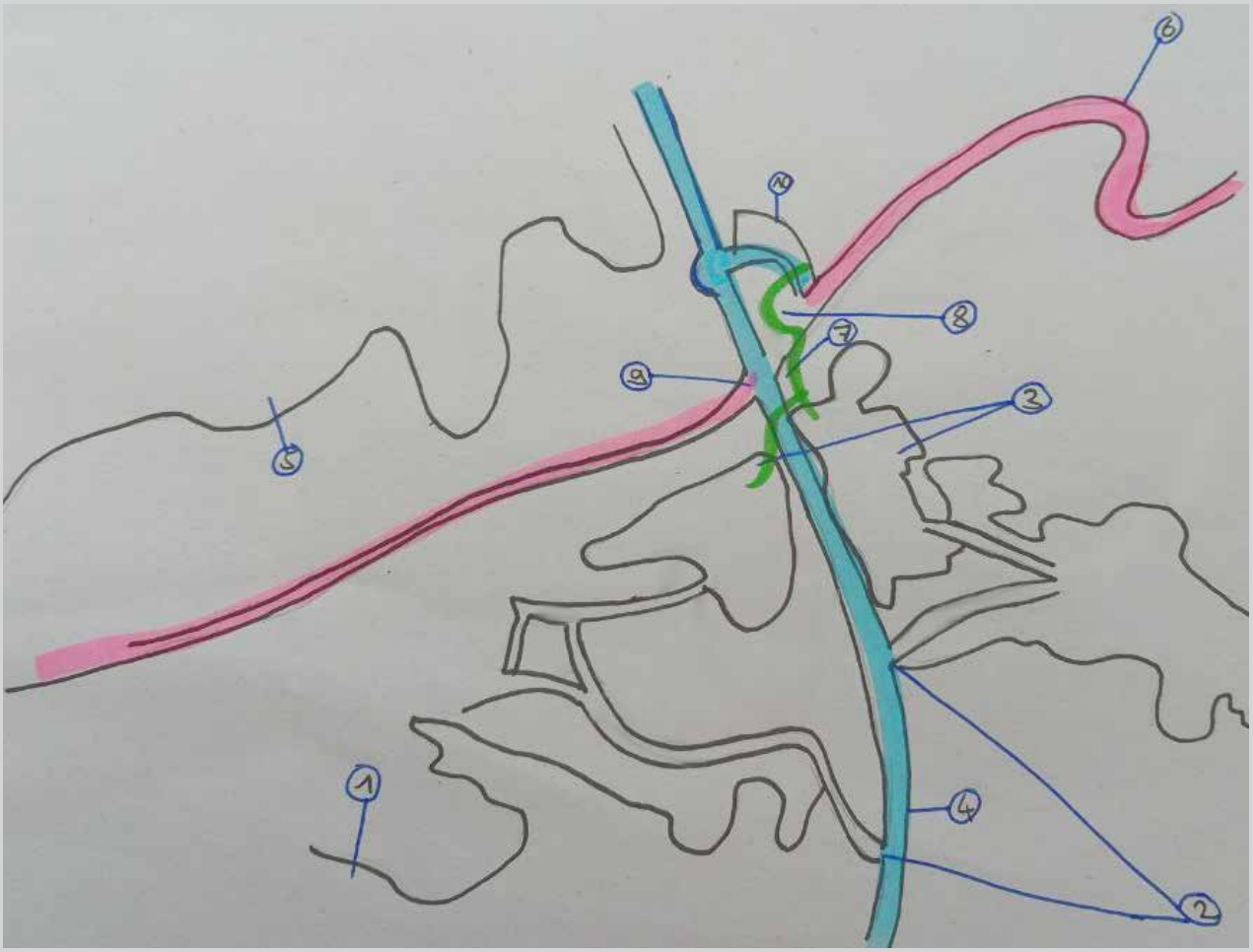
Wenn sich in Grenzen die Teilung eines Raumes in ein Hier und ein Dort materialisiert, dann stellt sich immer auch die Frage, was es eigentlich ist, dass durch die Grenze voneinander abgegrenzt oder abgeschnitten wird. Die Mauer. Auch Zaun, Sperranlage, Sicherheitszaun genannt. Während wir auf „Hamzas Haus“ schauen, können wir die Sicherheitsarchitektur gut überblicken. Unmittelbar hinter der Anlage verläuft ein „Sicherheits“streifen, eine kleine Straße, die vom Militär genutzt wird, um schnell von einem Ort der Mauer an einen anderen zu gelangen. Kameras, Armeeposten, kleine Öffnungen, durch die das Militär kommt, wenn sie Palästinenser:innen verhaften. Doch nach dem Völkerrecht ist das hier keine Grenze. Auf beiden Seiten des Checkpoints ist palästinensisches

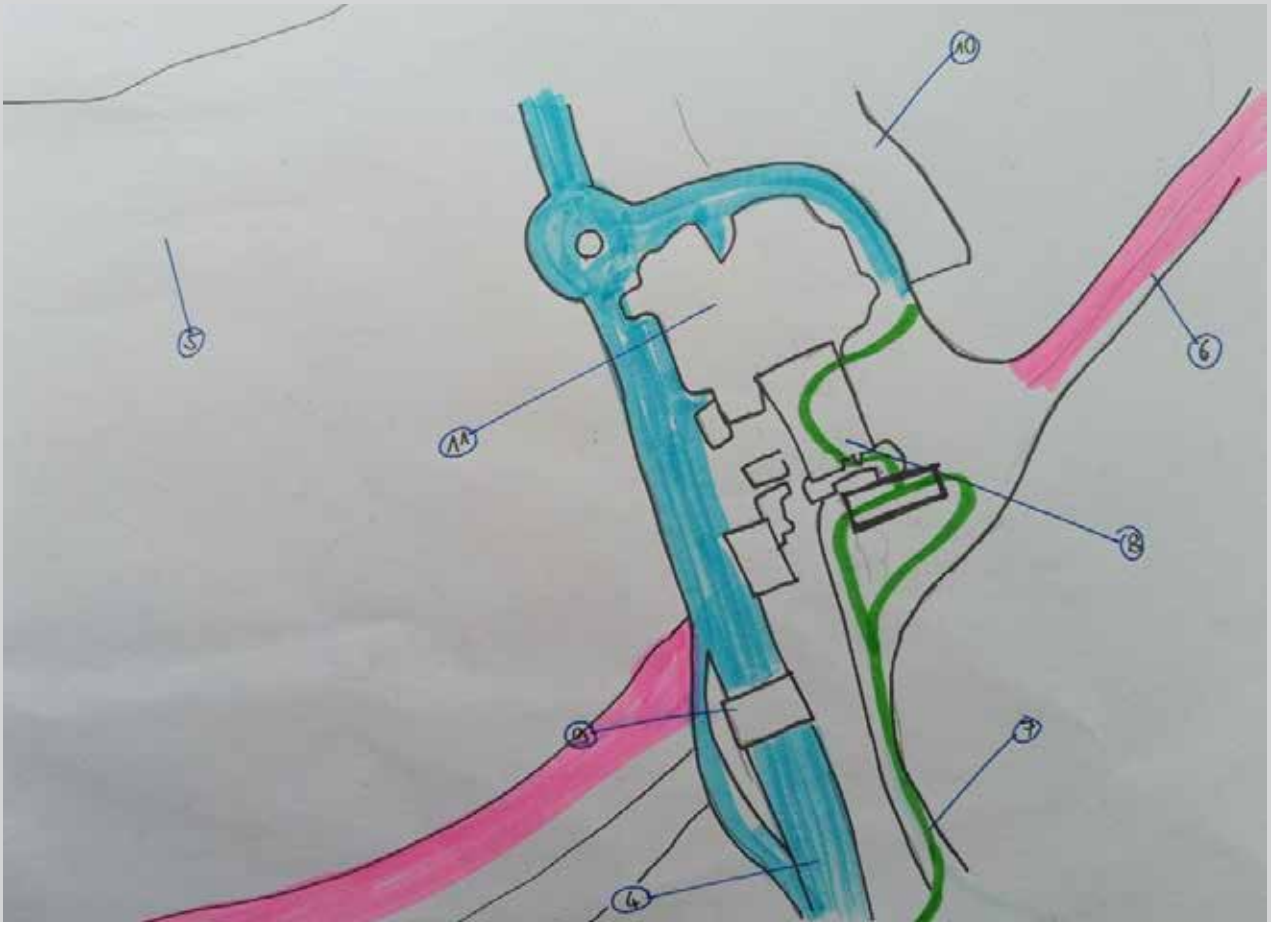
Gebiet, die sogenannte grüne Linie verläuft mehrere Kilometer entfernt. Die Sperranlage verläuft in Schlaufen und annektierte so de facto mehr als 5000 km² des Westjordanlandes, fast 10% der Gesamtfläche. Palästinenser:innen wurden durch die Anlage von ihrem eigenen Land getrennt. Ihres Landes und ihrer Produktionsmittel beraubt, erhöhte sich der Druck auf Palästinenser:innen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen – zur Not auch an dieselbe Besatzungsmacht, die für den Landraub verantwortlich ist. Auch Hamzas Haus steht auf Land, was seiner Familie gehörte, bevor darauf eine Siedlung errichtet wurde. Die Arbeiter:innen erbauen buchstäblich die Städte, die auf ihrem gestohlenen Land stehen. Der Scherz, wem welches Haus gehört, ist bitter. Obwohl wir gemeinsam lachen, wissen wir genau: Es wäre lebensgefährlich für sie, diese Siedlung außerhalb des Arbeitskontextes zu betreten.

Genauso wenig wie die Mauer eine Grenze zwischen zwei völkerrechtlichen Gebieten darstellt, markiert sie eine Grenze zwischen zwei getrennten Ökonomien. So etwas wie eine eigenständige palästinensische Wirtschaft gibt es nicht. Umgekehrt ist die Realität der Besatzung in vielfacher Hinsicht zentraler Bestandteil der israelischen Ökonomie. Der Checkpoint und die Grenzlinie, an der er errichtet ist, markieren nicht etwa die Grenze zwischen zwei ökonomischen Räumen, sondern sind selbst Kristallisationspunkte einer Ökonomie der Besatzung. Die Hierarchie der Besatzung wird im Checkpoint in Beton und Stahl gegossene bauliche Realität. Oben entlang führt die Straße, auf der Autos mit israelischen Kennzeichen fahren dürfen. Es ist eine israelische Straße, neu asphaltiert, beleuchtet. Gebaut, um israelische Siedlungen untereinander und mit dem israelischen „Kernland“ zu verbinden. Diese Straße trennt den Parkplatz in zwei Teile und obwohl es zum allergrößten Teil palästinensische Arbeiter:innen sind, die diesen Checkpoint nutzen, gibt es keine asphaltierten Wege vom Parkplatz zum Checkpoint, keinen Fußgängerübergang über die viel befahrene Straße, noch nicht einmal eine Unterbrechung der Fahrbahntrennung, sodass alle Arbeiter über eine halbmeterhohe Betonabgrenzung müssen, um den Fußgängerzugang zum Checkpoint zu erreichen. Es ist nur eine Kleinigkeit, die sinnbildlich für die Funktionsweise des Checkpoints ist. Es sind palästinensische Arbeiter:innen, von denen dieser Checkpoint am meisten genutzt wird. Doch der Checkpoint ist nicht für sie gebaut. Seine gesamte Infrastruktur ist darauf ausgelegt, den Durchgang für israelische Siedler:innen so schnell und komfortabel wie möglich zu gestalten. Für sie soll der Checkpoint möglichst unsichtbar werden. Es gibt direkte Busverbindungen aus der Siedlung nach Tel Aviv, die Siedler:innen können in ihren Autos mit israelischen Kennzeichen die Checkpoints durchqueren. Ein paar Worte auf Hebräisch, ein Blick ins Auto, *weiß* genug sein und der Checkpoint liegt hinter ihnen. Palästinenser:innen mit einem Ausweis aus dem Westjordanland dürfen den Checkpoint dagegen ausschließlich zu Fuß überqueren. Vor dem Checkpoint steht daher eine Reihe israelischer Autos, die Arbeiter:innen an ihre Einsatzstellen bringen soll. Direkt vor dem Checkpoint halten sie, die Palästinenser:innen steigen aus, um den Checkpoint zu Fuß zu überqueren.

Checkpoint von Nilin im Juli 2023. Quelle: Lena Schmailzl.

Wo beginnt der Checkpoint?





Legende

1 Palästinensische Dörfer Nilin und Deir Qaddis
Viele der Dörfer um den Checkpoint haben durch den Bau der Mauer und der Siedlung Modiin Ilit einen großen Teil ihres Landes verloren. Viele arbeiten heute in der Siedlung oder in Städten hinter der Mauer. Morgens sieht man hier die Arbeiter am Straßenrand stehen, um zum Checkpoint zu kommen, die Kiosks öffnen für sie und Benzin wird in Flaschen verkauft. Andere arbeiten im Dienstleistungsbereich für israelische Siedler:innen, die die deutlich günstigeren Preise nutzen, um ihre Autos waschen oder reparieren zu lassen. Obwohl das laut israelischem Gesetz illegal ist, ist das Alltag. Besonders an den Wocheneden sieht man auf den Straßen fast nur israelische Siedler:innen, die meisten Ladenschilder sind auf Hebräisch.

2 Beginn der palästinensischen Straßen nach Nilin und Deir Qaddis
Die Straßenqualität wird sofort spürbar schlechter, am Wegrand markiert ein rotes Schild, dass der Weg in die palästinensischen Autonomiegebiete führt und warnt: „Die Weiterfahrt für israelische Staatsbürger ist lebensgefährlich und gegen israelisches Gesetz.“ Einen Grenzposten oder eine Sperre gibt es nicht.

3 Parkplätze für palästinensische Arbeiter:innen
Der große Parkplatz ist nicht asphaltiert, er ist Stück für Stück entstanden, nachdem immer mehr Arbeiter hinter dem Checkpoint auf Arbeit gehofft hatten.

4 Israelische Schnellstraße 446 (blau)
Die Straße verbindet Siedlungen miteinander und mit dem israelischen „Kernland“. Israelische Staatsbürger:innen mit israelischen Kennzeichen dürfen den Checkpoint auf dieser Straße in Autos überqueren.

5 Israelische Siedlung Modiin Ilit
Die Siedlung Modiin Ilit liegt auf der anderen Seite der Mauer, sodass die Bewohner:innen keine Grenze überwinden müssen, um nach Jerusalem oder Tel Aviv zu gelangen. Die Siedlung, wie auch die Mauer, liegen auf Gebiet, was nach dem Völkerrecht als palästinensisches Gebiet gilt.

6 Mauer/Zaunverlauf (pink)
Die Sperranlage verläuft nicht gerade, sondern mäandert und schneidet so teilweise mehrere Kilometer in palästinensisches Gebiet. Durch die Mauer verlängert sich der Arbeitsweg der Arbeiter:innen deutlich. Statt wenige hundert Meter müssen sie über 20 Kilometer zum nächsten Checkpoint fahren. Unmittelbar hinter der Mauer verläuft eine Militärstraße.

7 Fußwege für palästinensische Arbeiter:innen (grün)
Zum größten Teil nicht asphaltierte, steile und steinige Trampelpfade mit großer Gefahr auszurutschen und hinzufallen. Auf den Wegen Richtung Checkpoint stehen provisorische Stände, an denen Getränke, Snacks und israelische SIM-Karten verkauft werden.

8 Kontrollpunkt für palästinensische Arbeiter:innen
Der gesamte Übergang wird, wie zahlreiche Checkpoints, von einem privaten Sicherheitsunternehmen betrieben. Es gibt in Israel eine starke Tendenz zur Privatisierung von Sicherheitsleistungen, wobei die durch private Firmen betriebenen Checkpoints dafür bekannt sind, deutlich strenger zu kontrollieren als solche, die von der Armee kontrolliert werden.

9 Übergang für israelische Staatsbürger

10 Parkplatz hinter dem Checkpoint
Hinter dem Checkpoint stehen Busse, die Fahrer rufen laut, wohin sie fahren: Tel Abeeb. Atatarot, Beersheva.

11 Israelische Polizeistation

Die industrielle Reservearmee

Die Arbeiter:innen, die von den Parkplätzen aus auf Trampelpfaden Richtung Checkpoint laufen, verdichten sich zu einem nicht abreißenden Strom, bestehend hauptsächlich aus Männern in Arbeitskleidung. In ihren Rucksäcken und Plastiktüten haben sie das Nötigste für den Tag. Auf ihren Pullis stehen auf Hebräisch die Namen der Bauunternehmen, für die sie Häuser errichten. Häuser, in denen sie selbst nicht wohnen dürfen. Die Arbeiter haben lediglich das „Glück“, Arbeitsgenehmigungen erhalten zu haben, um legal in Israel und den völkerrechtswidrigen Siedlungen arbeiten zu dürfen. Ein Recht auf einen dauerhaften Aufenthalt oder gar eine Niederlassungserlaubnis in Israel haben sie nicht. Je näher wir dem Checkpoint kommen, desto mehr Arbeiter:innen werden es. An den Gittern des Checkpoints stauen sich die Menschen. Eng aneinandergepresst schieben sie sich durch die Gitter des Checkpoints, während über ihnen der private Sicherheitsdienst patrouilliert, der diesen Checkpoint betreibt. Einige klettern über die Abgrenzungen, um schneller an die Drehkreuze zu gelangen. Andere rauchen erst noch in Ruhe eine Zigarette, bevor sie sich zu den anderen stellen, Teil der Masse werden, die durch Gitterstäbe und Drehkreuze geschoben wird. Der Begriff einer industriellen Reservearmee – morgens um 6 Uhr am Checkpoint von Nilin ist er greifbar.

Die Arbeiter:innen erfüllen zentrale Funktionen in der israelischen Ökonomie. Sie stehen ganz unten in der Hierarchie. Sie arbeiten in körperlich harten Jobs, sind massiven Gefahren am Arbeitsplatz ausgesetzt und arbeiten unter besonders prekären Bedingungen. Das Genehmigungssystem, in dem Arbeiter:innen ihre Genehmigungen häufig über israelische Arbeitgeber:innen beantragen müssen, drängt sie

Kräne sind in der vökerrechtswidrigen Siedlung Modiin Ilit sichtbar. Die Mauer trennt die Siedlung von den Olivenhainen des Dorfes Bilin. Quelle: Lena Schmailzl.

in eine enorme Abhängigkeit: Verliert ein:e Arbeiter:in den Job, ist damit häufig auch die Arbeitsgenehmigung verloren. In der Pandemie waren sie die ersten, die von einem Tag auf den anderen ihre Jobs verloren.

Ökonomisch hat die palästinensische Arbeitskraft mehrere Vorteile gegenüber anderen importierten Arbeitskräften: Die Lebenshaltungskosten in den besetzten palästinensischen Gebieten sind deutlich geringer, daher sind auch die Löhne palästinensischer Arbeiter:innen niedriger. Da sie dennoch weit über dem Durchschnittslohn in Palästina liegen und die ökonomische Lage in den palästinensischen Gebieten sehr schwierig ist, ist ein ständiger Nachstrom gesichert. Ein Bauarbeiter in Israel verdient deutlich mehr als eine verbeamtete Lehrkraft an einer staatlichen weiterführenden Schule in Palästina.

Anders als bei Arbeiter:innen, die dauerhaft in Israel leben, müssen auch die Reproduktionskosten der Arbeiter:innen als Klasse nicht durch den israelischen Staat gedeckt werden. Zahlreiche Investitionen wie Straßenbau, Schulbildung, Infrastrukturmaßnahmen und Gesundheitsversorgung werden durch Einrichtungen der Vereinten Nationen (etwa UNRWA in den Flüchtlingscamps) und internationale NGOs übernommen.

Die wirtschaftliche Ergänzung der Osloer Verträge, die sogenannten „Paris Protokolle“ führen dazu, dass ein relevanter Teil der Löhne wieder in die israelische Ökonomie zurückfließt. In den Protokollen wird festgelegt, dass alle Außengrenzen – und damit auch der gesamte Im- und Export – vollständig von Israel kontrolliert wird. Das führte dazu, dass etwa 2005 73,9% aller Importe in die besetzten palästinensischen Gebiete (bpG) aus Israel stammten. Die Löhne, die die Arbeiter in Israel verdienen, geben sie gezwungenermaßen zu einem großen Teil für israelische Produkte aus. Anders bei Arbeiter:innen aus dem Ausland, die den größten Teil ihrer Gehälter direkt an ihre Familien rücküberweisen.

Die Mauer ist Realität und sie schafft Fakten. In den Dörfern um den Checkpoint wachsen zahlreiche Kinder auf, die noch nie am Meer waren, obwohl es nur wenige Kilometer entfernt liegt. „Das Meer hinter der Mauer“ nennen sie es. Etwa drei bis vier Stunden brauche er täglich für seinen Weg zur Arbeit, schätzt einer der Arbeiter, der Rückweg geht meist schneller. Seine Kinder sieht er so nur am Wochenende. Einige Arbeiter sparen sich diesen Weg gleich ganz und bleiben unter der Woche. Doch gleichzeitig ist die Grenze nicht so dicht, wie sie es nach der Sicherheitsargumentation sein müsste. „Bei uns gibt es keine Checkpoints“, erklärt mir eine freundliche Frau im Flughafen auf meinem Rückweg nach Deutschland. Und aus ihrer Perspektive stimmt das wahrscheinlich sogar. Für sie gibt es keine Checkpoints. Für die Bauarbeiter, die vielleicht auch das Haus errichtet haben, in dem sie wohnt, schon.

High-Tech-Sortiermaschinen?

Rezension zweier Publikationen zum Thema Grenzen

von Christoph Marischka

Mau: „Sortiermaschinen“

Steffen Mau, der zu den bekannteren zeitgenössischen deutschen Soziologen zählt, hat 2021 im Verlag C.H.Beck ein „kurzes Buch“ veröffentlicht, welches – so der Untertitel – „Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert“ unter dem Titel „Sortiermaschinen“ beschreibt.

Dass Grenzen „Sortiermaschinen“ sind, ist erst einmal keine so neue Feststellung. Jenseits ihrer geopolitischen und völkerrechtlichen Funktion zur Abgrenzung eines Territoriums erscheinen sie v.a. im westeuropäischen Denken den Individuen primär als Ort einer binären, manchmal lebenswichtigen Entscheidung: des Zugangs oder der Zurückweisung. Dass der Ort dieser Entscheidung nicht (mehr) nur der ikonische, ebenfalls westeuropäisch geprägte Schlagbaum ist, scheint auch keine besonders neue Erkenntnis. Vieles, das im Buch dargestellt wird, ist im Grunde der regelmäßigen Zeitungsleserin bekannt: Die Externalisierung der Kontrolle in Drittstaaten und an private Akteure, der zunehmende Einsatz biometrischer Daten, der Bau von Mauern und Zäunen und das Sterben im Mittelmeer. Letzteres steht bei Mau nicht im Mittelpunkt, sondern wird eher sachlich am gebotenen Ort erwähnt. Es handelt sich dabei schließlich nur um eine Zuspitzung der Kernaussage, wonach Grenzen als Filter über Lebenschancen entscheiden und diese anhand ziemlich banaler Kriterien wie Geburtsort bzw. Staatsbürgerschaft reproduzieren: „Die Grenze als Sortiermaschine ist ein Ungleichheitsgenerator“.

Etwas ausführlicher als die (ebenfalls irgendwie ikonisierten) Bootsflüchtlinge werden z.B. jene beschrieben, die sich kraft Vermögen, teilweise unterstützt von entsprechenden Agenturen, für viel Geld Pässe anderer Staaten und damit Visafreiheit in ganzen Weltregionen einkaufen können. Hier könnte sich noch die diplomatische Klasse jener ergänzen lassen, die mit entsprechenden Pässen oder aufgrund ihrer Funktion in der UNO, anderen Internationalen Organisationen oder den Parlamenten mächtiger Staaten ebenfalls eine weitgehende globale Bewegungsfreiheit genießen. Dem stellt Mau die Hürden gegenüber, die sich für Angehörige ärmerer Staaten ergeben, wenn sie ein Visum z.B. für den Schengen-Raum beantragen wollen. Allein diese sind für viele abschreckend oder aber gleich unüberwindbar. So werden Ausschlüsse bereits weit jenseits des Ziellandes produziert. Wer ohne Visum reisen will, stößt ebenfalls bereits weit jenseits des Ziellandes auf vielfältige Hindernisse und Barrieren, wobei private Dienstleister und Behörden von Drittstaaten in die Abwehrstrategien der reichen Staaten eingebunden werden. Auch diese im Grunde bekannte Externalisierung beschreibt Mau nüchtern und anschaulich, u.a. am Beispiel der von Europa an den Niger delegierten Abwehr von Migrant:innen: „Ganze Länder oder Landstriche können somit zur Grenzzone anderer zum Teil räumlich weit entfernter Länder umfunktioniert werden“. Hierin erkennt Mau auch den „Wunsch vor allem liberaler Staaten, sich ihrer eigenen, normativen Selbstbindung zu entledigen“, denn: „Exterritorialisierung führt dazu, dass Kontrolle und der Zugang zu Rechten auseinanderfallen“. Dabei verweist Mau auf den französischen Philiosphen Étienne Balibar, der dafür plädiere, den analytischen Blick „von der Bewegung von mobilen Menschen über die Grenze hinweg auf die Bewegung von Grenzen auf mobile Menschen zu“ zu verlagern. Das ist zugleich ein Beispiel dafür, wie es dem Autor an verschiedenen Stellen gelingt, abstraktere und aktuelle wissenschaftliche Debatten unprätentiös mit einer ansonsten sehr anschaulichen Gesamtdarstellung der Funktionsweise von Grenzen zu verweben. Wenn es z.B. an anderer Stelle heißt, „[p]ortable Kontrollgrenzen zielen darauf, ‚Unwillkommene‘ am Abreisen, Durchreisen oder Anreisen zu hindern“, ist dies einerseits offensichtlich – und zugleich eine recht konkrete Anwendung von Balibars Forderung. Die im besten Sinne populärwissenschaftliche Aufbereitung des Themas zeigt sich auch daran, dass Mau an mindestens drei Stellen Forschungsprojekte aus seinem

Umfeld kurz vorstellt. Das gilt z.B. für ein Projekt, das die Fortifizierung von Grenzen zum Gegenstand hatte. Damit ist der Bau von Mauern und Zäunen gemeint, der seit den 1990er Jahren deutlich zugenommen habe. Die Beschreibung dieser „Grenzinfrastrukturen“ als „Bollwerke der Globalisierung“ erfolgt an einer frühen und zentralen Stelle im Buch und soll eine weitere Kernaussage unterstreichen, die sich gegen das von ihm zunächst ausgebreitete „Entgrenzungsnarrativ“ wendet: Der „Abgesang auf die Grenze, wie wir ihn bei den Hohepriestern der Globalisierung immer wieder hören konnten, war eine Illusion zu Lasten Dritter, die die Globalisierung nicht als ent-, sondern viel eher als Ausgrenzung erleben durften“. Die Öffnungsglobalisierung sei systematisch verbunden mit einer zugleich stattfindenden Schließungsglobalisierung, wobei die „Freizügigkeitsgewinne für die Einen mit Begrenzungen von Mobilitätsoptionen für die Anderen erkauft werden“. Das geht damit einher, dass für erstere die Grenze zunehmend unsichtbar werde. Die Hochmobilen, die „Sozialfigur des Trusted Travellers“, überfliegt Zäune und Mauern. Sie sind mittlerweile an die „Walk-Through-Grenze“, den Grenzübertritt als kurze „Mensch-Maschine-Interaktion“ gewöhnt. Für sie erscheinen Stacheldraht und Befragung an der Grenze tatsächlich als Anachronismus. Ganz am Anfang, wo er das „Entgrenzungsnarrativ“ nachzeichnet, nimmt er dabei auch seine eigene Zunft aufs Korn und spekuliert über eine „déformation professionelle der Konferenztouristen“. Die Grenze als „Ort legitimer staatlicher Kontrolle auch ohne Verdacht“, als „Situation der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins“ und des Tauschs „umfassender Eingriffs- und Kontrollrechte staatlicher Behörden gegen individuelle Eintritts- und Mobilitätsmöglichkeiten“ ist „keine Jedermann- oder Jederfraugrenze“, sondern eine „individualisierte Grenze“. Die flexibilisierte und deterritorialisierte Grenze als Sortiermaschine hingegen zielt darauf ab, die Trusted Travellers zu isolieren, während sie ganze Bevölkerungsgruppen nach Risikofaktoren bewertet, als Sicherheitsbedrohung einstuft und weit jenseits der territorialen Grenze aufzuhalten oder an dieser herauszugreifen und besonders zu durchleuchten sucht.

Hierbei spielen natürlich auch neue Technologien und sog. „Smart Borders“ eine Rolle. Die „Informationelle und biometrische Kontrolle“ beschreibt Mau in einem weiteren zentralen Kapitel. Neben den verschiedenen „Identitätsspeichern“, die gegenwärtig im Zuge des Grenzmanagements aufgebaut werden und sich zunehmend nicht auf Dokumente, sondern auf biometrische Identifikation („face passport“) beziehen, spricht Mau den Einsatz von KI und Algorithmen anhand weniger konkreter Beispiele an. Besonders wichtig scheint ihm dabei zu sein, dass in diesen Datenbanken „zuvor separierte gesellschaftliche Bereiche miteinander“ gekoppelt und „Informationen aus einem ganz anderen Kontext für die Einreise in ein anderes Land entscheidungsrelevant“ werden. Vor dem Hintergrund der Pandemie, in der das Buch offenbar geschrieben wurde, spielen hier u.a. Gesundheitsindikatoren eine Rolle, was – der Autor räumt das ein – nicht gänzlich neu ist. Mit wenigen anschaulichen Beispielen legt er jedoch nahe, dass zunehmend auch das Konsumverhalten und die Bonität in entsprechende Entscheidungssysteme einfließen und damit auch der private Sektor eingebunden wird, der solche Indikatoren erhebt.

An dieser Stelle wirkt das Buch appellativ und gewissermaßen mobilisierend. Es scheint dem Autor ein persönliches Anliegen, eine breitere Öffentlichkeit auf entsprechende Tendenzen und mögliche Folgen aufmerksam zu machen und zumindest zwischen den Zeilen auch zu warnen. Ansonsten ist das Buch, auch wenn es die hier wiedergegebenen Zitate vielleicht anders erscheinen lassen, nicht in dem Sinne politisch oder moralisierend, wie es beim Thema Grenzen ansonsten – und oft durchaus zu Recht – der Fall ist. Somit ist es nicht nur für ein Fachpublikum mit kritischer Haltung zu Grenzen als dichte und stimmige Zusammenfassung weitgehend bekannter Fakten empfehlenswert, sondern auch als Geschenk an Verwandte oder Kolleg*innen, denen es bislang an Empathie für diejenigen fehlt, denen die „Globalisierung“ vor allem als Ausschluss entgegentritt.

CILIP 131

Die „Sortiermaschinen“ von Steffen Mau bilden einen hervorragenden Hintergrund für die Lektüre der 131. Ausgabe der Zeitschrift „Bürgerrechte und Polizei“ (Cilip) vom März 2023 mit dem Titelthema „Mit Technologien gegen Migration“. Der Schwerpunkt besteht aus sieben Einzelbeiträgen zu verschiedenen Aspekten. Unter dem Titel „Migrationsabwehr als angewandte Wissenschaft“ stellt Norbert Pütter thematisch geordnet Projekte der deutschen und EUropäischen Forschungsprogramme für die „zivile Sicherheit“ vor, die einen expliziten Bezug zum EUropäischen Grenzregime aufweisen. Im Themenfeld Detektion geht es dabei um verschiedene Technologien, mit denen Menschen in Fahrzeugen oder Containern aufgespürt werden sollen. Hierzu werde u.a. mit dem Einsatz von Wärmebild- und Terahertzkameras experimentiert, die in der Lage seien, versteckte Personen auch im fließenden Verkehr zu identifizieren. Ein weiteres Projekt habe demnach auch den Einsatz von Röntgenstrahlen untersucht, sei aber primär auf die Erkennung von Drogen oder Sprengstoff ausgerichtet. Zunächst eher skurril, aber womöglich durchaus anwendungsnah sollte auch ein „tragbares Meßsystem“ erforscht werden, mit dem Luft aus geschlossenen Fahrzeugen oder Containern abgesogen und auf „charakteristische Merkmale von menschlichen Ausdünstungen wie Atemluft oder Schweiß“ untersucht werden könne. Beispielhaft für den Bereich Grenzüberwachung wird das Projekt FOLDOUT vorgestellt, bei dem Satellitenaufnahmen mit der „Echtzeit-Überwachung durch Luftschiffe“, anlassbezogenen Flügen bemannter und unbemannter Systeme und einer Vielzahl von Sensoren am Boden verknüpft werden sollen. Vergleichbare Projekte werden auch im Themenfeld der Seegrenzen dargestellt. Unter der Überschrift „Identitätsprüfung an der Grenze und im Inland“ werden Forschungsprojekte genannt, welche u.a. durch Auslesen der Smartphones Geflüchteter Rückschlüsse auf deren Herkunft und die verwendeten Routen ermöglichen sollten. Weitere Projekte verfolgten das Ziel der Ermittlung des Herkunftslandes durch „Sprach- und Dialektanalyse“ oder der standardisierten Altersermittlung „mit den Mitteln Künstlicher Intelligenz“. Was Püttners kurzen Beitrag gegenüber anderen teilweise ausführlicheren Darstellungen der entsprechenden Programme auszeichnet, ist, dass in wenigen Sätzen auch die Dynamik der Forschungsförderung und die Verantwortung der Forschenden angesprochen wird. Letztere müssten „in ihren Anträgen erfolgreich bestehende Überwachungs- und Kontrolldefizite behaupten, die sie zu schließen versprechen“. Mit dem „technischen Fokus“ verbunden sei, dass „die Forschenden die Abschottungslogik als unhinterfragte Basis ihres Tuns (und Geldverdienens) bekräftigen und die Migrant*innen als zu polizierende Objekte behandeln“. Gut, dass das mal in dieser Klarheit formuliert wurde. Zugleich würden viele der erforschten Technologien „das Potential zu einer totalitären Überwachung der gesamten Gesellschaft“ bergen.

Auf diesen Aspekt geht bereits die Redaktionsmitteilung ganz am Anfang des Heftes ein, in der auf Michel Foucaults Bild des „kolonialen Bumerangs“ verwiesen wird: „Bis heute sind die rassifizierten ‚Fremden‘ das primäre Testfeld für neue Kontrolltechnologien“, die mit einiger Wahrscheinlichkeit früher oder später auf weitere Teile der Gesellschaft Anwendung finden würden. Viele der Autor*innen des Schwerpunkts greifen diese Argumentation auf, darunter Petra Molnar, die in der Vergangenheit viel zum Einsatz von KI im Migrationsmanagement geforscht hat. In ihrem Beitrag „Digitale Festungen und Roboterhunde – Technologische Gewalt an den Grenzen der EU und USA“ stellt sie fest: „Die Regulierungslücken im Hinblick auf Grenztechnologie sind beabsichtigt, um technologische Experimente zu ermöglichen, die andernorts nicht erlaubt wären“. Das „Andernorts“ ist dabei vermutlich nicht vorrangig räumlich zu verstehen, denn auch sie spricht – bezugnehmend auf Ayelet Schahar und deren Buch „Shifting Borders“ – davon, dass Grenzen „elastisch geworden“ und „nicht mehr an einen physischen Ort gebunden“, sondern „zu einer beweglichen Barriere, zu einem losgelösten rechtlichen Konstrukt“ geworden sind. Besonders stark hebt den Aspekt „Migrant*innen als Versuchssubjekte“ und die „Migrationssteuerung der EU als Versuchslabor für neuartige Technologien“ Lise Endregat Hemat in ihrem Beitrag „Wirklich nur Forschung?“ hervor: „Migration wird als eine Gefahr geframed […], wobei sich die Grenzen dessen, was als akzeptabel erachtet wird, verschieben. Solche Prozesse können die Entwicklung außergewöhnlicher Technologie befördern“.

Eine weitere Argumentation zieht sich durch einen Großteil der Beiträge, nämlich die Vorstellung eines gewinnträchtigen und profitorientierten „grenzindustriellen Komplex“ (Molnar) bzw. des „Geschäftsfelds Migrationskontrolle“. Verschiedene Beiträge nennen zwei- bis dreistellige Millionenbeträge für bestimmte Projekte, welche eine Zweck-Mittel-Relation jenseits der Förderung dieser Industrie kaum erkennen lassen. Auch jenseits der Fusion beider Gedanken liegt es durchaus in der juristisch-aktivistischen Tradition der „Cilip“, die aktive Verteidigung der Rechte insbesondere jener in den Mittelpunkt zu stellen, für die der Zugang besonders erschwert ist. So macht der Beitrag von Clemens Arzt durchaus Sinn, in dem er verschiedenste Rechtsquellen, von der Europäischen Menschenrechtskonvention über das Grundgesetz bis hin zum deutschen Strahlenschutzgesetz (was es nicht

alles gibt…) nach Möglichkeiten durchforstet, entsprechende Praxen zur „Detektion von Flüchtenden in Fahrzeugen“ anzufechten. Auch der Beitrag von Lucie Audibert, „Warnungen aus Großbritannien“, beschreibt juristische Auseinandersetzungen um verschiedene Maßnahmen des britischen Innenministeriums, mit denen Handys von Asylsuchenden ausgelesen oder diese mit GPS-Tracking überwacht werden. Die so erhobenen Daten können in die Entscheidung über Aufenthaltsperspektive oder Abschiebung einfließen und damit natürlich „das Recht auf Privatsphäre, aber auch auf Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit verletzen“. Es gelingt der Autorin dabei sehr gut, die „weitverbreite Rechtswidrigkeit“, Regelverstöße und Regulierungslücken als bewusste Strategie des britischen Innenministeriums und die von Betroffenen und Menschenrechtsgruppen angestoßenen Verfahren als Gegenstrategie zu rekonstruieren.

Neben den Interessen der entsprechenden Industrie und einem scheinbar sich verselbstständigenden Framing von Migration als Bedrohung sprechen die Autor*innen des ersten Beitrags, der den Charakter eines erweiterten Editorials hat, auch den technologischen Solutionismus als ideologische Grundlage dessen an, was beschrieben wird. Damit ist die Vorstellung bzw. Tendenz gemeint, für soziale Phänomene, die als „Problem“ definiert werden, technologische „Lösungen“ zu suchen und zu verfolgen. So heißt es dort u.a.: „Egal ob innenpolitisch oder wenn es um Migration auf EU-Ebene geht, reagiert der neoliberale Staat auf Krisen schnell mit autoritären Mitteln, die er nicht zuletzt technisch umgesetzt sieht. Dann bestimmt sich der Diskurs durch Diskussionen über technisch Machbares und nicht über politisch Umkämpftes“.

Schön gesagt auch hier: „Ausgehend von der Idee des Krisenhaften, das mit Migrationsbewegungen einhergeht, verbindet sich vor allem mit vorausschauenden und vorhersagenden Technologien, samt ihrer mathematischen wie physikalischen Verfahren, das Versprechen einer berechenbaren Kontrolle über menschliche Verhaltensweisen“. Lise Endregat Hemat formuliert einen Gedanken, der daran sehr gut anknüpft: Sie fragt sich eher am Rande, was die „Datensammelsysteme“ und „enormen Datenmengen“ denn dazu beitragen (können), „um die strukturellen Probleme zu beheben, die Migration verursachen“. (Im Gesamtkontext ist dabei klar, das Hemat hier auf Fluchtursachen und globale Ungleichheit abzielt und nicht Migration per se als Problem kategorisiert.)

Vergleich

Während es sich bei Maus „Sortiermaschinen“ und der Cilip 131 um grundverschiedene Publikationen handelt, weisen sie verschiedene Gemeinsamkeiten auf. Sowohl die Monographie des etablierten Soziologen Mau wie auch die (fast) aktuelle Ausgabe einer Zeitschrift aus dem aktivistischen Umfeld kritischer Jurist*innen (Cilip ist ein Verein, den man durch Mitgliedschaft unterstützen kann) kommen zu ähnlichen Schlussfolgerungen und ergänzen sich, vermutlich unfreiwillig. Beide werfen eher implizit die Frage auf, ob die technologische „Neuerfindung der Grenzen“ auch eine Neuerfindung der Staatlichkeit und ihrer Souveränität ist. Molnar schreibt in der Cilip etwa, dass „die Macht, Innovationen zu entwickeln und zum Einsatz zu bringen“ „die Kluft zwischen Nord und Süd“ vergrößert. Das ist hier sehr verkürzt wiedergegeben, aber ein Satz, den es sich evtl. lohnt, zweimal zu lesen. Der Blickwinkel der Monographie ist globaler, die Cilip nimmt eher die EU in den Blick und geht hier in interessante Details. Beide liefern spannende Referenzen zu postkolonialen Ansätzen, ohne dass sie selbst diesen zugeordnet werden könnten. Inspiriert durch diese Ansätze gab sich bis vor etwa zehn Jahren die Theorie der (relativen) Autonomie der Migration, die in beiden Publikationen keine offenkundige Erwähnung findet. Zugespitzt besagte sie, dass staatliche Interventionen das Migrationsgeschehen nur begrenzt beeinflussen könnten und die Migrant*innen diese kontinuierlich herausfordern, mitgestalten und unterlaufen würden. Ihre Darstellung als „Versuchssubjekte“ wäre damals womöglich vehement kritisiert worden – die Argumente dafür waren und sind gut. Die „Sortiermaschinen“ waren da bereits Thema, deren Konkretisierung in den beiden behandelten Publikationen könnte jedoch auch Anreiz oder Provokation für ein Update sein zur „Autonomie der Migration“.

Eine Grenze, die verbinden soll

Der „Whisky-Krieg“ um die arktische Hans-Insel ist beendet

von Ben Müller

In der Sprache der indigenen Bevölkerung heißt die Insel „Tartupaluk“, was „in Form einer Niere“ bedeutet. Als glatter Fels ragt sie aus dem meist vereisten Meer zwischen den Inseln Ellesmere und Grönland. Ihre Größe beträgt nur 1,3km². Bis ins 19. Jahrhundert war sie für Menschen aus Europa völlig unbekannt. Bei ihrer ersten Kartierung 1872 erhielt sie den Namen „Hans-Insel“ nach dem grönländischen Führer der Expedition.

Als Kanada und Dänemark 1973 ihre gemeinsame Seegrenze zwischen Grönland und den kanadischen Inseln festlegten, stellte sich heraus, dass Tartupaluk genau auf der Grenze liegt. Zu beiden Ufern beträgt der Abstand 18km, auch wenn frühere kanadische Karten die Insel näher an Kanada verzeichneten.[1] Um einen Streit zu vermeiden, wurde in der Seegrenze von 1973 eine Lücke gelassen. An der Stelle, an der sich Tartupaluk befindet, wurde keine Grenze festgelegt.

Die Inuit nutzen Tartupaluk seit langem als Zwischenstation auf der Jagd. Außerdem war die kanadische Firma Dome Petroleum Anfang der 1980er Jahre für Forschungsarbeiten auf der Insel. Aber aus wirtschaftlicher oder geostrategischer Sicht hat die Insel überhaupt keine Bedeutung. Selbst wenn Bodenschätze vorhanden sein sollten, würde sich der kommerzielle Abbau nicht lohnen.[2] Dennoch entwickelte sich Tartupaluk ab 1984 zu einem Streitobjekt zwischen Dänemark und Kanada.

Dieser Streit wurde einerseits scherzhaft ausgetragen. So hinterließen die dänischen Soldaten, die auf der Insel immer wieder ihre Flagge hissten und ein Schild „Willkommen auf der dänischen Insel“ aufstellten, auch jeweils eine Flasche Schnaps für ihre kanadischen Kollegen. Und die Soldaten aus Kanada tauschten nicht nur die Flagge und das Schild aus, sondern deponierten für die Dänen auch immer eine Flasche kanadischen Whiskys, weswegen oft vom „Whisky-Krieg“ gesprochen wurde. Andererseits reagierten die Staaten aber auch mit ernsten diplomatischen Protestnoten gegen das Flaggehissen der Gegenseite. Und auch Prominenz wie der dänische Grönland-Minister Tom Høyem (1984) oder der kanadische Verteidigungsminister Bill Graham (2005) zeigte sich auf der Insel, um den jeweiligen Gebietsanspruch zu untermauern.

Seit 2005 übten sich Dänemark und Kanada aber in Zurückhaltung und verzichteten auf gegenseitige Provokationen, um an der Beilegung des Grenzstreits zu arbeiten. Am 14. Juni 2022 präsentierten sie ihre Lösung[3] und tauschten noch einmal symbolisch Spirituosen aus. Seitdem ist Tartupaluk zweigeteilt. Es ist die nördlichste zwischenstaatliche Landgrenze, die dritt-kürzeste Landgrenze überhaupt und die einzige Landgrenze von Grönland. Angesichts des Kriegs in der Ukraine

Die Lücke, die Kanada und Dänemark in ihrer 1973 vereinbarten Seegrenze gelassen hatten, um den Konflikt um Tartupaluk zu umschiffen, war nicht die einzige kreative Lösung, die bei der Vereinbarung von Seegrenzen in der Arktis angewandt wurde. Die Wissenschaftler Andreas Østhagen und Clive H. Schofield führen in einem Beitrag[1] für das Arctic Yearbook 2021 weitere an.

So hatten Kanada und Dänemark auch vereinbart, den Verlauf der Seegrenze jederzeit anzupassen, falls spätere Untersuchungen den Küstenverlauf unter dem Eis genauer ermitteln würden. Tatsächlich wurde die Grenze 2004 daraufhin leicht korrigiert. Bemerkenswert sind auch „Spezialgebiete“ an den Seegrenzen zwischen den USA und Russland sowie zwischen Norwegen und Russland. Das sind Seegebiete, die eigentlich in die 200-Meilen-Zone des einen angrenzenden Staats gehören würden, die aber zur Vereinfachung des Grenzverlaufs dem anderen Staat zugeordnet werden.
In der Arktis sind innerhalb der 200-Meilen-Zone mittlerweile fast alle zwischenstaatlichen Seegrenzen völkerrechtlich verbindlich geklärt. Nur die Seegrenze zwischen den USA und Kanada ist noch umstritten.

1 Andreas Østhagen, Clive H. Schofield: The Arctic Ocean: Boundaries and Disputes, arcticyearbook.com, 2021.

Die Hans-Insel. Quelle: Wikipedia/ Toubletap.

bezeichneten die Akteure ihre Einigung als klares Signal an Russland, dass man Territorialkonflikte auch friedlich lösen könne. Obwohl beide Streitparteien demselben Militärbündnis angehören und der Streitgegenstand klein und unbedeutend ist, hat es bis zur Beilegung allerdings rund 50 Jahre gedauert. Das Abkommen sichert den Inuit ihren historischen und traditionellen Zugang sowie Bewegungsfreiheit auf Tartupaluk zu. Auch wenn sich das nur auf die 1,3km² der Insel bezieht und nicht auf das umgebende Wasser bzw. Eis, so ist das doch eine symbolische Anerkennung eines unteilbaren Inuit-Territoriums für die Menschen aus Avanersuaq (im Norden von Grönland) und Nunavut (im Nordosten von Kanada).[4] Der grönländische Regierungschef Múte B. Egede sieht die Grenze auf Tartupaluk daher als Zeichen der engen Verbindung zwischen den Ländern, den Menschen und der Kultur. Und auch der dänische Außenminister Jeppe Kofod hofft, diese Grenze werde die Menschen näher zusammenführen.[5] Aluki Kotierk, Vertreterin der Inuit in Nunavut ergänzt, der Grenzdisput sei niemals ein Problem für die Inuit gewesen.

Cognac und dänisches Schweinefleisch auf der Hansinsel. Quelle: Wikipedia/ Per Starklint.

Der dänische Journalist Martin Breum, der 2018 mit einer Expedition auf Tartupaluk war, geht davon aus, dass Grönland auch zum europäischen Schengen-Raum gehöre und die neue Grenze somit eine Schengen-Außengrenze darstelle. Und er vermutet, dass selbst die EU-Kommission wahrscheinlich von Grenzkontrollen auf Tartupaluk absehen werde. Auch wenn Grönland in Wirklichkeit vom Schengen-Abkommen ausgenommen ist, beschreibt diese Mutmaßung ganz gut die Absurdität der Grenzziehung auf der kleinen Felsinsel.

Anmerkungen

1 P. Whitney Lackenbauer, Rasmus Leander Nielsen: „Close, like-minded partners committed to democratic principles“: Settling the Hans Island/Tartupaluk Territorial Dispute, arcticyearbook.com 2022.

2 Martin Breum: Canada, Denmark agree on a landmark deal over disputed Hans Island, arctictoday.com 13.6.2022

3 Die Einigung ist Teil eines Abkommens zwischen Kanada und Dänemark unter Beteiligung Grönlands über die 4.000 km lange gemeinsame Seegrenze von der Lincoln-See im Norden bis zur Labrador-See im Süden.

4 Apostolos Tsiouvalas, Endalew Lijalem Enyew: The Legal Implications of the 2022 Canada-Denmark/Greenland Agreement on Hans Island (Tartupaluk) for the Inuit Peoples of Greenland and Nunavut, thearcticinstitute.org 24.1.2023.

5 Martin Breum a.a.O.

Interviews

Statewatch, Border Ecologies Network und migration-control.info sprechen über Grenzen

statewatch
monitoring the state and civil liberties in Europe

1. Mit welchen (zwischenstaatlichen) Grenzen beschäftigen Sie sich derzeit hauptsächlich?

Unsere Arbeit befasst sich allgemein mit den Grenzen europäischer Staaten, insbesondere jedoch mit denen der EU und des Vereinigten Königreichs. Das bedeutet zwar, dass wir teilweise die Grenze als geografischen Ort oder als Abgrenzung zwischen zwei (oder mehr) Gebieten betrachten, aber unsere Arbeit befasst sich auch damit, wie mobil die Grenze ist. So bedeutet beispielsweise der Einsatz biometrischer Datenbanken und Identifizierungstechnologien, dass Geflüchtete und Migrant*innen überall auf dem Staatsgebiet identifiziert werden können – die Grenze folgt ihnen. Außerdem befinden sich die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten in einem langfristigen Prozess der Externalisierung von Grenzen, bei dem andere (Nicht-EU-)Staaten die Grenzkontrollen für sie übernehmen.

2. Wie und zu welchem Zeitpunkt sind diese Grenzen gezogen worden? Sind sie umstritten?

Jedes Mal, wenn jemand eine Grenze unbefugt überschreitet, stellt er sie in Frage. In dieser Hinsicht sind alle Grenzen häufig angefochten.

3. Wie offen sind diese Grenzen und welche Unterschiede halten sie aufrecht?

Im Allgemeinen sind die Grenzen der EU und des Vereinigten Königreichs offen für die reiche Welt und geschlossen für die arme Welt. Das bedeutet auch, dass diese Grenzen häufiger für Menschen offen sind, die als weiß rassifiziert werden, und für Menschen, die als nicht-weiß rassifiziert werden, geschlossen sind. Aber selbst diejenigen, die in die EU oder das Vereinigte Königreich einreisen dürfen, müssen oft erhebliche Mengen an Informationen über sich selbst, ihre Familien und ihr Privatleben preisgeben (z.B. um ein Visum oder eine Reisegenehmigung zu erhalten).

4. Was möchten Sie noch über Grenzen im Allgemeinen sagen?

Was sich an den Staatsgrenzen abspielt und wie sich diese Grenzen durch neue Technologien und staatliche Praktiken verändern, ist eine entscheidende Frage für Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten und Demokratie im 21. Jahrhundert. Wir möchten alle Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen ermutigen, darüber nachzudenken, was die heutigen Grenzen und Grenzpraktiken für ihre Arbeit bedeuten, und das Thema miteinzubeziehen.

Border
Ecologies
Network

1. Mit welchen (zwischenstaatlichen) Grenzen beschäftigt ihr Euch gerade und warum?

Das Border Ecologies Network ist ein Kollektiv von Forscher*innen, Aktivist*innen, Künstler*innen und anderen Akteuren, die die Beziehungen zwischen Natur und Grenzen untersuchen. Unsere Arbeit erforscht diese Beziehung von einer Vielzahl von Ansätzen aus und jedes Mitglied hat ein eigenes Spezialgebiet und eine eigene Praxis, aber unsere Forschung untersucht hauptsächlich die Art und Weise, wie Grenzen für politische Macht konstruiert und durchgesetzt werden.

Ein Großteil unserer Arbeit befasst sich mit den Auswirkungen von Grenzsicherungsprojekten auf Menschen und die natürliche Umwelt, mit der Art und Weise,

wie die Natur als Waffe eingesetzt wird, um Grenzen zu sichern (zusammen mit der kolonialen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Geschichte), sowie mit der Wechselwirkung des Zusammenlebens mehrerer Arten und dem Einfluss der Kategorisierung in „heimische“ und „invasive“ Arten.

Als internationales Kollektiv, dessen Arbeit sich mit Grenzen weltweit befasst, haben wir Mitglieder, die sich auf die Erfahrungen an bestimmten Grenzen konzentrieren, oder aber auch auf das Konzept in einer allgemeineren und abstrakteren Weise. In den letzten Jahren gab es Projekte, die sich mit der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze und den Verflechtungen von humanitärer Hilfe, Naturschutz und Grenzsicherung im Grenzgebiet zwischen Sonora und Arizona befassten. Auch die Europäische Union und ihre Reaktionen auf die derzeitige „Migrationskrise“ wurden untersucht, wobei der Schwerpunkt auf den Grenzen zwischen dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Belgien lag, wo die Reaktion eher auf Versicherheitlichung und Durchsetzung der Grenze als auf humanitären Aspekten beruhte. Darüber hinaus befasste sich ein Projekt mit den komplexen Netzwerken des verschleierten neokolonialen Projekts des Kajaki-Staudamms am Helmand-Fluss in Afghanistan, das aus der Perspektive der durch Handlungen zentralisierter Regierungstätigkeit hervorgerufenen Umweltgewalt untersucht wurde, die dem Land als Grenzland, zusammen mit Praktiken, hydrologische Infrastruktur als Waffe zu nutzen, aufgezwungen werden.

Es gab eine Ausstellung von Samen aus der ganzen Welt, welche Konzepte von Erdung und Entwurzelung, Zugehörigkeit und Verlust, von Hoffnung und Verbindungen durch die globale Zirkulation von Waren, Lebensmitteln und Traditionen, vor dem Hintergrund untersuchte, dass Menschen mit ihren Samen reisen. Schließlich gab es auch eine Recherche über die Verbindungen zwischen Fotografie und Botanik, die die Fähigkeit, Natur zu konstruieren, hervorhebt und den Begriff der „einheimischen“ Art in Frage stellt.

2. Wie und zu welchem Zeitpunkt sind diese Grenzen gezogen worden? Sind sie umstritten?

Als Kollektiv, das an einer Vielzahl unterschiedlicher Grenzgebiete weltweit arbeitet, fällt es uns schwer, eine solche Frage zu beantworten. Es stimmt jedoch, dass Grenzen, wie wir sie heute kennen, in der Regel von Menschenhand geschaffen wurden und während ihrer gesamten Existenz stark umstritten waren. Die mexikanisch-US-amerikanische Grenze in ihrer heutigen Form nahm Mitte des 19. Jahrhunderts Gestalt an, ihre Durchsetzung begann jedoch nicht vor Anfang des 20. Jahrhunderts. Europas Grenzen wurden im Laufe der Jahre immer wieder neu gezogen, wobei es im 20. Jahrhundert infolge von Kriegen und/oder Verhandlungen zu erheblichen Veränderungen kam. In unserer Arbeit befassen wir uns vor allem mit den vom Menschen geschaffenen Grenzen und den Methoden, die zu ihrer Durchsetzung und Verteidigung eingesetzt werden. Die Befestigung von Grenzen erfolgt oft vorrangig zur Landesverteidigung auf Kosten von Flora und Fauna und sogar von Menschenleben.

Die Grenzverteidigung als Priorität für die Aufrechterhaltung des Nationalstaates in den Mittelpunkt zu stellen, zwingt zu einer zunehmenden Militarisierung der Grenzen, was wiederum die Vorstellung von Land als „strategisches und umkämpftes Medium und nicht als passiver Hintergrund“ verstärkt.[1] Folglich werden Grenzen zu Orten des Aufbegehrens und der Beherrschung, um Mobilität und Sichtbarkeit zu kontrollieren. Beispiele dafür gibt es zuhauf: die Beseitigung von Bäumen entlang der nach Calais (Frankreich) führenden Autobahnen zum Zwecke der Überwachung, die Überflutung der Umgebung des Eurotunnels, um den Zugang zu verhindern, der Bau von Elektrozäunen und Mauern mit bewaffneten Grenzschutzbeamten in Polen, Ungarn, Kroatien, Griechenland, Serbien und außerhalb Europas in Libyen, Marokko, Sudan und Tunesien sowie die zahlreichen Fälle von „Push-Backs“ auf dem gesamten Kontinent.

3. Wie offen sind sie und welche Unterschiede halten diese Grenzen aufrecht?

Im letzten Jahrhundert erfolgte eine globale Ausweitung der Grenzsicherung. Diese Versicherheitlichung hat seitdem immer weiter zugenommen und sich in den letzten Jahrzehnten sogar noch beschleunigt. Grenzzonen sind heute militarisierte Gebiete, in denen Sicherheitsinfrastrukturen eingesetzt werden, wobei natürliche Ökosysteme sowohl instrumentalisiert als auch verändert werden, um die menschlichen Bewegungen einzuschränken. Sowohl auf materieller als auch auf diskursiver Ebene verwandelt die Militarisierung Grenzlandschaften in Agenten des „Migrationsmanagements“. Als ideologische Praxis unterstreicht sie eine produzierte nationale Einheit, die Kriminalisierung und Illegalisierung des „Anderen“ durch die Verbreitung nationalistischer, migrationsfeindlicher Gefühle – und mobilisiert und versichert Gesellschaften gegen einen vermeintlichen kollektiven „invasiven“ Feind. Durch die Arbeit des „Migrationsmanagements“ halten die Grenzen die Vorstellungen von nationalen Unterschieden und der imaginierten kollektiven Gemeinschaft des modernen Staates aufrecht und setzen sie durch.

1. Mit welchen (zwischenstaatlichen) Grenzen beschäftigt ihr Euch gerade und warum?

Migration-Control.info ist ein kollaboratives Projekt, das als Teil der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM e.V.) seit 2019 die Auslagerung (Externalisierung) der europäischen Außengrenzen und ihrer Migrationskontrolle dokumentiert. Wir tun dies auf unserer Info-Seite mit einem Wiki über Länder, Regionen, Institutionen des Grenzregimes und solidarische Gegenstrukturen sowie mit einem Blog und einem Archiv. Jeden Monat veröffentlichen wir auf Englisch eine Presseschau mit dem Fokus auf Externalisierung. Ab Juli wird unsere Website in neuer Aufmachung erscheinen.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf Flucht- und Migrationsbewegungen und Externalisierungspolitik in Nordafrika und der Sahel-Region, aber natürlich interessieren uns auch die Migrationsbewegungen und die Abwehr unerwünschter Migrant*innen in Westasien, in Osteuropa und auf dem Balkan durch EUropa. Wir versuchen, unser Projekt zunehmend „transmediterran“ zu gestalten – in Arbeitsgruppen, in denen auch Personen aus Ost-, West- und Nordafrika beteiligt sind. Wir bemühen uns, zumindest Teile unserer Dokumentation viersprachig zu präsentieren: neben Englisch und Deutsch auch auf Französisch und Arabisch.

Warum machen wir das? Das himmelschreiende Unrecht der Abwehr von (flüchtenden) Menschen, die Massaker, das Ertrinkenlassen, die Hot-Spots in Griechenland, sind in Europa meist nur eine Randnotiz wert. Niemand soll aber später behaupten können, er oder sie habe von all dem nichts gewusst. Unsere Onlinedokumentation soll Aktivist*innen, Initiativen, Arbeitskreisen in Gewerkschaften oder Parteien Material an die Hand geben für ihre Arbeit und Diskussionen. Zugleich soll unser Material es politischen Gruppen jenseits des Mittelmeers ermöglichen, ihre Erfahrungen in einem breiteren Zusammenhang zu reflektieren und sich über die dortigen Grenzen hinweg zu verständigen.

2. Wie und zu welchem Zeitpunkt sind diese Grenzen gezogen worden? Sind sie umstritten?

Mit Beginn der 1990er Jahre hat die EU begonnen, ihre Grenzen im Innern zu öffnen und sich nach Außen abzuschotten. Die Externalisierung der Grenzen bekam einen starken Schub durch die Zunahme der Migration nach der Arabischen Revolution 2011 und nach der großen Migrationsbewegung von 2015. In den letzten Jahren hat sich die europäische Migrationspolitik zunehmend informalisiert, unter Umgehung internationaler rechtlicher Bestimmungen. Dabei spielen Agenturen wie FRONTEX, GIZ oder ICMPD eine Rolle, aber auch die geheimdienstliche und militärische Zusammenarbeit mit lokalen Strukturen, insbesondere auch mit Warlords und Milizen, wird trickreich und unterschwellig vorangetrieben.

Wie sollte all dies nicht umstritten sein? Eine humanitäre Kritik der Zustände an der Grenze muss sich vorwerfen lassen, dass die Entrechtung der Menschen bei einer solchen Argumentation Nicht mehr thematisiert wird. Juristische Einsprüche sind gelegentlich erfolgreich, können aber die zunehmende Verschärfung des Grenzregimes nicht aufhalten. Politischer Widerstand gegen das Grenzregime ist in Europa nicht mehrheitsfähig. Widerstand kommt hauptsächlich von den Migrant*innen selbst: Wir begreifen schon die Migration selbst als einen Akt des Widerstands und wir sehen die Selbstorganisation der Migrant*innen und ihre Vernetzung mit europäischen Initiativen und Bewegungen als wichtigsten Faktor in diesem Kampf, den Harsha Walia (2013) als „Undoing Border Imperialism“ bezeichnet hat.

3. Wie offen sind sie und welche Unterschiede halten diese Grenzen aufrecht?

Wir dürfen nicht vergessen, dass es sich bei der Südgrenze der EU um eine postkoloniale Grenze handelt mit einer langen Geschichte von Versklavung, Rassismus, Ausbeutung und Plünderung, aber auch Aufständen und anhaltenden Migrationsbewegungen. Heute hält diese Grenze ein Einkommensgefälle von 1:100 aufrecht und schützt die hiesige „imperiale Lebensweise“. Sie dient der Abwehr und ist zugleich „Sortiermaschine“ der Immigration.

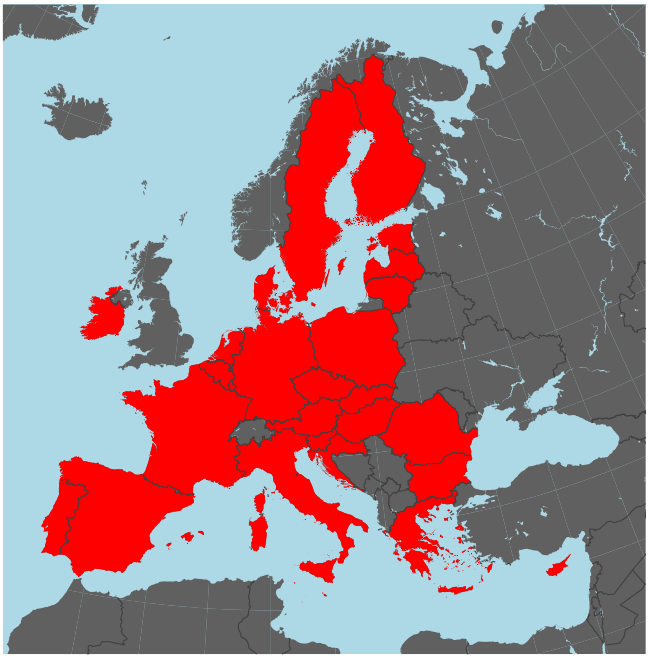
4. Was wollt ihr zum Thema Grenzen noch sagen?

No Border, No Nation, Stop Deportation.

Anmerkungen

1 Stuart Elden, “Legal Terrain – the political materiality of territory,” London Review of International Law, Volume 5, Issue 2, 2017, 199–224: 202.

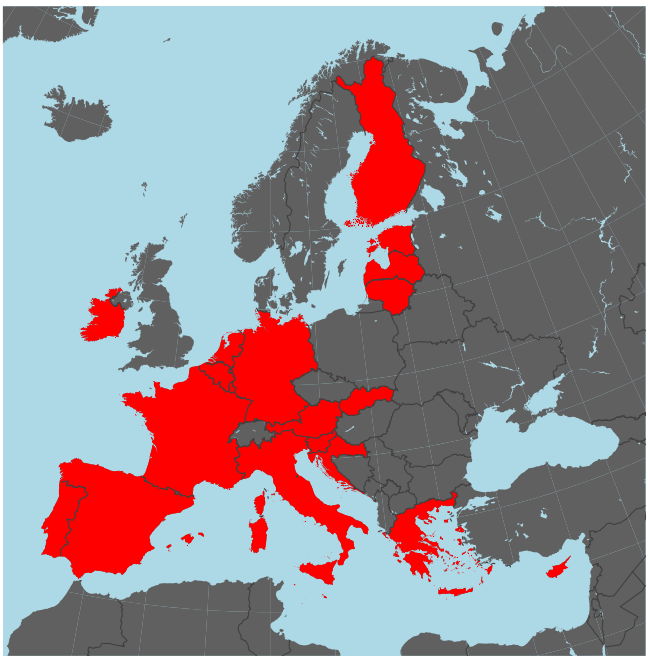
Was ist Europa?



Europäische Union

Schengen-Raum

Der Kontinent Europa wird nach allgemeiner Auffassung im Osten durch das Uralgebirge und das Schwarze Meer begrenzt. Zum Europarat gehören aber auch Staaten, die ganz oder teilweise in Asien liegen wie die Türkei, Zypern, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Als Wiege des Christentums und der Aufklärung wird Europa gerne mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Liberalismus assoziiert. Die europäische Geschichte steht aber auch für Eroberung, Ausbeutung und Abschottung. Auch heute werden mit dem Schlagwort der „europäischen Werte“ wirtschaftliche und militärische Machtausübung legitimiert. Schaut man sich den Verlauf ihrer Grenzen an, darf man die Europäische Union nicht mit Europa gleichsetzen. Und auch für ihre Prinzipien wie Reisefreiheit und gemeinsame Währung gelten jeweils unterschiedliche Grenzen.



Euro-Gruppe

Mitglieder im Europarat

Deutschlands Nationale Sicherheitsstrategie

Wehrhaft – Wertebasiert – Interessengeleitet!

von Jürgen Wagner

Nun ist sie also da: Nach monatelanger Verspätung, die wohl vor allem dem Gerangel um Machtkompetenzen diverser Ministerien geschuldet war, erschien am 14. Juni 2023 Deutschlands erste Nationale Sicherheitsstrategie (NSS). Das unter Federführung des Auswärtigen Amtes erstellte Dokument namens „Integrierte Sicherheit für Deutschland. Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig“ umreißt die Grundlagen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die bislang im Weißbuch des Verteidigungsministeriums beschrieben wurden. Auch wenn ihre Erstellung bereits im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung angekündigt wurde, ist sie nun vor allem gedacht als ein „Kompass für die Zeitenwende-Politik der Bundesregierung“ (Handelsblatt, 9.6.2023).

Dementsprechend rückt die Konfrontation mit Russland und China unter dem Banner der Verteidigung einer „Regelbasierten Internationalen Ordnung“ nun noch weiter ins Zentrum der Planungen. Die verfolgte Grundlinie ist dabei allerdings keineswegs neu: Die Aufrüstung Deutschlands und Europas soll das Land nicht nur für die Auseinandersetzungen mit den erklärten Gegnern wappnen, sondern gleichzeitig auch die Position im Bündnis mit den USA „verbessern“. Deshalb wird in dem Papier vor allem für die Stärkung der Rüstungsindustrie, den Ausbau der Rüstungsexporte und die Erhöhung der Militärausgaben getrommelt. Schließlich müsse Deutschland „wehrhaft“ sein, um eine Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, die „wertebasiert und interessengeleitet“ sei.

Es folgt eine kurze Einschätzung insbesondere der militärrelevanten Teile der NSS, die sich bei näherer Betrachtung vor allem als Kompass entpuppt, der konsequent in Richtung einer Verschärfung der Großmachtkonflikte zeigt.

Interessen, Regeln und Bedrohungen

Im Zentrum der Nationalen Sicherheitsstrategie steht der Anspruch, die „Regelbasierte Internationale Ordnung“ zu verteidigen, die in Zeiten „wachsender Multipolarität und zunehmender systemischer Rivalität“ (NSS: S. 23) zunehmend unter Beschuss gerate: „Den Versuchen, die Welt in Einflusssphären einzuteilen, stellen wir das positive Modell einer solchen regelbasierten Ordnung entgegen. […] Geprägt von ihrer Auffassung von systemischer Rivalität streben einige Staaten jedoch an, diese Ordnung zu untergraben und so ihre revisionistischen Vorstellungen von Einflusssphären durchzusetzen.“ (NSS: S. 16 und 23)

Wer in dieser Gemengelage als zentraler Gegner identifiziert wird, überrascht nicht sonderlich: „Das heutige Russland ist auf absehbare Zeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum.“ (NSS: S. 22) Doch auch China wird mehr und mehr als direkter Gegner begriffen: „China ist Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Dabei sehen wir, dass die Elemente der Rivalität und des Wettbewerbs in den vergangenen Jahren zugenommen haben. China versucht auf verschiedenen Wegen, die bestehende regelbasierte internationale Ordnung umzugestalten, beansprucht immer offensiver eine regionale Vormachtstellung und handelt dabei immer wieder im Widerspruch zu unseren Interessen und Werten.“ (NSS: S. 23)

Was denn so genau unter der viel beschworenen regelbasierten Ordnung verstanden werden soll, ist in dem Dokument ebenfalls vage zu finden: „Wir sind entschlossen, die Prinzipien einer regelbasierten internationalen Ordnung mit starken Vereinten Nationen in ihrem Zentrum gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern weltweit zu verteidigen und durchzusetzen: Rechte und Regeln, die alle Staaten gleichermaßen schützen und verpflichten; souveräne Gleichheit aller Staaten; friedlicher Interessenausgleich und Konfliktvermeidung; multilaterales Zusammenwirken zum Wohle der Menschheit und zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen; freie Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen, wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschrieben.“ (NSS: S. 48)

Es würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen, aber unerwähnt darf es natürlich nicht bleiben, dass nicht zuletzt der Westen nahezu jedes dieser hehren Prinzipien verletzt hat bzw. verletzt. In anderen Ländern wird die regelbasierte Ordnung deshalb längst als Kampfbegriff zur Aufrechterhaltung der westlichen Vorherrschaft wahrgenommen – der Westen erhebt über sie nicht nur den Anspruch, die internationalen Spielregeln aufzustellen und beliebig auszulegen, sondern sie auch im Gegensatz zu anderen ein ums andere Mal brechen zu dürfen (siehe dazu ausführlich IMI-Analyse 2023/19).

Selbstredend erachtet deshalb auch die NSS jeglichen Versuch, an diesen Regeln zu rütteln, als direkten Angriff auf die bislang doch recht komfortable Position, wie zum Beispiel aus Passagen wie dieser hervorgeht: „Auch die internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen sind immer mehr von machtpolitischen Erwägungen geprägt. […] Die Gründung neuer, paralleler Institutionen mit abweichenden Regelsystemen zielt darauf ab, etablierte Organisationen bewusst zu umgehen. Das internationale Regelwerk für offene und faire Märkte und ein stabiles Finanzsystem sollen damit unterminiert werden.“ (NSS: S. 24)

Rüstung für Großmachtkonflikte

Während Militärinterventionen im Ausland im Weißbuch 2006 als wichtigste Aufgabe der Bundeswehr auserkoren wurden, stellte sie die Neufassung des Dokumentes aus dem Jahr 2016 auf die gleiche Stufe mit der sog. Landes- und Bündnisverteidigung, also der Vorbereitung auf eine Auseinandersetzung mit einer feindlichen Großmacht. Nun nimmt die Nationale Sicherheitsstrategie eine erneute Schwerpunktverlagerung vor, indem Großmachtkonflikte nun klar und deutlich an oberster Stelle stehen: „Der Kernauftrag der Bundeswehr ist die Landes- und Bündnisverteidigung, alle Aufgaben ordnen sich diesem Auftrag unter.“ (NSS: S. 32)

Das will man sich zuallererst einiges kosten lassen: „Im Lichte der Zeitenwende müssen wir dabei in besonderem Maße in unsere Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeiten investieren. Zunächst auch durch das neu geschaffene Sondervermögen Bundeswehr werden wir im mehrjährigen Durchschnitt unseren 2%-BIP-Beitrag zu den NATO-Fähigkeitszielen erbringen.“ (NSS: S. 33) Die Bundeswehr müsse ein „Garant der konventionellen Verteidigung in Europa“ werden, weshalb ab 2024 Militärausgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreicht werden sollen, betonte kürzlich auch Kanzler Olaf Scholz noch einmal. Um diese Ankündigungen mit Zahlen zu versehen: Vor der Zeitenwende beliefen sich die Ausgaben nach den hierfür ausschlaggebenden NATO-Kriterien im Jahr 2021 auf 53 Mrd. Euro. Legt man die aktuelle April-Schätzung des IWF zugrunde, entsprächen 2 Prozent des BIP im Jahr 2024 der Summe von rund 84 Mrd. Euro!

Generell sei die Bundesregierung bestrebt, über die „Erfüllung der NATO-Planungsziele die Bundeswehr in den nächsten Jahren zu einer der leistungsfähigsten konventionellen Streitkräfte in Europa“ zu machen. Man wolle zudem die „militärische Präsenz im Bündnisgebiet zum Schutz unserer Bündnispartner weiter ausbauen und verstetigen“ sowie „verbesserte Rahmenbedingungen für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ schaffen. (NSS: S. 33) Vor allem gehe es aber darum, die Europäische Union in der Ära der Großkonflikte „besser“ in Stellung zu bringen: „Die Bundesregierung unterstützt den Anspruch einer global handlungsfähigen, einigen Europäischen Union, die ihr Gewicht zur Geltung bringt, um die regelbasierte internationale Ordnung mitzugestalten.“ (NSS: S. 37)

Hierfür bedürfte es vor allem eines – der Aufrüstung: „Eigenständige europäische Handlungsfähigkeit ist zunehmend Voraussetzung für die Sicherheit Deutschlands und Europas. Dazu gehören moderne, leistungsfähige Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten ebenso wie eine leistungs- und international wettbewerbsfähige europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, die Grundlagen der militärischen Fähigkeiten der Streitkräfte schafft. Gemeinsame Rüstungsprojekte und deren Exportfähigkeit gemäß den Maßstäben des zukünftigen Rüstungsexportkontrollgesetzes tragen dazu bei, europäische Handlungsfähigkeit voranzutreiben und stärken damit den europäischen Pfeiler in der NATO. […] Die Bundesregierung ist entschlossen, die europäische sicherheits- und verteidigungsindustrielle Basis weiter zu stärken. Dies schließt den Schutz von Schlüsseltechnologien auf nationaler und europäischer Ebene ein.“ (NSS: 31 und S. 39)

Deutlich wird anhand solcher Sätze vor allem das Bestreben, zuerst die nationale Rüstungsindustrie zu stärken und aus dieser Position dann den Ausbau des EU-Rüstungssektors voranzutreiben, was dann wiederum durch die „Stärkung des europäischen Pfeilers“ in der NATO den dortigen Einfluss vergrößern soll.

Rüstungsexporte: Freie Fahrt auch in Europa

Ein wesentliches Element zur Stärkung der nationalen und europäischen Rüstungsbasis sind Rüstungsexporte – selbst in Zeiten der Zeitenwende sind ansonsten die heimischen Märkte nicht groß genug, um auf Dauer eine stark aufgestellte Waffenindustrie unterhalten zu können. In Deutschland (Rüstungsexportrichtlinien) wie auch in der Europäischen Union (Gemeinsamer

Grafik: Arno Neuber.

Standpunkt) behindern aktuell zwei Regelwerke zwar nicht rechtlich bindend, aber doch moralisch erschwerend den schrankenlosen Export von Rüstungsgütern. Schon lange wird deshalb mit diversen Methoden versucht, die diesbezüglichen Beschränkungen immer weiter auszuhöhlen (siehe IMI-Analyse 2019/21).
Vor allem die in beiden Dokumenten enthaltene Forderung, keine Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu entsenden, geriet bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine unter Druck. Insofern war es auch wenig überraschend, dass sich die Bundesregierung bei den Waffenlieferungen an die Ukraine von diesen Exportrichtlinien nicht abhalten ließ und enorme Summen mobilisierte: „Die Mittel des Ertüchtigungstitels belaufen sich auf insgesamt rund 5,4 Milliarden Euro für das Jahr 2023 (nach 2 Milliarden Euro im Jahr 2022) zzgl. Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre in Höhe von rund 10,5 Milliarden Euro."

Weder die deutschen noch die europäischen Richtlinien sind bislang einklagbar – das soll nun aber durch ein künftiges Rüstungsexportgesetz zumindest in Teilen behoben werden, das aktuell unter der Ägide des grünen Wirtschaftsstaatssekretärs Sven Giegold erarbeitet wird. Gleichzeitig wird aus dem bislang vorliegenden Entwurf aber auch klar, dass in dem anvisierten Gesetz künftig Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete nahezu problemlos möglich sein sollen (siehe IMI-Analyse 2022/57). Und genau dieses Vorgehen soll wohl auch als Vorbild dienen, um Rüstungsexporten in Krisen- und Kriegsgebiete auch auf europäischer Ebene endgültig einen Blankoscheck auszustellen: „Wir wollen die europäische Rüstungsexportkontrolle stärker harmonisieren, auch um bedrohte Staaten in ihrem Recht auf Selbstverteidigung noch besser unterstützen zu können. Wir setzen uns deshalb für das Vorhaben einer EU-Rüstungsexportverordnung ein." (NSS: S. 45)

Zielkonflikte: Interessen vor Werte

Auch wenn die NSS die meiste Zeit suggeriert, es gäbe zwischen Werten und Interessen keinerlei Widerspruch, ist das natürlich wie die Autor*innen des Dokuments selber wissen vollkommener Quatsch, was teils sogar eingeräumt wird: „Bei der Verteidigung unserer Werte und Durchsetzung unserer Interessen müssen wir uns Zielkonflikten stellen, die politische Abwägungen und Entscheidungen erfordern." (NSS: S. 29)

Wo in einem Zielkonflikt dann die Prioritäten liegen, dürfte naheliegen und lässt sich beispielhaft anhand der Sätze über Rüstungsexporte auch ganz gut erahnen: „Bei der Kontrolle von Rüstungsexporten wird die Bundesregierung an ihrer restriktiven Grundlinie festhalten und dafür in einem Rüstungsexportkontrollgesetz Maßstäbe festlegen. Bei Rüstungsexportentscheidungen finden Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Empfängerland besondere Berücksichtigung. Eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik berücksichtigt zugleich auch unsere Bündnis- und Sicherheitsinteressen, geostrategische Herausforderungen, die Unterstützung von Partnern, die unmittelbaren Bedrohungen ausgesetzt sind, und die Anforderungen einer verstärkten europäischen Rüstungskooperation." (NSS: S. 45)

Militarisierung der Universitäten

Wie eine Bildungsministerin die Zivilklauseln abschaffen will

von Chris Hüppmeier

Die Geschichte der Zivilklausel, also die von friedensbewegten Studierenden und Wissenschaftlern erkämpfte Selbstverpflichtung von Universitäten und Forschungseinrichtungen zu einer ausschließlich zivilen und dem Frieden verpflichtenden Ausrichtung, ist jeher geprägt von militaristischen Angriffen. Nichtsdestotrotz wurden seit Ende der 1980er Jahre an rund 70 Forschungs- und Bildungseinrichtungen in Deutschland Zivilklauseln erkämpft. Im Zuge der ausgerufenen „Zeitenwende“ der Bundesregierung und mindestens 100 Milliarden „Sondervermögen“ in Petto, wird die zivile Forschungslandschaft nun erneut in Frage gestellt.

Neben den wissenschaftspolitischen Think Tanks wie der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) oder der Expertenkommission Forschung und Innovation, haben sich zuletzt auch vermehrt Stimmen aus dem Bundestag in die Angriffe auf die Zivilklauseln eingereiht. Der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende von Black Rock Deutschland und heutige CDU-Chef Friedrich Merz zum Beispiel füllte das Sommerloch der Leitmedien mit der Einschätzung, dass Zivilklauseln „nicht mehr zeitgemäß“ seien. Ins gleiche Horn, jedoch mit anderer Qualität, bläst die Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) in einem Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ). Die „systemische Rivalität“ zu China habe „Konsequenzen für Wissenschaft und Forschung“, die mit einem „kritischen Blick“ geschärft werden müssten. Ganz grundsätzlich ginge es um die Sicherheit der deutschen Forschung vor Angriffen aus Russland oder China. Der zu ziehende Zahn liegt dabei im noch nicht vorhandenen sicherheitspolitischen Einklang der Wissenschaften zum Auftrag des deutschen Zeitenwenden-Imperialismus.

So alt wie der Kampf gegen die Zivilklausel so alt ist auch das Argument, dass in der Forschung ganz grundsätzlich eine militärische Nutzung nicht auszuschließen sei. Das Argument des „Dual Use“ schallt bis heute durch die Gremien der universitären Selbstverwaltungen. Die Zivilklausel würde deshalb einen verfassungsrechtlichen Eingriff in die grundrechtlich verbriefte Freiheit der Forschung darstellen, verhindere sie doch potentiell auch zivile Forschungsvorhaben. Die mehr als zwei Jahrzehnte neoliberale Ökonomisierung der Universitäten und die Drittmittel-Abhängigkeit wurde in diesem Zuge weniger mit einem „kritischen Blick“ angeschaut. Was jahrzehntelang nicht möglich war, soll möglich werden, wenn es der eigenen Sache dient. Als Vorbild hierfür dienen Stark-Watzinger die militärisch-universitären Komplexe in Israel und den USA, die „sehr erfolgreich in einem zivilen und militärisch geprägtem Ökosystem Forschung in technologische Innovation“ umsetzen würden.

Die militaristische „Zeitenwende“ rollt damit voll auf die Universitäten zu. Die Einbindung der Wissenschaften in den nationalen Auftrag einer Regierung, die Friedenssicherung mit Waffenlieferungen propagiert, die internationale Wissenschaftskooperationen im Handumdrehen beendet und die Freiheit der Wissenschaften durch eine „Freiheit zur Verantwortung“ ersetzen will, in der „Wissenschaftler ihrer Verantwortung im Interesse unseres Landes gerecht werden“ sollen, widerspricht dem Wesen der Zivilklausel tatsächlich fundamental. Und gerade deshalb nimmt auch die Zivilklausel-Bewegung neu Fahrt auf. Statt Milliarden für Rüstung und Rüstungsforschung, von denen nur die großen Rüstungsmonopole profitieren, streiten immer mehr Studierende und Wissenschaftler für ein grundsätzliches Umdenken und fordern die Etablierung weiterer, sowie die konsequente Durchsetzung der bestehenden Zivilklauseln. Darüber hinaus müssen die Bedingungen für eine Wissenschaft und Bildung geschaffen werden, die das Forschen, Lehren und Lernen für eine friedliche, gerechte und demokratische Entwicklung erst ermöglichen. Vom 28.-29. Oktober 2023 trifft sich ein breites Bündnis aus Jugendverbänden, Gewerkschaften und der Friedensbewegung zu einem bundesweiten Zivilklausel-Kongress in Kassel und lädt alle Interessierten herzlich ein.

Mehr Informationen unter: zivilklausel-kongress.de

Zielbild Marine 2035+

Umbau für Großmachtkriege

von Jürgen Wagner

Im Juni 2022 wurde beim NATO-Gipfel in Madrid unter anderem ein neues Streitkräftemodell verabschiedet, das die gegen Russland mobilisierbaren Truppen um ein Vielfaches erhöht. Davon ist auch die Bundeswehr betroffen, weshalb die Landstreitkräfte ihre Pläne bereits im August 2022 in ein neues „Zielbild Heer" einfließen ließen, das seither immer wieder angepasst wird. Etwas später zog auch eine weitere Teilstreitkraft nach: Am 5. März 2023 landete kurzfristig das „Zielbild Marine 2035+" (ZBM2035+) angeblich aus „Versehen" auf der Homepage der Bundeswehr, offiziell wurde es dann Ende desselben Monats veröffentlicht.

Auf Basis des neuen NATO-Streitkräftemodells wird der Materialbedarf der Marine ebenfalls konsequent auf einen möglichen Krieg mit Russland ausgerichtet. Auffällig ist dabei die hohe Zahl KI-gesteuerter unbemannter Systeme, die neu eingeführt werden sollen, was auf die neue Einsatzdoktrin teilstreitkräfteübergreifender Kriegsführung zurückzuführen ist. Doch auch die noch gar nicht bewilligte milliardenschwere neue Fregattengeneration F-127 darf sich in dem Papier präsentieren. Nahezu zeitgleich und womöglich nicht zufällig mit dem Leak des Zielbilds präsentierte ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) diversen Abgeordneten seine Entwürfe. Apropos Milliarden: Wie die ambitionierten Pläne der Marine finanziert werden sollen, ist völlig unklar, allerdings ist es ja gerade auch ein Zweck solcher Wunschlisten, noch mehr Gelder loszueisen.

Zielbild Marine: Die Lage

Begonnen wird im „Zielbild Marine 2035+" mit einem Kapitel „Die Lage", in dem die grundsätzlichen Prioritäten der Teilstreitkraft beschrieben werden. Die dem im Juni 2022 beschlossenen neuen Strategischen Konzept zu entnehmende Eskalation der Beziehungen zu Russland verändere „wesentliche Parameter" für die „langfristige Ausrichtung" der Marine. Lange habe die Ausrichtung auf sogenannte Stabilisierungseinsätze im Globalen Süden Priorität oder zumindest Gleichrangigkeit gegenüber der Fähigkeit gehabt, im „hochintensiven Gefecht" (vor allem mit Russland) bestehen zu können. Nun sei aber der „Auftrag zur Landes- und Bündnisverteidigung" (vor allem gegen Russland) „bestimmend", was sich auch auf die Teilstreitkräfteplanung des ZBM2035+ auswirke, die sich aus den „Vorgaben des NATO Force Model" ergeben würde. Von den einstmals so vielbeschworenen „humanitären" Interventionen im Globalen Süden will man heute, da sich mit Russland ein völlig neues und ungleich größeres Rüstungsfeld auftut, auch in der Marine augenscheinlich nicht mehr viel wissen.

Konkret ergeben sich im Zielbild daraus folgende Prioritäten und regionalen Operationsschwerpunkte: „Gegenüber der Zielsetzung, in langandauernden Einsätzen niedriger Intensität durchgängig Marineeinheiten binden zu können, gewinnen andere Faktoren an Gewicht: Kriegstauglichkeit, Kaltstartfähigkeit, eingehende Kenntnis der wesentlichen Operationsräume Nordatlantik, Nord- und Ostsee sowie Präsenz ebenda bereits im Frieden. […] Seekriegsmittel ausschließlich auf lang andauernde Einsätze niedriger Intensität auszurichten, ist abzulehnen." (ZBM2035+)

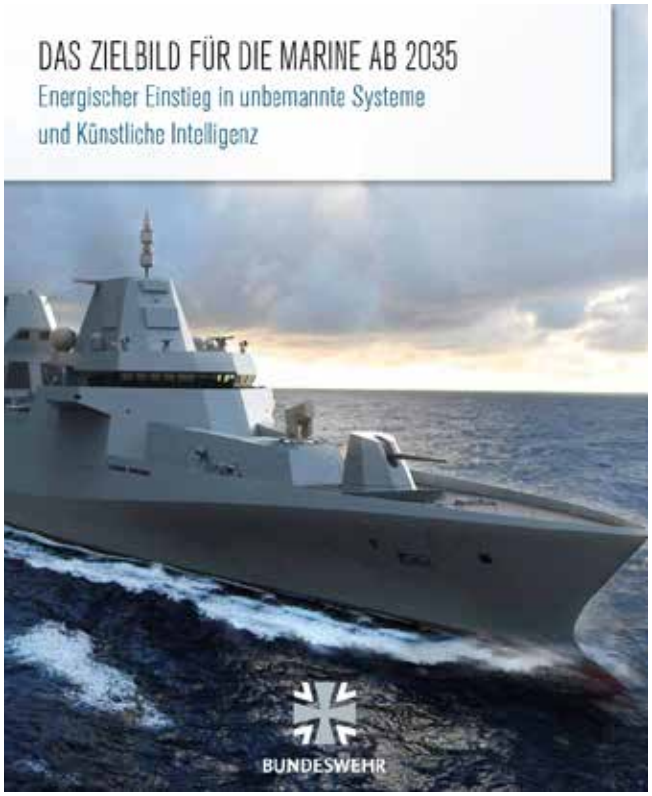
Mehrdimensionale Kriegsführung

Was die Einsatzdoktrin anbelangt, versteht sich das ZMB2035+ als konsequente Umsetzung der von den USA entwickelten „Multi Domain Operations" (MDOs). Dort wurde spätestens mit der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2015 noch unter Präsident Barack Obama mit einer verstärkten Fokusverschiebung der Strategie- und Streitkräfteplanung hin zu Großmachtkriegen begonnen, die sich auch in den zentralen Dokumenten der Trump-Administration fortsetzte (wenn auch mit einem stärkeren China-Fokus).

Direkt aus der unter Trump veröffentlichten Nationalen Verteidigungsstrategie abgeleitet, wurde im Dezember 2018 mit dem Dokument „The U.S. Army in Multi-Domain. Operations 2028" ein neues Einsatz-

konzept eingeführt, über das der Wissenschaftliche Dienst des US-Kongresses (21.11.2022) schreibt: „Im Dezember 2018 führte die Armee ihr operatives Konzept der Mehrebenen-Operationen (MDOs) ein. Laut der Armee wurden MDOs als Antwort auf die Nationale Verteidigungsstrategie aus dem Jahr 2018 entwikkelt, die den bisherigen sicherheitspolitischen Fokus der USA von der weltweiten Bekämpfung gewalttätiger Extremisten hin zur Konfrontation mit revisionistischen Mächten verschob – vor allem mit Russland und China.“ Im Kern laufen die MDOs darauf hinaus, dass eine „optimale“ Schlagkraft dann entfaltet werden kann, wenn teilstreitkräfteübergreifend alle Fähigkeiten vernetzt und mit hohem Tempo zum Einsatz gebracht werden können. Zu diesem Ergebnis gelangt auch das ZBM2035+, das MDOs folgendermaßen definiert: „Die Marine […] fügt sich in Multi-Domain Operations (MDO) ein, also in eine Operationsführung, die Aktionen in den Dimensionen See, Land, Luft und Cyber orchestriert, mit nichtmilitärischen Maßnahmen synchronisiert und mit der erforderlichen Geschwindigkeit auf ein gemeinsames Ziel hin zusammenführt. Die Marine muss ihren Beitrag also bundeswehr- und bündnisgemeinsam sowie gesamtstaatlich vernetzt erbringen.“ (ZBM2035+)

Insofern ist auch klar, dass der Datenerhebung und damit auch dem Einsatz Künstlicher Intelligenz dabei eine besondere Bedeutung beigemessen wird, was sich dann auch in der konkreten Streitkräfteplanung niederschlägt: „Dringendste Aufgabe ist ein hinreichendes und kontinuierlich geführtes Lagebild über alle Aktivitäten im eigenen Operationsraum unterstützt durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz.“ (ZBM2035+)



Quelle: bundeswehr.de.

„Quantität hat Qualität“

Auch wenn Nordatlantik und Nordsee ebenfalls aufgeführt werden, kristallisiert sich die Ostsee im Zielbild als klarer Schwerpunkt heraus. Die Fähigkeit zu „Abschreckung und Verteidigung“ hänge primär von der „Verfügbarkeit von Kräften und Mitteln in ausreichendem Umfang“ ab, was heiße: „Quantität hat eine eigene Qualität“. Dies alles erfordere ein „umfassendes Fähigkeitsprofil“, das im dann auch mit konkreten Zahlen unterlegt wird.

Die wichtigsten Schiffseinheiten mitsamt Zielgrößen des Zielbilds wurden beim Fachportal Europäische Sicherheit & Technik (6.3.2023) folgendermaßen zusammengefasst: „Die Deutsche Marine geht in den Jahren nach 2035 offenbar einer Zielstruktur von 15 Fregatten, 6 bis 9 Korvetten, 6 bis 9 U-Booten, acht Seefernaufklärern, drei Flottendienstbooten, drei Flottentankern und sechs Unterstützungsplattformen entgegen […] Bis zu 12 Minenabwehrplattformen sind als Nachfolge des Typs 332 vorgesehen.“

Bemerkenswert ist dabei zunächst einmal, dass ganz den Anforderungen der MDO-Einsatzdoktrin entsprechend, fast alle Schiffstypen durch unbemannte KI-Plattformen „ergänzt“ werden sollen – allerdings fehlen hier noch viele Details: Den Minenabwehrplattformen soll etwas namens „Unmanned MCM System bzw. Minenkampf-Toolbox“ beiseite gestellt werden, die Zahl sei aber „noch festzulegen“. Sechs „Unmanned Aerial Systems“ sind für die Poseidon-Seefernaufklärer vorgesehen und die 212CD-U-Boote sollen durch „bis zu 6“ „Large Unmanned Underwater Vehicle“ ergänzt werden.

Während sich bereits über diese erst noch anzuschaffenden Systeme wenig finden lässt, dünnt der Informationsfluss bei den als „Future Combat Surface System“ bezeichneten Einheiten gänzlich aus. Von ihnen sollen 18 Stück die Korvetten K130 – mittelgroße, wendige Schiffe, die für die „Randmeerkriegführung“ in der Ostsee besonders „geeignet“ sind – unterstützen, ohne dass auch militärnahe Expert:innen davon bislang größer etwas gehört hätten. Die Europäische Sicherheit & Technik (6.3.2023) spekuliert: „Zu ihrer [der Korvetten] Ergänzung sollen bis zu 18 Future Combat Surface Systeme (FCCS) eingeführt werden. Der Begriff wurde im vor [sic!] der Jahrtausendwende für eine neue Fregattengeneration der Royal Navy eingeführt. Im aktuellen Dokument wird zu ihnen nichts ausgeführt. Als schwer entdeckbare, flexibel einsetzbare Plattformen, die mit geringem Personalansatz und auch unbemannt zu betreiben sind, könnten sie zur Überwasserseekriegführung wie auch zur Wirkung an Land zur Verfügung stehen.“

Zielbild Marine 2035+ Die künftige Struktur der Flotille

System	Aufgaben und Fähigkeiten	Bisheriger Plan 2031	Marine Ziel 2035+
Fregatte Typ 127 (Nachfolge Typ 124)	Seekrieg Überwasser inkl. Luftverteidigung	5	6
Fregatte Typ 126 (Nachfolge Typ 125)	Seekrieg Unterwasser	6	6
Fregatte Typ 125	Stabilisierung Krisenmanagement	4	3
Korvette Typ 130 (modernisiert auf 2. Los)	Seekrieg Überwasser	10	6-9
Future Combat Surface System (ergänzt Korvette)	Seekrieg Überwasser	--	bis zu 18
Minabwehr-Plattform (Nachfolge Typ 332)	Minenkampf, Seabed Warfare, Aufklärung (Unterwasser)	11	bis zu 12
Unmanned MCM System bzw. Minenabwehr-Toolbox	Minenkampf, Seabed Warfare, Aufklärung (Unterwasser)	--	noch festzulegen
Seefernaufklärer P-8A Poseidon bzw. MAWS	Seekrieg Unter-/Überwasser, Aufklärung	8	8
Unmanned Aerial System (ergänzt Seefernaufklärer)	Seekrieg Unter-/Überwasser, Aufklärung	--	6
Bordhubschrauber NH-90 MRFH Sea Tiger	Seekrieg Unter-/Überwasser, Aufklärung	31	noch festzulegen
Unmanned Aerial Vehicle (ergänzt Bordhubschrauber)	Seekrieg Unter-/Überwasser, Aufklärung	10	bis zu 22
U-Boote Typ 212CD (in Nachfolge Typ 212A)	Seekrieg Unter-/Überwasser, Aufklärung etc.	8	6 bis 9
Large Unmanned Underwater Vehicle (ergänzt U-Boote)	Aufklärung	--	bis zu 6

F-127: „Maritime Keule“

Am Zielbild ist natürlich besonders „interessant“, dass daraus abzulesen ist, wie sich die Marine aktuell die Zielgrößen bis 2031 und dann ab 2035 insbesondere bei den großen Schiffen vorstellt. Besonders erwähnenswert ist dabei die Reduzierung der für Einsätze im Globalen Süden vorgesehenen F-125 von vier (2031) auf drei (2035+) Einheiten bei einem gleichzeitigen Aufwuchs der künftigen „Königsklasse“, der F-127, die von geplanten fünf (2031) auf sechs (2035+) leicht vergrößert werden soll. Während die aktuell im Bau befindliche F-126 vor allem für den „Seekrieg Unterwasser“ gedacht ist, soll die F-127 auf „Seekrieg Überwasser inkl. Luftverteidigung“ fokussieren.

In den Regionen, die potenziell von dem Milliardenauftrag profitieren dürften, geht es jetzt schon recht euphorisch zur Sache – gefertigt werden könnte das Schiff in Wismar, die Konstruktion würde dann in Kiel erfolgen, wo die Lokalpresse schreibt: „Das Projekt der Fregatte 127 soll der deutschen Marine zu neuer Stärke verhelfen. Der von ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) vorgestellte Entwurf zeigt, wie eine Lösung aussehen könnte. Das Rennen um den Auftrag hat begonnen. […] Die jetzt geplante Klasse 127 soll eine maritime Keule und Schutzschild gegen alles, was fliegt, werden - eine 12 000 Tonnen schwere schwimmende ‚Fliegenklatsche‘ zum Schutz des Luftraums an Nord- und Ostsee. Eine Aufgabe, die aktuell die großen US-Zerstörer in der Ostsee übernehmen.“ (Kieler Zeitung, 7.3.2023)

Hier geht es um riesige Summen, bereits für das Vorgängermodell wurden rund 1,5 Mrd. Euro (die sich sicher noch erhöhen werden) pro Schiff veranschlagt, die F-127 dürfte sich noch einmal als deutlich teurer erweisen. Aus diesem Grund löste schon die Entscheidung, den Auftrag für den Bau der F-126 an die niederländische Damen-Werft zu vergeben, in der Branche regelrechte Schockwellen aus. Das soll sich nicht noch einmal wiederholen, weshalb sich unter anderem ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) bereits in Stellung bringt und am 6. März 2023 seinen F-127-Entwurf in Anwesenheit mehrerer SPD-Abgeordneter vorstellte: „Beim Besuch der SPD-Bundestagsabgeordneten Mathias Stein (Kiel) und Kristian Klinck (Plön) sowie der SPD-Landesvorsitzenden

Die F-127 sollen in der neu erworbenen Werft von TKMS in Wismar produziert werden – falls TKMS den Auftrag erhält. Zuvor gehörten die Hallen der Pleite gegangenen MV Werften Wismar. Quelle: Wikimedia/ Sebastian Krauleidis.

Serpil Midyatli und dem Landtagsabgeordneten Kai Dolgner stellte die Kieler Werft den Entwurf vor. […] Von den Abgeordneten gab es Unterstützung. ‚TKMS ist eine ganz wichtige Stütze für den Schiffbaustandort. Geld, das in die deutsche Marine investiert wird, ist gut investiert', so Kristian Klinck, der auch im Verteidigungsausschuss sitzt. Eine Entscheidung wie 2020 soll sich nicht wiederholen. Damals hatte der Bund den Auftrag zum Bau von vier Fregatten der Klasse 126 an den niederländischen Damen-Konzern vergeben." (Kieler Nachrichten, 7.3.2023)

Aktuell ist noch recht unklar, wann eine endgültige Entscheidung über den Bau der F-127 gefällt wird – praktisch, wenn einen Tag vor dem Besuch der SPD-Abgeordneten mit dem ZBM2035+ ein Dokument ins Internet gelangt, das die Notwendigkeit des Schiffs betont.

Wer soll das bezahlen?

Generell stellt sich natürlich die Frage, woher eigentlich das Geld für die maritime Wunschliste kommen soll. Aus dem Sondervermögen der Bundeswehr jedenfalls wohl nicht, denn nachdem der Rechnungshof im Oktober 2022 angemahnt hatte, dass das Verteidigungsministerium das Budget massiv „überplant" hatte, mussten eine Reihe von geplanten Projekten gestrichen werden – nicht zuletzt bei der Marine (siehe IMI-Analyse 2022/54).

So wurde die Ziehung einer ursprünglich vorgesehenen Option für zwei weitere F-126 Fregatten, mit der die in der im ZBM2035+ aufgeführte Zahl von sechs Schiffen erreicht werden würde, bis auf Weiteres verschoben. Ein zunächst auf fünf Boote ausgelegtes weiteres Los der Korvetten K130 (Kostenpunkt pro Schiff rund 500 Mio. Euro) wurde auf ein Schiff und damit auf eine Gesamtzahl von sechs reduziert – im Zielbild ist aber die Rede von sechs bis neun K130. Und dann wären da etwa auch noch die U-Boote 212CD, von denen bislang lediglich zwei bewilligt sind (Preis pro Schiff rund 1,4 Mrd. Euro) – das Zielbild visiert dagegen mindestens vier und bis zu sieben weitere U-Boote an.

Hier wird ersichtlich, dass mit derlei Planungen natürlich auch Druck auf weitere Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes ausgeübt werden soll.

Kein neuer Krieg

Rezension zu „Der Grüne Krieg“ von Simone Schlindwein

von Peter Clausing

Um Missverständnissen vorzubeugen: Im vorliegenden Buch geht es weniger um den Krieg „der Grünen“ als um einen Krieg „im Grünen“, auch wenn das Zitat aus einer Antwort der Bundesregierung vom 9. August 2022 beides nahe legt (S.7). Dort heißt es „Der Erhalt der Wälder des Kongobeckens … liegt im Interesse der gesamten Weltbevölkerung“. Dem ist unumwunden zuzustimmen, wäre da nicht der Anlass für die Anfrage an die Bundesregierung – die Militarisierung des Naturschutzes und die damit verbundenen, teils massiven Menschenrechtsverletzungen.

Etikett „Wildereibekämpfung“

Vergleiche hinken, doch während der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan („Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“, Struck) von 2002 bis 2021 dauerte, existiert der von Deutschland kofinanzierte „Festungsnaturschutz“ mit seinen Menschrechtsverletzungen schon länger und dauert bis heute an. Das liegt vermutlich daran, dass das Scheitern dieser Mission weniger spektakulär und weniger offensichtlich ist. Simone Schlindwein, die Autorin des beeindruckenden Buches „Der grüne Krieg“, um das es hier geht, bringt es auf den Punkt (S. 65): „Die Deutschen feiern die Zahlung von Millionen von Euro in den weltweiten Arten- und Naturschutz als Erfolgsgeschichte, noch bevor sie wissen, was mit ihrem Steuergeld eigentlich passiert“, wobei sich die deutschen Naturschutzprojekte laut Schlindwein in den letzten Jahren zunehmend auf Wildereibekämpfung konzentrieren. Wenn man aber „offenbar die Kontrolle darüber verloren (hat),“ was vor Ort geschieht (S. 168), dann verbergen sich hinter dem Etikett „Wildereibekämpfung“ jene Aktivitäten, die dem Buch seinen Titel gegeben haben.

Im Gegensatz zu den Vertreter*innen deutscher Institutionen (insbesondere der Kreditanstalt für Wiederaufbau) und des deutschen Zweigs des WWF (einem wichtigen Naturschutz-Geldgeber in Afrika), war die Autorin insgesamt mehrere Monate vor Ort und hat – nicht ohne Risiken – mit Akteuren aller beteiligten Seiten gesprochen. Das ist eine der besonderen Stärken des Buches. Es beruht zu großen Teilen auf Primärinformationen, auf zahlreichen Interviews und Originaldokumenten, die zum Teil über mühsame Prozesse der Akteneinsicht erlangt wurden. Mit über 500 Quellenverweisen dürfte die harsche Kritik, die an deutschen Behörden und bestimmten NGOs geäußert wird, „gerichtsfest“ sein, was erfahrungsgemäß auch notwendig sein dürfte.

Dem Buch ist zu entnehmen, dass die Ranger der Nationalparks im Kongobecken besser ausgebildet und besser ausgerüstet sind als die Soldaten der betreffenden Länder. Trainiert unter anderem von israelischen Ex-Militärs und der südafrikanischen Sicherheitsfirma Maisha, verfügen sie über moderne Schusswaffen und elektronische Überwachungssysteme. Deutsche Gelder kamen beim Kauf von Rüstungsgütern offenbar nicht zum Einsatz, aber die Zahlung von monatlichen „Prämien“, finanziert mit deutschen Steuergeldern bzw. vom WWF, an die Parkwächter, die einem Mehrfachen ihres Gehalts entsprechen, waren an Kriterien gebunden, die den Einsatz von Gewalt befeuern, zum Beispiel an die Zahl der pro Monat getätigten Verhaftungen.

Es hatte lange gedauert, bis unter dem Druck von öffentlich bekannt gewordenen Skandalen die Zahlung der Fördergelder für bestimmte Nationalparks im Kongobecken zeitweilig ausgesetzt wurde. Zuvor wurden Übergriffe und die Vertreibung ethnischer Minderheiten, z.B. der Batwa in den Regenwald-Nationalparks des Kongobeckens als Einzelfälle heruntergespielt. Doch ging es dabei neben der systematischen Zerstörung der Lebensgrundlage dieser Menschen, die dort schon seit Hunderten von Jahren lebten, um konkrete Fälle von Vergewaltigungen und außergerichtlichen Exekutionen. Bei den wenigen, von massiver Korruption belasteten Gerichtsverfahren, die kaum zur Verurteilung der Täter führten, hatten sich das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und seine

Durchführungsorganisation, die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), dahinter verschanzt, dass auf juristischen Verfahren kein Einfluss genommen werden könne.

Festungsnaturschutz

Ein weiteres Verdienst des Buches ist, dass es nicht nur mehrere Vorzeigeprojekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Naturschutzbereich unter die Lupe nimmt, sondern auch den entsprechenden Kontext liefert, sowohl mit Blick auf die koloniale Vergangenheit als auch auf die neokoloniale Gegenwart. Dabei kommt unter anderem die Nazi-Vergangenheit von Bernhard Grzimek, nach dem Krieg Direktor des Frankfurter Zoos und Galionsfigur des deutschen Wildtierschutzes in Afrika („Die Serengeti darf nicht sterben"), zur Sprache. Der einzige kleine Mangel des Buches ist das Versäumnis, auf einige wichtige Quellen näher einzugehen, die bereits vor 10 bzw. 20 Jahren auf die Problematik hinwiesen. Gemeint sind damit das „Schwarzbuch WWF" von Huismann (2012, auch wenn es in der „weiterführenden Literatur" erwähnt ist) und die wissenschaftlichen Studien von Kai Schmidt-Soltau (2003 und 2005) zu Vertreibungen der lokalen Bevölkerung bei der Gründung afrikanischer Nationalparks.

Gründlich analysiert werden die Motive der Naturschutz-Millionen, die aus Deutschland nach Afrika und auf andere Kontinente des globalen Südens fließen. Weil Deutschland seine Klimaziele nicht erreicht, teils weil das ästhetische Empfinden beim Anblick von Windrädern gestört wird, teils weil ein durchgehendes Tempolimit auf Autobahnen bzw. weniger Autoverkehr offenbar unzumutbar ist, wird nach Möglichkeiten gesucht, das Problem mit Hilfe eines naturschutzbasierten Handels mit CO_2-Zertifikaten zu lösen. Die dafür eingesetzten Finanzierungsmodelle werden immer skurriler und der WWF sowie die in staatlichem Auftrag handelnde Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sind da mittendrin. Beide beteiligen sich am „neuesten Trend in der Klima- und Artenschutzpolitik", indem „immer mehr Zahlungen über sogenannte Fonds kanalisiert werden" (S. 68), statt die Gelder direkt in die Naturschutzprojekte fließen zu lassen. Neben der oben geschilderten Fragwürdigkeit der Naturschutzprojekte selbst, kommt die Finanzierung der Hedgefonds ins Spiel – Transaktionen, bei denen „im Jahr 2018 umgerechnet vier Millionen Euro Verlust eingefahren" wurden, die aus deutschen Steuergeldern stammten (S. 70).

Aus gutem Grund wird der KfW im Buch viel Platz eingeräumt, die sich in gewisser Weise in rechtsfreiem Raum bewegt. Diese chamäleonartige Institution wehrt sich einerseits, unter Bezugnahme auf das privatrechtliche Bankgeheimnis, gegen die Transparenz, zu der sie als öffentliche Institution eigentlich verpflichtet wäre. Mit anderen Worten, Informationsfreiheitsanfragen werden lange verschleppt oder komplett zurückgewiesen. Umgekehrt entzieht sich die Bank den menschenrechtlichen Verpflichtungen des seit Anfang diesen Jahres gültigen Lieferkettengesetzes unter Verweis darauf, dass sie keine private Institution sei.

Mit Blick auf das durch Simone Schlindweins gründliche Recherchen entworfene Gesamtbild könnte das Ende 2022 in Montreal verabschiedete „30 Prozent-Ziel" eher als Drohung denn als Hoffnung verstanden werden. Auf der 15. Nachfolgekonferenz zur Biodiversitätskonvention von 1993 (COP15) wurde vereinbart, 30 Prozent der Erdoberfläche unter Naturschutz zu stellen, was für jene Teile der Erdbevölkerung, die auf diesen Flächen leben, nichts Gutes bedeutet. Vereinfacht gesagt, befinden sich die armen Bevölkerungsteile Afrikas eingeklemmt zwischen dem „Festungsnaturschutz" der hochgerüsteten Parkranger und der von FRONTEX bewachten „Festung Europa".

Litauen

Deutsche Brigade – Verfestigte Fronten

von Martin Kirsch und Jürgen Wagner

Ein deutlich sichtbarer Ausdruck der immer bedrohlicheren Verhärtung der Fronten zwischen dem Westen und Russland stellt die wachsende NATO-Militärpräsenz an der Ostflanke dar. Nun kündigte Verteidigungsminister Boris Pistorius Pläne für eine nochmalige drastische Erhöhung der deutschen Präsenz in Litauen an. Erstmals sollen dabei Soldat*innen der Bundeswehr im großen Stil und mit allem was dazugehört dauerhaft im Ausland stationiert werden. Im Zuge dessen wird gleichzeitig auch der letzte Sargnagel in die NATO-Russland-Grundakte geschlagen, mit der dieses Vorhaben in keiner Weise vereinbar ist. Wann die benötigte Infrastruktur bereitstehen wird, ist unklar, Litauen hat sich aber bereit erklärt, hier aufs Gas zu drücken – ob die Bundeswehr für ihre Pläne aber genug Soldat*innen finden wird, ist durchaus fraglich.

Vom Bataillon zur Brigade

Bereits beim NATO-Gipfel in Warschau wurde im Juli 2016 mit der „Enhanced Forward Presence“ (EFP) die Einrichtung permanenter NATO-Basen in den drei baltischen Staaten und in Polen beschlossen. Stationiert wurde zunächst jeweils ein Bataillon (~1.000-1.500 Soldat*innen), wobei Deutschland in Litauen die Führungsrolle übernahm: „Das EFP-Bataillon ist Teil der Verteidigungsplanung Litauens unter Führung der Infanteriebrigade Iron Wolf, die ihren Sitz in Rukla hat“, erklärte das Reservistenmagazin loyal. „Sie bildet mit der leichten Infanteriebrigade Griffin das gesamte litauische Feldheer. Die Streitkräfte des Landes umfassen 22.000 Soldaten.“

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und kurz vor dem NATO-Gipfel in Madrid wurde im Juni 2022 die Errichtung vier weiterer NATO-Basen beschlossen (in der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien). Außerdem sollten die seit 2017 bestehenden Bataillone zumindest teilweise auf Brigadegröße (~3.000-5.000 Soldat*innen) aufgestockt werden – aus der Enhanced Forward Presence wurde so die „Intensified Forward Presence“ (IFP). Im deutschen Führungsbereich wurde die Truppenzahl allerdings zunächst „nur“ von rund 1.200 auf etwa 1.700 Soldat*innen vergrößert, wovon etwa die Hälfte aus der Bundeswehr stammte. Außerdem sollte die Verlegung des Gefechtsstands einer deutschen Brigade mit 20 Soldat*innen ins litauische Rukla bei Bedarf eine rasche Vergrößerung der Truppenzahl auf die besagte Brigadegröße erlauben (siehe IMI-Analyse 2023/30). In der Folge wurden litauische Regierungsvertreter*innen jedoch nicht müde weiter eine dauerhafte Präsenzerhöhung zu fordern.

Am 26. Juni 2023 besuchte Verteidigungsminister Pistorius nun den litauischen Truppenübungsplatz Pabradė in unmittelbarer Nähe der Grenze zu Belarus, auf dem das deutsche und das litauische Heer die binationale Übung Griffin Storm abhielten. Dabei wurden rund 1.000 Soldat*innen der Bundeswehr nach Litauen verlegt, wo sie dann eine Gefechtsübung mit 200 einheimischen Streitkräften abhielten. Nach einem Gespräch mit seinem litauischen Kollegen Arvydas Anušauskas ließ Pistorius dann die sprichwörtliche Bombe platzen: „Deutschland ist bereit, dauerhaft eine robuste Brigade in Litauen zu stationieren. Voraussetzung dafür ist, […] dass die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist, Kasernen, Übungsmöglichkeiten und die genannten Depots. Wir reden bei einer Brigade von 4.000 Soldatinnen und Soldaten, plus Material, und bei einer dann dauerhaften Stationierung eben auch Familie.“

Mit Sack und Pack

Die Verlautbarungen des Verteidigungsministers sind von erheblicher Tragweite, wie in militärnahen Medien wie etwa Soldat & Technik hervorgehoben wird: „Auf den ersten Blick hat diese Ankündigung enorme außenpolitische, als auch streitkräftepolitische Gravitas. […] An die Soldatinnen und Soldaten gerichtet bedeutet dies, dass sie sich über kurz oder lang darauf vorbereiten müssen ‚mit Sack und Pack‘ nach Litauen umziehen zu müssen, nicht nur für wenige Monate, sondern dauerhaft.“

Tatsächlich handelt es sich hier um eine ganz andere Größenordnung als bislang: Bis auf einige kleinere Kontingente gibt es mit permanenten Auslandsstationierungen bisher in der Bundeswehr keine Erfahrungen. Das dürfte die Truppe vor erhebliche Herausforderungen stellen. Schließlich geht es hier nicht nur um die Soldat*innen an sich, sondern auch um deren Angehörige sowie die gesamte Infrastruktur, die neben Kasernen und Materialdepots auch Wohnungen, Kindergärten, Schulen und dergleichen mitsamt entsprechendem Personal umfasst – insgesamt dürfte man hier von einer Zahl von gut und gerne 10.000 bis 15.000 Personen sprechen. Es ist relativ offensichtlich, an welchem Vorbild sich hier orientiert wird, wie auch Brigadegeneral Christian Freuding, Leiter des Planungsstabs im Verteidigungsministerium, im Stern (13.8.2023) bestätigte: „‚Da gibt es natürlich viele Modelle. Wir blicken da insbesondere auf die amerikanische Stationierung in Deutschland. Da wissen wir, welche soziale Einbettung es gibt von Schulen über Kindergärten, über Sozialeinrichtungen bis hin zu kulturellen Einrichtungen‘, sagt Freuding. ‚Wir haben damit wenig Erfahrung, aber da werden wir ein gutes Paket mit den Litauern zusammen hinkriegen‘.“

Dennoch müssen erst einmal Soldat*innen gefunden werden, die bereit sind, ihren Lebensmittelpunkt für mehrere Jahre ins Ausland zu verlagern – dazu gezwungen werden können sie aktuell nicht: „Die dauerhafte Auslandsverwendung von Soldaten ist eigentlich nicht vorgesehen und kann auch – bisher – nicht verordnet werden. Nur bei zeitlich begrenzten, mandatierten Auslandseinsätzen oder ‚einsatzgleichen Verpflichtungen‘ wie etwa der Luftraumüberwachung an der Grenze zu Russland ist das möglich.“ (Die Zeit, 26.6.2023) Der Einsatz soll augenscheinlich mit Zulagen „versüßt“ werden, wie Spiegel Online (21.7.2023) berichtete: „Der Zuschlag pro Kopf dürfte sich auf rund 2000 Euro monatlich belaufen – abhängig vom Grundgehalt. Hinzu kämen weitere Kosten, etwa für Mietzuschuss und Pauschalen für Ehepartner. Insgesamt sind pro Soldat und Monat Zusatzkosten in Höhe von rund 4000 Euro realistisch. Im Jahr kämen so Ausgaben von rund 190 Millionen Euro zusammen.“

Bislang galt die deutsche Präsenz in Litauen als eine solche einsatzgleiche Verpflichtung, allerdings ist es ein himmelweiter Unterschied, ob Soldat*innen für einen begrenzten Zeitraum oder langfristig abkommandiert werden: „Es werde ‚äußerst schwer‘ werden, so prophezeit ein ranghoher Soldat, hinreichend Freiwillige zu finden. Und wenn man die Regelung ändert und die Versetzung anordnet? ‚Dann werden viele kündigen.‘„ (Ebd) Dementsprechend hielt sich auch die Begeisterung des Bundeswehrverbandes in engen Grenzen, dessen Chef André Wüstner beim RedaktionsNetzwerk Deutschland mit folgenden Worten zitiert wurde: „Innerhalb der Bundeswehr hat die Ankündigung von Boris Pistorius überrascht. Es gibt eine Menge konzeptioneller Fragen, angefangen beim fehlenden Material, notwendigen strukturellen Anpassungen und schließlich, wie sich diese Ankündigungen unmittelbar auf Soldatinnen und Soldaten von Heer, Streitkräftebasis und Sanitätsdienst sowie auf deren Familien auswirken.“

Angesichts dieser bereits jetzt absehbaren Schwierigkeiten versuchte Pistorius bei seinem Auftritt zeitlich ein wenig auf die Bremse zu treten: Das Kontingent werde „in dem Maße aufwachsen, wie die Infrastruktur vorankommt“, so der Verteidigungsminister (Die Zeit, 26.6.2023). In weiser Voraussicht begann Litauen nach Angaben des Reservistenmagazins loyal bereits lange vor der jetzigen Entscheidung mit dem Aufbau der entsprechenden Infrastruktur – mutmaßlich auch, um Druck auf die nun erfolgten Ankündigungen zu erzeugen: „Bis 2027 soll ein EFP-Logistikhub in Rukla stehen. Die Fläche am Fluss Neris ist planiert. Beim loyal-Besuch wurde gerade das Erdreich verdichtet. Das Projekt wird von der NATO-Beschaffungsorganisation NSPA betreut, ebenso der Bau neuer Kasernen unter dem klangvollen Namen ‚Neris Terrace Infrastructure‘ für 3.000 Soldaten. Um den Deutschen die Stationierung der EVA-Brigade in Litauen schmackhaft zu machen, planen die Litauer für die Bundeswehr drei kleine ‚Militär-Städte‘.“ Vor diesem Hintergrund zeigt sich die litauische Seite optimistisch, relativ bald die geforderte Infrastruktur bereitstellen zu können: „Litauens Präsident Nauseda versprach den Vorbereitungen eine hohe Priorität einzuräumen. Er will technische und rechtliche Verfahren beschleunigen um bis spätestens 2026 Wohngebäude, Übungsplätze, Munitionsdepots, aber auch Schulen und Kindergärten bereitzustellen.“ (tagesschau.de, 26.6.2023)

Zielbild Heer – Woher nehmen, wenn nicht stehlen

Auch auf den aktuell laufenden Umbau des Heeres dürfte die jetzige Ankündigung einigen Einfluss haben – schließlich wurde der NATO zugesagt, bis 2025 eine, bis 2027 eine zweite und vor 2030 eine dritte voll einsatzbereite Bundeswehr-Division (~15-20.000 Soldat*innen) bereitzustellen (siehe IMI-Analyse 2022/45). Die im sogenannten „Zielbild Heer“ niedergeschriebenen Strukturen zur Umsetzung dieser Pläne wurden allerdings von Beginn an als nicht in Stein gemeißelt präsentiert. So hieß es zu deren offizieller Vorstellung auf der Seite der Bundeswehr Ende März 2023: „Auf dem Weg der Umsetzung des Zielbilds muss sich das Heer darauf einstellen, dass es immer wieder zu Anpassungen kommen kann. Diese können

sich aus den externen Einflussgrößen, […] den operativen Planungen im Bündnis sowie sich verändernden Verantwortlichkeiten der militärischen Organisationsbereiche ergeben. Hier gilt es bei aller verlässlichen Planung die erforderliche Flexibilität zu wahren.“ Dieser Fall dürfte mit den aktuellen Ankündigungen bereits vier Monate später eingetreten sein. Die im „Zielbild Heer“ ausformulierten Pläne für die Erfüllung der an die NATO gemachten Zusagen sind allerdings bereits jetzt ambitioniert. Woher die Truppen und das Material für die Brigade in Litauen kommen sollen, wurde bisher nicht kommuniziert. Eine bestehende Brigade nach Litauen umzuziehen würde die besagten Ziele der Einsatzbereitschaft von drei deutschen Divisionen wohl auch deutlich über 2030 hinaus torpedieren. Der Aufbau einer aus Versatzstücken der anvisierten Struktur zusammengeklaubten neuen Brigade in Litauen erscheint daher wahrscheinlich.

Die aktuell im „Zielbild Heer“ vorgesehenen drei schweren Brigaden sind ohnehin mit vier anstelle von drei Kampfbataillonen geplant. Je ein Panzer- bzw. Panzergrenadierbataillon sollte bisher für regelmäßige Rotationen nach Litauen bereitstehen. Würden diese drei Kampfbataillone – vermutlich je ein Panzerbataillon aus Augustdorf und Hartheim sowie ein Panzergrenadierbataillon ebenfalls aus Augustdorf, die erst zum 1. April 2023 eher auf dem Papier an die neuen schweren Brigaden angeflanscht wurden – zusammengeführt, könnte so der Kern einer neuen Brigade in Litauen entstehen. Alles dies steht unter dem Vorbehalt, dass sich relevante Teile des benötigten Personals bei Fertigstellung der Infrastruktur in Litauen auch dorthin umziehen lassen. Deutlich komplizierter dürfte der Aufbau einer neuen Brigade für Litauen im Bereich der Kampf- und Führungsunterstützungstruppen werden. So hantieren die Strukturpläne des Heeres bereits jetzt mit deutlich mehr Einheiten im Bereich Aufklärung, Pioniere, Artillerie und Logistik als aktuell vorhanden. Daher lässt sich aus den bisher geplanten Strukturen in diesem Bereich nichts herausziehen, ohne andere Ziele grundsätzlich in Frage zu stellen. Mittel- bis langfristig wären Strukturen unter Einbeziehung von deutlich mehr Reservist*innen für die Verbände in Deutschland denkbar. So hieß es bereits bei der Verkündung des Zielbildes Heer weiter: „In allen Überlegungen wird auch die Reserve weiterhin eine Schlüsselrolle spielen.“ (Ebd.) Wo die für Litauen benötigten Truppen aber eher kurzfristig herkommen sollen, ohne die volle Einsatzbereitschaft von drei deutschen Divisionen für die NATO deutlich zu verschieben, bleibt ein Rätsel.Vermutlich auch deshalb hat sich Verteidigungsminister Pistorius bei seiner Ankündigung explizit zwei Hintertürchen offen gelassen. Einerseits hängt der Zeitplan des Umzugs der Brigade nach Litauen, wie erwähnt, vom dortigen Fortschritt der Bautätigkeiten im Bereich der Infrastruktur ab. Und zweitens formuliert Pistorius den grundsätzlichen Vorbehalt der Zustimmung der NATO: „Die Kompatibilität mit den NATO-Plänen […] ist von zentraler Bedeutung. Denn der SACEUR [der militärische Oberbefehlshaber des Bündnisses] und die NATO müssen naturgemäß, angesichts einer sehr langen Ostflanke, das Prinzip der militärischen Flexibilität wahren.“

Übergabezeremonie der Enhanced Forward Presence am 4. August 2020 mit der Bundeswehr in der Rukla-Kaserne in Litauen. Quelle: Ryan Donald / Public Domain.

Die tatsächliche endgültige Entscheidung über die vorgestellten Pläne fiel dann im Zuge des NATO-Gipfels Mitte Juli 2023 in Vilnius. Das war nicht ausgemacht, denn ein grünes Licht für den Aufbau einer Bundeswehr-Brigade in Litauen würde dann wohl mit einer offiziell vereinbarten Verzögerung der deutschen Pläne zum Aufbau von drei für die NATO einsatzbereiten Divisionen bis 2030 einhergehen. Auf NATO-Ebene dürfte allerdings bald die folgenschwere Diskussion im Raum stehen, ob auch in Estland und Lettland entsprechende NATO-Brigaden – vermutlich mit Truppen aus Großbritannien und Dänemark bzw. Kanada und Spanien – aufgebaut werden sollten.

Versenkt: NATO-Russland-Akte

An dieser Stelle würde es den Rahmen sprengen, die gesamte Geschichte der gebrochenen westlichen Zusagen rund um das Versprechen, keine Erweiterung der NATO vornehmen zu wollen, einmal mehr aufzuwärmen (siehe dazu z.B. IMI-Analyse 2023/08). Im aktuellen Zusammenhang sollten aber wenigstens die möglichen Auswirkungen auf die NATO-Russland-Grundakte thematisiert werden. Die „Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation“ vom 27. Mai 1997 war eines der wenigen Zugeständnisse, die seitens der NATO im Austausch für Moskaus Akzeptanz der im selben Jahr beschlossenen (und 1999 vollzogenen) ersten NATO-Osterweiterung gemacht wurden. Der wohl wesentlichste Bestandteil der Grundakte besteht in der Zusicherung, dass das Bündnis künftig seine Sicherheitsaufgaben „eher dadurch wahrnimmt, dass es die erforderliche Interoperabilität, Integration und Fähigkeit zur Verstärkung gewährleistet, als dass es zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert.“

Hinweisschild auf den Militärübungsplatz Gaižiūnai angrenzend an die Stadt Rukla in Litauen. Quelle: Wikipedia/ Vilensija.

Richtig ist zwar, dass die Grundakte diese Zusicherung vom „gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld“ abhängig macht, dennoch waren viele Akteure nicht zuletzt in der Bundesregierung lange darum bemüht, wenigstens den Schein zu wahren. Denn eigentlich war die Grundakte spätestens mit dem Beschluss zur Stationierung der NATO-Bataillone 2016 Geschichte – man behalf sich deshalb damit zu argumentieren, bei vier Bataillonen handele es sich noch nicht um substanzielle Kampftruppen und aufgrund des Rotationsverfahrens könne auch nicht von einer dauerhaften Stationierung gesprochen werden. Diese Argumentation lässt sich nun beim besten Willen nicht mehr aufrechterhalten. Faktisch wird die Grundakte damit endgültig versenkt. So manch einem Politiker scheint diese Entwicklung gerade recht zu kommen. Fritz Felgentreu etwa, der von 2013 bis 2021 als einer der prominentesten SPD-Verteidigungspolitiker im Bundestag saß, twitterte: „Die Grundakte ist doch längst in der Tonne. Ich würde nicht einmal auf die formale Feststellung noch Energie verschwenden.“ Und für seinen Parteikollegen, den ehemaligen Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels, ist die Grundakte nur noch „Makulatur“.

Reißleine gegen Hochrüstung

Der Neue Kalte Krieg macht derzeit vieles möglich, wer wäre vor nicht allzu langer Zeit auf den Gedanken gekommen, deutsche Soldat*innen könnten im Ausland Militärbasen errichten, wie sie vor allem von den USA bekannt sind?

Wie und in welchem Zeitraum die nun angekündigten Pläne dann tatsächlich umgesetzt werden, steht aktuell noch in den Sternen. Die grundsätzliche Richtung ist allerdings überaus Besorgnis erregend. Es ist dringend notwendig, dass endlich die Reißleine gezogen wird, um dem immer weiter eskalierenden Hochrüsten ein Ende zu setzen!

Bulgariens boomende Rüstungsindustrie

Profiteure, Anti-NATO-Proteste und politischer Diskurs

von Yasmina Dahm

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine macht das Balkanland Bulgarien Schlagzeilen. Da Bulgarien neben dem intensiven Anbau von Rosen auch die größte Produktion von Munition sowjetischer Bauart in Europa beherbergt, wurden die Exportschlager der bulgarischen Wirtschaft medial zuletzt häufig unter dem Titel „Guns N' Roses" besprochen. Die neue Züricher Zeitung berichtete im Mai 2023 davon, dass der älteste bulgarische Rüstungsbetrieb Arsenal im Herbst 2022 die Zahl der zuvor 8000 Mitarbeiter*innen um weitere 1000 aufgestockt habe und dass Anwohner*innen angaben, dass zurzeit jeder eine Stelle bei Arsenal finden könne, wohingegen lokale Rosenzüchter*innen über fehlende Arbeitnehmer*innen klagten.[1] Mittlerweile ist bekannt, dass Waffenlieferungen in die Ukraine zwar bis Ende 2022 von der Übergangsregierung in Bulgarien offiziell abgelehnt wurden, zeitgleich aber Rekordmengen von Munition und eine beträchtliche Menge an Treibstoff in die Ukraine geliefert wurden, die zu einer beispiellosen Konjunktur der bulgarischen Rüstungsindustrie führten.[2]

Indirekte Waffenexporte

Vor allem bei der Lieferung von Munition sowjetischer Bauart, die von der ukrainischen Armee verwendet wird, taten sich bulgarische Unternehmen seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine hervor. Wie sehr sich der Umsatz bulgarischer Rüstungsunternehmen steigerte, veranschaulichen Informationen des ehemaligen Leiters des bulgarischen Rüstungsunternehmens Kintex, Alexander Mihailow, der im Gespräch mit Euractiv angab, dass es im Kontext des Ukraine-Kriegs von Februar 2022 bis Ende Oktober 2022 bereits Waffenexportgenehmigungen im Wert von über 2 Milliarden Euro gegeben habe. „Bis jetzt hatten wir also ein Wachstum von 100 Prozent im Vergleich zu den Spitzenjahren des Unternehmens. Dieses Jahr könnte mit einem Umsatzwachstum von 150 Prozent oder sogar 200 Prozent im Vergleich zu den stärksten Jahren des militärisch-industriellen Komplexes enden, was der bulgarischen Wirtschaft und dem Staatshaushalt in Krisenzeiten erhebliche Einnahmen beschert", so der ehemalige Leiter des Schwesterunternehmens des staatlichen Rüstungsbetriebs VMZ.[3] Die Lieferungen seien hauptsächlich über Rumänien, Ungarn und Polen erfolgt, so Mihailow, wobei sich der Flughafen Rzeszów in Polen in unmittelbarer Nähe zur ukrainischen Grenze als zentrale Logistikdrehscheibe hervorgetan habe. In den ersten 120 Tagen des Krieges habe es 60 Frachtflüge mit Waffen von bulgarischen Flughäfen zu dem mit Patriot-Luftabwehrsystemen gesicherten Flughafen Rzeszów mit einer durchschnittlichen Frachtkapazität von 70-80 Tonnen pro Flugzeug, gegeben. Vor dem Krieg in der Ukraine seien etwa Rumänien und Polen keine Kunden von bulgarischen Unternehmen gewesen, weswegen es nahe liege, „(…) dass bulgarische Hersteller und Händler Waffen in mitteleuropäische Länder exportieren, die dann an die Ukraine weiterverkauft werden", so Mihailow. Die Lieferungen erfolgten laut Mihailow „wahrscheinlich nachts, wenn es schwieriger ist, von der Satellitenüberwachung entdeckt zu werden, oder mit atypischen Transportmitteln, zum Beispiel Kühltransportern, um den Eindruck zu erwecken, dass Lebensmittel geliefert werden", auf dem Landweg über Polen und Rumänien, um den Transport vor dem russischen Geheimdienst zu verbergen. Auch eine beträchtliche Menge an Treibstoff wurde von Bulgarien in die Ukraine geliefert. Im Dezember 2022 erließ die Europäische Kommission aufgrund des Krieges in der Ukraine eine bis Ende 2024 gültige Ausnahmeregelung für Länder, die „aufgrund ihrer geografischen Lage in besonderer Weise von russischen Lieferungen abhängig sind und über keine praktikablen Alternativen verfügen", die es Bulgarien erlaubt, trotz der allgemeinen Sanktionen gegen Russland, „aus russischem Öl hergestellte Produkte in Höhe der Durchschnittswerte der letzten fünf Jahre in die Ukraine zu exportieren." Berichten von Euractiv zufolge exportierte Bulgarien von Januar bis Novem-

ber 2022 Brennstoffe im Wert von 700 Millionen Euro in die Ukraine, was einer 1000-fachen Steigerung im Vergleich zu den Umsätzen bulgarischer Unternehmen vor dem Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und etwa einem Prozent des gesamten bulgarischen Wirtschaftsvolumens entspricht.[4]

Streitfrage Waffenlieferungen

Die Debatte um Waffenlieferungen in die Ukraine traf in Bulgarien auf einen Nerv und wurde als eine Frage der Identität und Zugehörigkeit mit besonderer Heftigkeit geführt. So konstatierte beispielsweise Atanas Atanaso, der Ko-Vorsitzende der Demokratischen Partei Bulgariens, schon im April 2022, dass das Parlament zeigen müsse, dass es Teil der westlichen Welt sei und die Demokratie unterstütze[5], obwohl sich zu diesem Zeitpunkt nach Umfragen von Euractiv fast 70% der Bevölkerung für ein neutrales Verhalten Bulgariens im Ukraine-Krieg aussprachen.[6] Noch deutlicher wird die Polarisierung des Diskurses anhand von Äußerungen des Leiters der Friedrich-Naumann-Stiftung in Bulgarien, Martin Kothé, der bezüglich der anstehenden Wahlen im April 2023 sagte, dass die Bulgar*innen vor der Wahl stünden, ob sie „für die Freiheit [...] und für die damit verbundenen Möglichkeiten für persönliche Entfaltung und Wohlstand?“ stimmen oder „einem brutalen Aggressor auf den Leim gehen [wollen], der sein eigenes Volk unterdrücken und verheizen muss, um seine imperialen Gelüste zu befriedigen.“[7] Auch Äußerungen des ehemaligen bulgarischen Außenministers Daniel Mitow, der verlautbaren ließ, dass „die Liste der Länder, die der Ukraine helfen, eine Liste zivilisierter Länder sei und dass er wolle, „ (…) dass Bulgarien auf dieser Liste steht“, verdeutlichen die identitäre Komponente des Diskurses.[8] Der bulgarische Präsident Rumen Radev positioniert sich seit Beginn des russischen Angriffskriegs konsequent gegen Waffenlieferungen in die Ukraine und wurde für seine Haltung zuletzt immer stärker verurteilt.[9] Im Frühjahr 2023 sorgte eine Recherche des Springer-Verlages für empörte Reaktionen, die Bulgarien reißerisch als das Land darstellte, das heimlich die Ukraine rettete und öffentlich bekannt machte, dass die bulgarische Rüstungsindustrie, trotz der monatelangen Weigerung der Regierung, Waffen in die Ukraine zu liefern, seit dem 24. Februar 2022 durch indirekter Waffen- und Treibstoffexporte enorme Gewinne erwirtschaftete. Die Vorsitzende der Bulgarischen Sozialistischen Partei, Kornelia Ninowa, reagierte am 18. Januar 2023 auf die Recherche, indem sie behauptete, dass Bulgarien „keine einzige Patrone an die Ukraine geliefert“ habe,[10] bestätigte aber auf eine parlamentarische Anfrage hin, dass sich der Export von Kriegsgerät im Zeitraum zwischen dem 1. März und dem 30. Juni 2022 im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht habe.[11] Der ehemalige Premierminister Bulgariens, Kiril Petkow, bestätigte ebenfalls, dass es „direkte Waffenlieferungen an die Ukraine nicht gegeben“ habe, da lediglich „unsere Partner (…) die Waffen von der bulgarischen Industrie gekauft“ hätten.[12] Die bis Dezember 2022 gültige Entscheidung des bulgarischen Parlaments, keine Waffen an die Ukraine zu liefern, wurde unter Druck der Öffentlichkeit und der Bulgarischen Sozialistischen Partei getroffen. Im Juni 2023 verkündete nun allerdings die neue bulgarische Regierungskoalition aus der pro-Europa Partei GERB und der im Zuge von Antikorruptionsprotesten 2021 entstandenen Partei „Wir setzen den Wandel fort“, nur einen Tag nach ihrem Amtsantritt, dass Bulgarien zeitnah Waffen an die Ukraine liefern werde, da nur so „Sicherheit und Stabilität in der Schwarzmeerregion und in Südosteuropa“ und eine Zukunft der Region garantiert werden könne. „Wir werden Sicherheit haben, wenn der letzte Besatzer die Grenze der Ukraine verlässt und die aggressiven Absichten des Kremls blockiert werden“, so der neue Verteidigungsminister Bulgariens, Todor Tagarev.[13]

Neue Battlegroup und vielsagende Personalentscheidungen

Auch die permanente Stationierung zusätzlicher NATO-Battlegroups in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und der Slowakei nach dem NATO-Treffen in Brüssel vom 24. März 2022 sorgte in Bulgarien für innenpolitische Konflikte, die teilweise auch mit Personalwechseln einhergingen. So äußerte sich beispielsweise der ehemalige bulgarische Verteidigungsministers Stefan Yanev schon am Vorabend des Krieges im Dezember 2021 dahingehend, dass Bulgarien keine zusätzlichen NATO-Truppen im Land brauche. Der ehemalige Armeegeneral Yanev äußerte via facebook auch die Befürchtung, dass die Stationierung zusätzlicher NATO-Truppen zu einer nicht erstrebenswerten Erhöhung von Spannungen in der Region führen könne.[14] Darauf reagierte der damalige Premierminister Kiril Petkov einen Tag später mit der Aussage, dass es sich bei der Position Yanevs nur um eine persönliche Meinung handle und dass er es für den besten Weg halte, „die Politik der Europäischen Union und der NATO an unserer Ostgrenze fortzusetzen“, da es im Interesse Bulgariens sei, „dass in der Nachbarschaft kein Kriegsrecht herrscht.“[15] Yanev wurde nach Kriegsbeginn gefeuert und durch Dragomir Zakov, einen Diplomaten und bis dato Ständigen Repräsentanten Bulgariens bei der NATO in Brüssel, ersetzt. Am Vorabend des NATO-Gipfels in Vilnius kam es zu einer weiteren kuriosen Personalentscheidung: Auf einer Kabinetts-

sitzung am 21. Juni 2023 wurde beschlossen, dass der neue bulgarische Premierminister Nikolai Denkov statt dem Präsident Roumen Radev, der Bulgarien bereits bei Gipfeltreffen in Wales, Madrid und Brüssel vertrat, die offizielle bulgarische Delegation beim Nato-Gipfel in Vilnius am 11. und 12. Juli leiten werde.[16] Die Entscheidung, dass Denkov und nicht der Waffenlieferungsgegner Radev die bulgarische Delegation beim Nato-Gipfel leitete, stand im Widerspruch zu der seit mehr als einem Jahrzehnt geübten Praxis, dass das bulgarische Staatsoberhaupt an solchen Gipfeltreffen teilnimmt. Die Außenministerin Maria Gabriel kommentierte die Entscheidung bezüglich Radev wie folgt: „Ich denke, es sollte berücksichtigt werden, dass in dieser Situation, in der wir zum ersten Mal in zwei Jahren, nach fünf Wahlen, eine reguläre Regierung haben, die sich selbst als euro-atlantisch bezeichnet, es richtig ist, dieser Regierung die Gelegenheit zu geben, dies in den Foren eines so großen Formats zu erklären und die Führung zu übernehmen".[17]

Bulgarische Friedensbewegung?

In Anbetracht der angeführten Umfragen zur Stimmung in der bulgarischen Bevölkerung, liegt es nah, dass die innenpolitischen Debatten zur Stationierung einer neuen multinationalen Battlegroup und zu Waffenlieferungen in die Ukraine immer wieder von Protesten begleitet wurden. Schon während des Besuchs des US-Verteidigungsministers Lloyd Austin im März 2022 in Bulgarien kam es zu großen Demonstrationen, bei denen Parolen wie „NATO out", „No to Sanctions against Russia" oder „Down with the US and NATO" gerufen und bulgarische sowie russische Fahnen vor dem bulgarischen Verteidigungsministerium geschwenkt wurden.[18] Wichtig zu betonen ist, dass die Anti-NATO- und Anti-Kriegs-Proteste in Bulgarien von nationalistischen und rechtsextremen Akteur*innen, wie Anhänger*innen der Parteien Vazrashdane oder Ataka, dominiert werden. Die Partei Ataka, die maßgeblich an Protesten gegen das sogenannte „Defense Cooperation Agreement" von 2006 beteiligt war, fand so beispielsweise 2021 in zwei Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Erwähnung. Diese verurteilten unter anderem, dass bulgarische Institutionen es versäumten „Wolen Siderow, den rechtsextremen Vorsitzenden der pro-russischen Partei Ataka (Attacke), wegen seiner antisemitischen und romafeindlichen Äußerungen zu verwarnen oder zu verurteilen."[19] Die pro-russische Partei Vazrazhdane, „Wiedergeburt", die bei den bulgarischen Wahlen im Oktober viertstärkste Kraft wurde und es im April 2023 sogar zur drittstärksten Kraft im Parlament brachte, war beispielsweise im Januar 2022 auch an einem Versuch von Impfgegner*innen beteiligt, das Parlament zu stürmen. Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2022 war sie allerdings auch die Partei, die mit 5,3% im Vergleich zu November 2021 den stärksten Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte.

Austausch alter Waffen

Wenn sich das Vorgehen der NATO ähnlich gestalte wie 2017 im Baltikum, so Martin Kirsch in der IMI-Analyse „Gastgeber wider Willen", werde auf die Stationierung der Battlegroups eine Phase der weiteren Integration der nationalen Streitkräfte in die Strukturen der NATO folgen. Dafür müsse vor allem in der Slowakei und in Bulgarien Militärtechnik sowjetischer Bauart durch Militärtechnik nach NATO-Standard ersetzt werden, wodurch die transatlantische Bindung und die Loslösung von Russland gestärkt werde. „Zudem können sich auch deutsche Rüstungskonzerne (…) in diesem Prozess prächtige Geschäfte erhoffen", so die Prognose Ende März 2022.[20] Ambitionen zum Austausch alter Waffen in Bulgarien wurden seit März 2022 vor allem im Bereich der Kampfflugzeuge bekannt. „Bulgariens MiG-29 pfeifen auf dem letzten Loch", so der Titel eines Artikels der Militärzeitschrift Flugrevue von Ende November 2022.[21] Die bulgarischen MiG-29 Jets, von denen Ende 2022 nach Angaben von Flugrevue nur noch 6 von 11 einsatzfähig waren, sollen daher im Jahr 2025 durch F-16 Block 70 Kampfjets des amerikanischen Rüstungsunternehmens Lockheed Martin ersetzt werden. Bis zur verspäteten Ankunft der 16 neuen F-16-Kampfjets aus den USA im Jahr 2025 wird Bulgarien auf NATO-Verbündete angewiesen sein, um „den Luftraum dieses wichtigen Teils der Ostflanke des Bündnisses zu schützen." Über Unterstützung bei der Verteidigung des bulgarischen Luftraums wird derweil mit Schweden, Frankreich und Israel verhandelt, wobei Bulgarien nach Angaben von Euractiv „die größten Chancen hat, französische Mirage-2000-Zerstörer oder schwedische Gripen zu erhalten".[22] Vor allem in der 2020 beschlossenen 10-Jahres Roadmap für Sicherheitszusammenarbeit Bulgariens mit den USA klingt ein deutliches Interesse am Austausch alter Waffen sowjetischer Bauart an. So sprach beispielsweise der damalige US-Verteidigungsminister Mark Esper im Oktober 2020 von einem gemeinsamen Interesse bezüglich der Modernisierung der Verteidigung und der Sicherheitszusammenarbeit im Schwarzmeerraum.[23]

Fazit

Schon im Oktober 2020 äußerte sich so der ehemalige US-Verteidigungsminister Esper anlässlich der Ratifi-

zierung der 10-Jahres Roadmap für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Bulgarien dahingehend, dass er Bulgarien und andere Bündnispartner ermutigen wolle, „sich für das Ausgabenziel von 2 Prozent des BIP einzusetzen.“[24] Eine Äußerung, die er direkt im Anschluss formulierte, wurde beim vergangenen NATO-Gipfel in Vilnius im Juli 2023 bittere Realität: „Denn Sie wissen, ich glaube, dass 2 Prozent eine Untergrenze und keine Obergrenze sein sollten.“[25] Der Wettkampf Russlands und der NATO um die Vorherrschaft im Schwarzmeerraum hinterlässt in den Anrainerstaaten deutliche Spuren, in denen der Schrei nach mehr Investitionen in den Verteidigungshaushalt und mehr Waffenlieferungen in die Ukraine teilweise für starke innenpolitische Kontroversen und Konflikte sorgt. Bei der Betrachtung der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Bulgarien wird deutlich, dass seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine eine enorme Verschiebung des politischen Diskurses stattfand, bei der sich eine zunächst ablehnende Haltung der Regierung zu Waffenlieferungen in die Ukraine dahingehend wandelte, dass die Zugehörigkeit zur EU- und NATO in einem von Identitätspolitik geprägten Diskurs vehement beteuert, Aufrüstungspläne umgesetzt und NATO-kritische Äußerungen und Haltungen mitunter mit Personalwechseln „geahndet“ wurden. Dies steht im Widerspruch zur mehrheitlichen Meinung der bulgarischen Bevölkerung, in der eine neutrale Haltung Bulgariens zum Ukraine-Krieg gefordert und zu Recht befürchtet wird, dass Waffenlieferungen Bulgarien direkt in den Krieg verwickeln könnten. Dass die Proteste gegen Rüstungslieferungen in die Ukraine und gegen die NATO in Bulgarien von nationalistischen und teilweise rechtsextremen Akteur*innen dominiert werden, sollte, wie erwähnt, nicht vergessen und mit großer Besorgnis zu Kenntnis genommen werden. Auch die bedeutende Rolle bulgarischer Rüstungsunternehmen, die als größte Produzent*innen von Munition sowjetischer Bauart in Europa enorm vom Krieg in der Ukraine profitieren und die Rolle bulgarischer Raffinerien, sollte in Zukunft bei antimilitaristischen Überlegungen zum Ukraine-Krieg stärker berücksichtigt werden. Es bleibt mehr als notwendig für Frieden und Abrüstung und gegen die kommenden Kürzungen im Sozialhaushalt in Verbindung mit dem neuen 2% Ziel zu streiten.

Anmerkungen

1 Volker Pabst: Rosen sind einfach romantischer als Waffen, nzz.ch, 7.5.23.
2 Antonia Kotseva, Krassen Nikolov: Ukraine kauft große Mengen russischer Kraftstoffe aus Bulgarien, Euractiv.com, 19.1.23
3 Ebd.
4 Ebd.
5 Krassen Nikolov: Bulgarien wird wohl doch Waffen an die Ukraine liefern, euractiv.de, 4.4.22.
6 Krassen Nikolov: Ukraine bittet Bulgarien um schwere Waffen, euractiv.de, 7.6.22.
7 Alexander Andreev: Waffenlieferungen über NATO-Partner: Wie Bulgarien die Ukraine bewaffnete, dw.com, 19.1.23.
8 Krassen Nikolov: Bulgarien bereitet erstmals Militärhilfe für die Ukraine vor, euractiv.de, 3.11.22.
9 Sofia Globe: Bulgaria’s PM dismisses talk of supplying weapons to Ukraine, sofiaglobe.com, 18.3.22.
10 Alexander Andreev: Waffenlieferungen über NATO-Partner: Wie Bulgarien die Ukraine bewaffnete, dw.com, 19.1.23.
11 Ebd.
12 Ebd.
13 The Sofia Globe: Bulgaria to provide military aid to Ukraine, sofiaglobe.com, 7.6.23.
14 Georgi Gotev, Krassen Nikolov: Defence minister’s NATO stance creates new tensions, euractiv.com, 23.12.21.
15 Ebd.
16 The Sofia Globe: Bulgaria’s new government withdraws previous administration’s obstacles to arms for Ukraine, sofiaglobe.com, 21.6.23.
17 Ebd.
18 TeleSUR: US Defense Secretary Trip to Bulgaria Met by Anti-NATO Rally, telesurenglish.net, 20.3.22.
19 Krassen Nikolov: Bulgarien verurteilt, Holocaust-Leugnung und Antisemitismus toleriert zu haben, euractiv.de, 17.2.21.
20 Martin Kirsch: Gastgeber wider Willen?, imi-online.de, 31.3.22.
21 Patrick Zwerger: Bulgariens MiG-29 pfeifen auf dem letzten Loch, flugrevue.de, 28.11.22.
22 Krassen Nikolov: Bulgarien drohen zwei Jahre ohne Kampfjets, euractiv.de, 7.2.23.
23 Jim Garamone: U.S., Bulgaria Chart 10-Year Road Map for Military Cooperation, defense.gov, 6.10.20.
24 NATO: Multinational battlegroup in Bulgaria completes its biggest exercise yet, natomultimedia.tv, 17.8.22.
25 US-Department of Defense: U.S., Bulgaria Chart 10-Year Road Map for Military Cooperation, defense.gov, 6.10.20.

NATO-Gipfel in Vilnius

Streitkräftemodelle, Verteidigungspläne und 2%-Jackpot

von Jürgen Wagner

Noch 2019 attestierte der französische Präsident Emmanuel Macron der NATO, sie sei mehr oder weniger hirntot – einige Jahre und einen russischen Angriff auf die Ukraine später, erweist sich das westliche Militärbündnis allerdings als quicklebendig. Bereits im Zuge des letzten Gipfels in Madrid traf das Bündnis weit reichende Entscheidungen, um künftig „besser" gegen Russland gerüstet zu sein. Vieles was damals angeschoben wurde, erfuhr nun beim Gipfeltreffen in Vilnius am 11. und 12. Juli 2023 eine weitere Präzisierung und Verschärfung. Das gilt insbesondere für das NATO-Streitkräftemodell sowie den NATO-Verteidigungsplan – neu und von erheblicher Tragweite ist vor allem das neue Ausgabenziel, das nicht zuletzt mit den zusätzlichen Ressourcen begründet wird, die Verteilungsplan und Streitkräftemodell benötigen würden. Wird dieses Ausgabenziel umgesetzt, gehen damit Zusatzausgaben in dreistelliger Milliardenhöhe einher, was in vielen Ländern drastische Sparmaßnahmen erfordern wird. In Deutschland breiten interessierte Kreise bereits den Argumentationsteppich aus, dass man deshalb um Kürzungen bei den Sozialausgaben perspektivisch nicht herumkommen werde.

Deutschland vorn beim Streitkräftemodell

Voriges Jahr beschloss die NATO, ihre bisherige Präsenz von je einem Bataillon (~1.500 Soldat*innen) in den drei baltischen Staaten und Polen um vier weitere Länder der Ostflanke zu erweitern (Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien) und die Truppengröße zumindest in einigen Ländern auf Brigadestärke (~3.000-5.000 Soldat*innen) auszubauen. Im Vorfeld des Vilnius-Gipfels erklärte in diesem Zusammenhang Deutschland Ende Juni jetzt als erstes NATO-Mitglied seine Bereitschaft, das von ihm geführte litauische NATO-Bataillon dementsprechend auszubauen – sofern die NATO dies für vereinbar mit den übrigen Verteidigungsplänen erklären würde, was kurz vor Gipfelbeginn geschah. 4.000 Soldat*innen der Bundeswehr sollen in Litauen stationiert werden – hinzu kommen ihre Familien, Kindergärten, Schulen, Supermärkte usw. (siehe IMI-Analyse 2023/29). Inzwischen wird hier mächtig aufs Tempo gedrückt – noch während des Vilnius-Gipfels war zu lesen: „Das Vorhaben, eine deutsche Brigade in Litauen dauerhaft zu stationieren, wird konkreter. In den kommenden Monaten sollen die Pläne zur Umsetzung ausgearbeitet werden und noch vor Ende des Jahres beschlossen werden." (Europäische Sicherheit und Technik, 12.7.2023)

Ganz vorne dabei ist Deutschland auch beim neuen NATO-Streitkräftemodell (NSM), das ebenfalls voriges Jahr auf den Weg gebracht wurde. Es sieht vor, 100.000 Soldaten und Soldatinnen innerhalb von zehn Tagen, weitere 200.000 bis Tag 30 und zusätzliche 500.000 bis Tag 180 mobilisieren zu können: Deutschland hat für den ersten Bereitschaftsgrad bis 2025 eine voll ausgestattete Division (~15.000-20.000 Soldat*innen) zugesagt, 2027 soll ein zweiter und bis 2030 ein dritter dieser Großverbände folgen. Das ist ein – vorsichtig formuliert – ambitioniertes Vorhaben, das in die Entwicklung eines neuen Verteidigungsplans eingebettet ist, der auf dem Vilnius-Gipfel verabschiedet wurde.

Verteidigungsplan: Militarisierung jedes Winkels

Allzu viel Konkretes ist über den neuen NATO-Verteidigungsplan nicht in Erfahrung zu bringen, seine Details sind unter Verschluss. Er soll mehrere tausend Seiten umfassen, in denen laut Die Welt (13.7.2023) bis ins kleinste Detail und über die gesamte Ostflanke Soldat*innen und Gerät geografisch zugeordnet werden: „Die insgesamt mehr als 4000 Seiten starken Verteidigungspläne beschreiben detailliert, wie kritische Orte im Bündnisgebiet durch Abschreckung geschützt und im Ernstfall verteidigt werden sollten. Als mögliche Orte für einen Angriff gelten das Grenzgebiet zwischen Norwegen, Finnland und Russland, das Baltikum, aber auch die Schwarzmeerküste mit den Nato-Mitgliedern Rumänien und Bulgarien. In

Land	Haushalt 2023	Anteil %/BIP	Haushalt 2%/BIP	Anstieg
Montenegro	131	1,87	140,11	9,11
Nordmazed.	294	1,87	314,44	20,44
Albanien	371	1,75	424,00	53,00
Bulgarien	1855	1,84	2016,30	161,30
Kroatien	1395	1,79	1558,66	163,66
Slowenien	928	1,35	1374,81	446,81
Luxemburg	609	0,72	1691,67	1082,67
Dänemark	6675	1,65	8090,91	1415,91
Portugal	4167	1,48	5631,08	1464,08
Tsch- Republ	5033	1,5	6710,67	1677,67
Norwegen	8814	1,67	10555,69	1741,69
Niederlande	16741	1,7	19695,29	2954,29
Frankreich	56649	1,9	59630,53	2981,53
Belgien	7076	1,13	12523,89	5447,89
Türkei	15842	1,31	24186,26	8344,26
Spanien	19179	1,26	30442,86	11263,86
Italien	31585	1,46	43267,12	11682,12
Kanada	28950	1,38	41956,52	13006,52
Deutschland	68080	1,57	86726,11	18646,11
Gesamt			356936,93	

Haushaltsangaben und Anstieg in Mio. Dollar. Quelle: NATO und eigene Berechnungen

den Plänen wird auch definiert, welche militärischen Fähigkeiten notwendig sind. Neben Land-, Luft-, und Seestreitkräften sind auch Cyber- und Weltraumfähigkeiten eingeschlossen."

In den als besonders „kritisch" eingestuften Regionen soll die NATO-Vorwärtspräsenz erhöht werden, wie dies im Falle der deutschen Ankündigung einer Litauen-Brigade bereits im Gange ist. Auch Kanada will seine Präsenz in Lettland um bis zu 1200 zusätzliche Militärs erhöhen, wie vor wenigen Tagen bekannt gegeben wurde. Ob es absehbar auch zu einem weiteren Ausbau in der ohnehin bereits hochgradig militarisierten Schwarzmeerregion kommt (siehe IMI-Studie 2023/1), bleibt abzuwarten, ist aber ebenfalls alles andere als ausgeschlossen.

Generell sollen nun wieder klare regionale Zuständigkeiten existieren, denn genau genommen wurde nicht ein, sondern drei regionale Verteidigungspläne auf dem NATO-Gipfel verabschiedet: „Ein Plan beschäftigt sich mit der Sicherung des hohen Nordens sowie des Atlantikraums, die von Norfolk in den USA aus organisiert werden soll. Das Hauptquartier im niederländischen Brunssum ist für die Umsetzung des zweiten Plans zuständig, der Mitteleuropa vom Baltikum bis zu den Alpen abdeckt. Das dritte, ebenfalls als geheim eingestufte Dokument beschreibt den Schutz von Südosteuropa, inklusive des Schwarzen Meers und des Mittelmeers. Dies soll von Neapel geplant werden." (Süddeutsche Zeitung, 12.7.2023)

Entscheidend ist, dass es für diese Verteidigungspläne zwar detaillierte Auflistungen gibt, wieviel Personal und Material wo benötigt wird – vorhanden ist dies damit aber noch lange nicht. Und das liefert wiederum die Rechtfertigung für eine immense Aufstockung des NATO-Ausgabenziels, die ebenfalls in Vilnius unter Dach und Fach gebracht wurde.

2%-Jackpot: Rüstung durch Sozialabbau

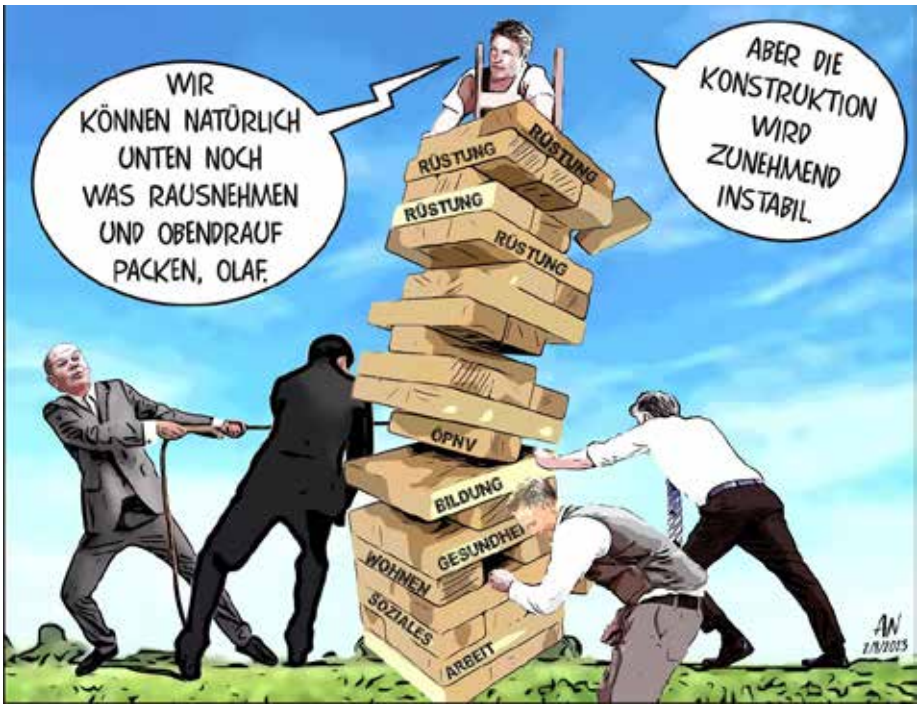
Das aktuelle NATO-Ausgabenziel („Defence Pledge“) stammt aus dem Jahr 2014, als sich die Mitgliedsländer beim Gipfeltreffen in Wales darauf verständigten, sich bis 2024 „in Richtung“ von Militärausgaben von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu bewegen. Die Formulierung als Richtwert hatte im Prinzip keine rechtlich bindende Wirkung, was zur Folge hatte, dass sich eine Reihe von Staaten – 19 der 31 Mitglieder – bislang teils deutlich unter diesem Ausgabeziel bewegen.

Damit soll jetzt Schluss sein – der Wortlaut der Abschlusserklärung, dem alle Mitgliedsstaaten zugestimmt haben, lässt hier wenig Spielraum mehr: „wir verpflichten uns dazu, jährlich mindestens 2 Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben“, dies sei erforderlich, um „die neuen NATO-Verteidigungspläne und das Streitkräftemodell mit Ressourcen auszustatten.“ (Ziffer 27) Zwar wird kein konkretes Jahr genannt, vermutlich soll die neue Regelung aber wohl bereits 2024 gelten – womöglich mit gewissen Übergangsfristen für Länder, die besonders drastische Erhöhungen schultern müssen. Jedenfalls ist relativ klar, dass es sich hier nun um eine verbindliche Untergrenze handeln soll: „Beim Nato-Gipfeltreffen beschlossen die Regierungen daher eine verbindlichere Sprachregelung: Sie blieben zwar bei der Investitionssumme von zwei Prozent der Wirtschaftsleistung. Diese ist allerdings kein Richtwert mehr, der eine Obergrenze beschreibt. Stattdessen sind die zwei Prozent künftig eine Untergrenze – ein Minimum, zu dem die Nato-Länder sich ‚dauerhaft verpflichten‘. Für manche Länder wird das zu erheblichen Mehrausgaben für das Militär führen.“ (Süddeutsche Zeitung, 11.7.2023)

Dabei ist es wichtig, sich immer wieder vor Augen zu führen, wie verharmlosend 2% des BIP angesichts der Dimensionen klingt, um die es hier tatsächlich geht. Tatsächlich redet man hier im deutschen Fall von Militärausgaben in Höhe von rund 20% des gesamten Haushaltes (siehe IMI-Standpunkt 2023/025). Noch vor Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine beliefen sich die Militärausgaben der NATO auf 1174 Mrd. Dollar und die Russlands auf 62 Mrd. Dollar. Die NATO-Ausgaben stiegen seither auf 1264 (2023) an, bei Russland auf 82 Mrd. Dollar (2023). Bei einer Umsetzung des NATO-Ausgabenziels kämen weitere 357 Mrd. Dollar hinzu – oder allein das Vierfache des gesamten russischen Militärhaushaltes (Daten Statista, Sipri oder NATO und eigene Berechnungen siehe Tabelle).

Man mag sich überhaupt nicht vorstellen, welche Kürzungsorgien ein Land wie Spanien, das aktuell 19 Mrd. Euro für sein Militär ausgibt (entspricht 1,26% des BIP), der Bevölkerung aufnötigen müssen wird, um die zusätzlichen 11 Mrd. Dollar loszueisen, die für eine Erreichung des NATO-Ausgabenziels von 2% des BIP erforderlich wären. In Deutschland werden kommendes Jahr wohl erstmals die 2% des BIP erreicht – allerdings nur durch die Entnahme von 19,2 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen. Wenn dieser Schuldentopf spätestens 2026 aufgebraucht ist, wird auch hierzulande das NATO-Ausgabenziel nur durch eine massive Kürzung des Sozialhaushaltes erreichbar sein (siehe IMI-Standpunkt 2023/025).

Kein Wunder fordern interessierte Kreise hierzulande bereits jetzt, Vorbereitungen auf die anstehenden Debatten zu treffen. Im führenden deutschen Militärmagazin hieß es schon vor dem NATO-Gipfel, man stehe vor der Wahl: „entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr.“ (Europäische Sicherheit & Technik, 4.7.2023) Noch während des Vilnius-Gipfels legte dasselbe Magazin in dieselbe Richtung nach: „Zudem wird das neue Zwei-Prozent-Minimum von Vilnius, also die massive Erhöhung der Verteidigungshaushalte vieler Mitgliedstaaten, für fundamentale gesellschaftliche Debatten sorgen. Eine Diskussion, die insbesondere Deutschland bevorsteht, sobald das Sondervermögen ausgebeben ist.“ (Europäische Sicherheit & Technik, 11.7.2023)



Grafik: Arno Neuber.

Closing the Implementation Gap

Militärische KI vor dem Durchbruch?

von Christoph Marischka

Mit der Künstlichen Intelligenz (KI) in der Kriegführung ist es ein wenig, wie in der Fabel vom Hirtenjungen und dem Wolf: Seit Jahrzehnten gab es immer wieder Konjunkturen, in denen die Industrie Durchbrüche bei der militärischen Anwendung von KI in Aussicht stellte und damit einerseits Erwartungen im Militär, aber auch Alarmierung in der Friedensbewegung und bei kritischen Informatiker*innen auslöste. Die tatsächlichen Fortschritte fielen jedoch gegenüber den Ankündigungen meist sehr bescheiden aus und vollzogen sich relativ unabhängig von den Konjunkturen der KI-Forschung und den sie begleitenden rüstungskeynsianistischen Programmen der Regierungen. Entsprechende Anwendungen dessen, was jeweils zeitgenössisch als KI verstanden wurde, folgten dabei eher getrennten Entwicklungspfaden in getrennten Anwendungsfeldern wie der Fernaufklärung, der Bilderkennung, der Logistik und der Erzeugung von Trainings- und Simulationsumgebungen. Häufig griffen die Militärs dabei auf Technologien zurück, die bereits zuvor auf zivilen Massenmärkten etabliert worden waren, z.B. in der Spiele-Industrie oder Softwareentwicklungen für das Ressourcenmanagement von Unternehmen.

Der aktuelle Hype um KI allerdings könnte sich von den bisherigen Konjunkturen unterscheiden und tatsächlich disruptive Veränderungen auf den Schlachtfeldern hervorbringen. Vieles spricht dafür, dass dies aktuell bereits der Fall ist – nicht nur in der Ukraine. Und einiges spricht dafür, dass diese Entwicklung noch am Anfang steht und sich noch deutlich beschleunigen könnte.

„Es geht um konkrete Lösungen“

Davon zeugte beispielsweise eine Veranstaltung des „Anwenderforum[s] für Fernmeldetechnik, Computer, Elektronik und Automatisierung“ (AFCEA) Bonn. Hinter dem als gemeinnützig anerkannten Verein steht ein Netzwerk von Unternehmen aus der IT- und Rüstungsindustrie, Militärs und Ministerialbeamt*innen. In seiner Außendarstellung bezeichnet sich der Verein meist als „Dialogplattform“, macht aber zugleich z.B. in der aktuellen Selbstbeschreibung auf seiner Homepage keinen Hehl aus der primär militärischen bzw. rüstungspolitischen Ausrichtung seiner Arbeit – zumindest in historischer Hinsicht: „Gegründet wurde AFCEA International 1946 von Angehören der US-Streitkräfte zur Verbesserung des Fernmeldewesens. Der deutsche Verein geht auf die Initiative von Soldaten zurück, die 1983 den Austausch rund um Informations- und Kommunikationstechnik (ITK) im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich fördern wollten.“[1]

Zu den Aktivitäten des Vereins gehört neben zahlreichen kleineren Veranstaltungen eine jährliche Fachausstellung, die sich in den letzten Jahren zunehmend auf ein zuvor bestimmtes „Jahresthema“ bezog. Sowohl 2022 wie 2023 begann dieses Jahresthema mit den Worten „(Künstliche) Intelligenz & Innovation“, worauf 2022 noch „Chance für Mensch und Technik“ folgte. 2023 standen demgegenüber bereits im Titel „konkrete Nutzungsmöglichkeiten“ im Mittelpunkt: „Wir werden uns im Jahr 2023 mit konkreten Lösungen und bereits in der Nutzung befindlichen oder kurz vor der Einführung stehenden Anwendungsmöglichkeiten befassen. Es geht um konkrete Lösungen.“[2] Die Fachausstellung fand am 10. und 11. Mai im World Conference Center Bonn statt, der im Verhältnis zu seinem Namen eher bescheidene Dimensionen aufweist. Ein kleines Grüppchen Friedensbewegter führte am ersten Tag der Messe weitgehend unbehelligt eine Kundgebung direkt vor dem Haupteingang durch.

Die redundante Bezugnahme in der Ankündigung auf das „Konkrete“ ist einerseits Hinweis auf ein fehlendes oder schlechtes Lektorat, fast schon eine Ignoranz gegenüber der Sprache jenseits von Schlagwörtern, die auch im Heft zur Ausstellung zum Ausdruck kommt. Man könnte sie aber auch als Symptom der Begeisterung oder Zuversicht, die bei Herstellern und Anwendern herrscht, verstehen. Die einleitenden Worte zum Ausstellungsheft stammen von Brigadegeneral Armin

Fleischmann, Vorsitzender von AFCEA Bonn und zugleich beim BMVg in der Abteilung „Methoden und Digitales“ tätig, die u.a. für die Bereiche Forschung, Technologie und Innovationsmanagement zuständig ist. Er schreibt von einer „digitalen Zeitenwende“ und dass sich KI gegenwärtig „mit ungeahnten Möglichkeiten und einer rasenden Geschwindigkeit“ entwickle. Die daraus sich ergebenden Chancen seien „mutig“ und „schneller“ zu ergreifen. Dabei blicke man „auch kritisch auf (selbst auferlegte) Hürden, ohne dabei die ‚menschliche‘ Intelligenz nicht[sic?] zu vergessen“.[3]

Ein disruptives Mindset, bei dem zwischen großen Worten und Ankündigungen der Sinn auch mal auf der Strecke bleiben kann, gehört hier freilich zum Geschäft und natürlich sollte man in der Einleitung eines Ausstellungsheftes, das werben und Erwartungen wecken soll, auch keine nachdenklichen Zwischentöne erwarten. Die Wahrnehmung, dass man vor großen Umbrüchen steht, durchzieht allerdings auch die Abstracts der 39 „Industrievorträge“, die in einem weiteren, vorab veröffentlichten Heft zur Ausstellung abgedruckt waren.[4] Es war vermutlich kein Zufall, dass der erste dieser Vorträge einen Titel trug, der die Stimmung in der Industrie aktuell ganz gut auf den Punkt bringt: „Closing the implementation Gap“ - sinngemäß: Die Lücke zur Umsetzung füllen. Dieser Vortrag wurde von der Bechtle AG mit Hauptsitz in Neckarsulm initiiert, zu der es (Stand August 2023) auf de.wikipedia.org heißt: „Schwerpunkte sind der Handel mit Hard-, Software und IT-Dienstleistungen sowie der Betrieb und die Wartung von IT-Infrastruktur bei gewerblichen und öffentlichen Auftraggebern“. Zu seinen Großkunden zählt das Unternehmen u.a. die EU-Kommission, die NATO und die Bundeswehr.

KI im Gefecht - „seriennah“

Viele der Vorträge stellen konkrete Produkte der jeweiligen Unternehmen in den Mittelpunkt. So etwa der Vortrag „Der KI-unterstützte Feuerkampf“ von Rheinmetall, in dem das System ATTAC vorgestellt werden sollte, welches für zukünftige „Gefechtsfahrzeuge“ die „aktuelle und seriennahe Verwendung von KI für die Objekterkennung und -klassifizierung in Echtzeit“ leisten soll. Hierdurch solle die „Fahrzeugbesatzung im Bereich der Beobachtung und Zielerfassung sowie in der Entscheidungsfindung und Wirkung entlastet werden“, indem die Fahrzeuge „die Fähigkeit [erlangen] selbstständig aufzuklären, erkannte Objekte zu klassifizieren und in die Bedrohungslage einzuordnen“. Ein weiterer Beitrag stammt von einem demgegenüber kleinen und jungen Unternehmen, der Vected GmbH aus Fürth, das Wärmebildgeräte für die Jagd, Polizei und Militär herstellt und dabei auf Künstlichen Neuronale Netze setzt. In der Ankündigung des Vortrages heißt es: „Künstliche Intelligenz (KI) und vor allem künstliche neuronale Netzwerke sind in der Verarbeitung von Bilddaten längst Standard. Beeindrukkende Ergebnisse in den Bereichen Klassifizierung, Detektion, Lokalisation und Segmentierung sind für zukünftige Anwendungen in der Wehrtechnik vielversprechend“. Konkret geht es im Vortrag um die bislang unzureichende Verfügbarkeit von Trainingsdaten im „Wärmebildbereich“, insbesondere im „Verteidigungs- und Sicherheitsbereich“, und wie diese durch „die Verwendung von künstlich erzeugten Daten“ überwunden werden könne. Einem Beitrag auf dem „Wärmebildblog“ der Firma kann man entnehmen, dass sie hierzu mit dem Unternehmen Thermoanalytics München zusammenarbeitet, das zusammengesetzte, mit synthetischen Daten (in diesem Fall von einem Panzer) angereicherte Trainingsdaten liefert. Thermoanalytics hatte selbst einen weiteren Industrievortrag angemeldet, in dem es seine synthetisch erzeugten Trainingsdaten für die Bilderkennung vorstellt und bewirbt (Titel: Automated synthetic infrared image generation for AI applications).

An verschiedenen Stellen versichert auch Vected wie die Rüstungsindustrie insgesamt gerne: „In letzter Instanz ist es immer der Mensch, der eine Entscheidung über seine weiteren Handlungen trifft“. Wie allerdings die Entscheidungsunterstützung (vermeintlich) aussieht, welche die KI dem Menschen als Handlungsgrundlage bereitstellt, illustriert die Bebilderung eines Artikels aus der Zeitschrift Wehrtechnik (kurz: wt), welcher über die Homepage des Unternehmens zugänglich gemacht wird. Es zeigt ein (vermeintliches) Wärmebild einer Situation an einem Interface, in dem offenbar eine Funktion „threat detection“ aktiviert ist. Das eigentliche Bild ist durch Text und Grafiken angereichert, die vier Personen identifizieren und ihnen jeweils einen Prozentwert (zwischen 5% und 93%) zuweisen, mit dem es sich bei der entsprechenden Person um eine „Bedrohung“ handelt.[5]

Die Ankündigung des Vortrages der PlathGroup denkt da schon ein Stückchen weiter (oder kürzer). Dabei geht es im Kern um die Datenfusion, also die Vernetzung und KI-gestützte, gemeinsame Auswertung verschiedener Sensoren und anderer Datenquellen (z.B. soziale Medien). Im Abstract heißt es zu den damit verbundenen „Herausforderungen“: „So können KI-Algorithmen beispielsweise anfällig für Verzerrungen, Fehler und gegnerische Angriffe sein, rechtliche und ethischen Bedenken sind ebenfalls relevant. Insbesondere wenn Entscheidungskompetenzen in der Prozesskette (Sensor to Shooter) abgetreten werden würden“.[6]

KI im Informationskrieg

Auch an der Heimatfront und im Informationskrieg stehen KI-Anwendungen offenbar bereits zur Nutzung bereit oder befinden sich gar schon in der Anwendung. So hat die Somtxt UG, „eine Analysefirma in Rostock, die auf die Verarbeitung und Mustererkennung in großen Textdatenbeständen spezialisiert ist“, einen Industrievortrag unter folgendem Titel angemeldet: „Mit künstlichen neuronalen Netzen orchestrierte Meinungsmanipulation zielgenau aufklären“. Vorgestellt werden sollten der „von der Somtxt UG entwickelte Algorithmus Textrapic“ und die Plattform „Kalevi“: „Die Somtxt UG kann unter der Einbindung zweier sehr populärer sozialer Netzwerke mehrere tausend Web-Seiten innerhalb weniger Tage identifizieren, auf denen Verschwörungserzählungen, Propaganda oder Falschnachrichten kultiviert und von APM Teams verbreitet und in manipulativer Absicht künstlich verstärkt werden, wahlweise in russischer, englischer, spanischer, französischer und weiteren Sprachen… In unserem Industrievortrag zeigen wir den Datenverarbeitungsprozess und die Mustererkennung mit künstlichen neuronalen Netzen in der Kalevi-Plattform, sowie die Binnenstruktur fremdstaatlich gesteuerter Meinungsmanipulation exemplarisch auf. An verschiedenen Beispielen erfolgreicher Mustererkennung geben wir dem Fachpublikum einen tiefen Einblick in die Wirkmechanismen und grundlegenden Eigenschaften manipulativer Kampagnenarchitekturen, um zu verdeutlichen, in welcher Qualität und vor allem Quantität sich die wachsende Herausforderung der Meinungsmanipulation darstellt.“ Auch die rola Security Solutions GmbH aus Oberhausen spricht in ihrem Abstract von einem „gesteigerte[n] Bedarf, Meta- und Contentinformationen aus gängigen Social Media Kanälen zu erheben“ und will hierfür „KI-basierte Objekterkennung“ zur Verbesserung des Lagebildes einsetzen. Der Vortrag scheint dabei primär auf militärische Anwendungen abzuzielen. Auf seiner Homepage bezeichnet sich das Unternehmen, das seit 2014 T-Systems gehört, als „Partner Nr. 1 für deutsche Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“ und einen der „verlässlichsten Anbietern von IT-Lösungen im Bereich der Inneren und Äußeren Sicherheit“.[7]

GovTech

GovTech ist ein relativ neuer Begriff. Ein entsprechender Eintrag existiert bislang lediglich in der deutschsprachigen Wikipedia, wurde im Dezember 2022 angelegt und blieb seit dem weitgehend unverändert. Als treibende Kraft bei der Etablierung des Begriffs wirkt das Londoner Unternehmen Public, das 2016 von einem Investor und einem ehemaligen Regierungsbeamten gegründet wurde. 2018 veröffentlichte Public gemeinsam mit der Kapital- und Beratungsgesellschaft accenture eine Broschüre unter dem Titel „GovTech: Europe‘s next opportunity“, in der auch für den ersten „GovTech Summit“ geworben wurde, demnach „das bislang größte Zusammentreffen von Offiziellen, Ministern und Unternehmern, das ausschließlich darauf ausgerichtet ist, wie neue Technologien öffentliche Dienstleistungen transformieren können“. Im selben Jahr entstanden erste Pilotprojekte in Polen und dem Vereinigten Königreich, 2019 auch in Dänemark und Litauen, zunächst v.a. als kleine Abteilungen von hohen Regierungsbehörden. Seit dem wird der Begriff v.a. von Beratungsunternehmen, die zugleich als Investoren fungieren, systematisch, aber zugleich Unscharf für die Schaffung von sog. „Ökosystemen“ verwendet, die Startups, öffentliche Verwaltung und Kapitalgeber zusammenbringen und innovative Lösungen für öffentliche Dienstleistungen entwickeln sollen. 2022 veröffentlichte das traditionell industrienahe Joint Research Centre der Europäischen Kommission einen Bericht über „GovTech-Praktiken in der EU“, welcher die Perspektiven und Empfehlungen der Beratungs- und Kapitalgesellschaften quasi deckungsgleich wiedergibt. Besonders in Deutschland und seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine wird der Begriff GovTech zunehmend in Verbindung mit der Digitalisierung der Streitkräfte etabliert. Wenn es allerdings in einem deutschsprachigen Blogbeitrag von Timo Graf von Koenigsmarck bei Capgemini heißt, „GovTech ist derzeit in aller Munde“, so trifft das doch allenfalls für die eigene Echokammer zu, die sich als nächstes vom 26.-28. Juli 2023 auf dem „Berliner Kongress wehrhafte Demokratie“ zu treffen scheint. Als „institutioneller Hauptpartner“ fungiert dabei dieses Jahr der Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), Platin-Partner ist das US-Unternehmen Palantir, „strategische Hauptpartner“ sind das Beratungsunternehmen PwC und das US-amerikanische SAS Institute – ein Unternehmen, das seit Jahrzehnten auf die statistische Auswertung von Daten gerade auch für sog. „Sicherheitsbehörden“ spezialisiert ist.

Als Redner angekündigt sind einerseits hochrangige Militärs, Vertreter*innen des Innenministeriums und verschiedenen Polizeibehörden sowie v.a. Politiker*innen der CDU auf der einen Seite sowie Vertreter*innen großer IT-Unternehmen, Startups und Kapitalgesellschaften andererseits. Nach eigenen Angaben stammten auf dem vorangegangenen Kongress wehrhafte Demokratie 2022 von den 233 Teilnehmenden 23% aus der Wirtschaft und 65% aus „Sicherheitsbehörden und andere[r] öffentlicher Verwaltung“.

Combat Clouds

Einer der Gründe, warum sich KI-Anwendungen auch bei der Bundeswehr in den nächsten Jahren in großem Umfang und mit großer Geschwindigkeit realisieren dürften, besteht darin, dass mit der aktuell tatsächlich umgesetzten Digitalisierung der Streitkräfte der jahrzehntealte Traum von der ‚Netzwerkzentrierten Kriegführung' wahr werden könnte. Mittlerweile sind auch bei der Bundeswehr viele Systeme, Sensoren und sog. ‚Wirkmittel' (Shooter), miteinander in (nahezu) Echtzeit vernetzt und die Interaktion zwischen Menschen und Schwärmen unbemannter Systeme, das sog. Manned- Unmanned Teaming (‚MUM-T'), wird auf verschiedenen Ebenen vorangetrieben. Voraussetzung hierfür sind ‚Informationsverbünde', für die sich in den letzten Jahren auch der Begriff ‚Combat Cloud' etabliert hat. Entsprechende Großprojekte der deutschen und europäischen Rüstung ziehen sich folgerichtig wie ein roter Faden durch die Industrievorträge. So beziehen sich alleine drei der 39 Abstracts explizit auf das Projekt D-LBO („Digitalisierung Landbasierter Operationen), mit dem perspektivisch „bis zu 25.000 Fahrzeuge und bis zu 155.000 Soldaten" untereinander vernetzt agieren können sollen.[8] Zwei Abstracts der FCAS-Industrievorträge beziehen sich explizit auf das FCAS („Future Combat Air System"), bei dem einzelne bemannte Kampfflugzeuge von ganzen Schwärmen unbemannter Flugzeuge begleitet werden sollen. Der Airbus-Konzern, der gemeinsam mit Thales hierfür die Combat Cloud entwickeln soll, nennt im Abstract seines Beitrages FCAS zwar nicht konkret, hat ihn aber mit „Anwendungsfälle für KI in der Multi-Domain Combat Cloud" überschrieben. Wenn es dort heißt, „[d]ie moderne Gefechtsführung" stehe „vor einem disruptiven Umbruch",[9] so dürfte damit zumindest auch der Beitrag von Airbus zum Flaggschiff der deutsch-französischen Rüstungskooperation gemeint sein.

Das „Future Combat Mission System" (fcms-germany.net), das in dieser Combat Cloud agieren soll, wird gemeinsam von Hensoldt, ESG, Rohde & Schwarz und Diehl entwickelt, die außer Diehl allesamt mit eigenen Industrievorträgen auf der AFCEA-Fachausstellung vertreten waren, Hensoldt z.B. mit einem eher grundsätzlichen bzw. strategischen Vortrag unter dem Titel „Partnerschaftlicher Ansatz der deutschen Industrie für Sensorfusion". Auch viele weitere, bisher ungenannte Beiträge beschäftigen sich mit Einzelaspekten und Komponenten zukünftiger oder bereits in der Umsetzung begriffener Combat Clouds – die deutsche Tochter des japanischen Technologiekonzerns Fujitsu beispielsweise mit der „Frage der (Trainings) daten und wie sie gewonnen werden".

Netzwerke, Risikokapital und Startups

Zum Programm der Messe gehörten neben den Industrievorträgen auch zwei größere Diskussionsrunden, darunter eine zur digitalen Verteidigung der Ukraine. Diese begann mit einem Impulsvortrag von Grundbert Scherf zur Rolle der Digitalisierung im dort wütenden Krieg. Scherf ist eine schillernde Persönlichkeit in der Szene, die in der Vergangenheit für die Unternehmensberatung McKinsey und das BMVg tätig (und eine der diskutierten Personalien in der sog. Berateraffäre) war, bevor er zu McKinsey zurück wechselte und später das etwas dubiose Startup Helsing GmbH (mit-)gründete, das sich explizit der Entwicklung militärischer KI verschrieben hat. Das Unternehmen machte u.a. dadurch von sich reden, dass bereits wenige Monate nach Gründung (mit damals angeblich 70 Mitarbeitenden) Ende 2021 der Spotify-Gründer Daniel Ek mit satten 100 Mio. Euro als Investor einstieg.[10] Als Technikchef gewann Helsing Robert Fink, der zuvor bei Palantir gearbeitet hatte. Insofern könnte Scherf tatsächlich interessante Einsichten über die Rolle von KI im Ukrainekrieg haben, da Palantir den ukrainischen Streitkräften eine Software zur Verfügung gestellt hat, die nach eigenen Angaben „für den Großteil des Targetings in der Ukraine verantwortlich" und nach Einschätzung des ukrainischen Digitalministers „besonders bei der Befreiung der Regionen Cherson, Isjum, Charkiw und Kiew nützlich gewesen" sei.[11] Gegründet wurde Palantir u.a. vom rechtsgerichteten Milliardär und Risiko-Kapitalgeber Peter Thiel.

Dazu passend war neben einer Sonderausstellungsfläche für Startups auch eine „Pitch Session" vorgesehen, in der „6[sic] ausgewählte Startups ... ihre Erfolgsgeschichten in der Umsetzung von innovativen Lösungsansätzen" vorstellen durften.[12] Organisiert wurde diese u.a. von dem Bertaungsunternehmen PwC und dem Cyber Innovation Hub der Bundeswehr, der explizit mit dem Ziel gegründet worden war, Startups und Investoren um militärisch interessante Fragestellungen zusammenzubringen. Unter den sechs auserwählten Jung-Unternehmen war mit Aleph Alpha auch ein relativ bekannter Akteur. Das Heidelberger Unternehmen hat ein eigenes, als aussichtsreich bewertetes Sprachmodell entwickelt (SZ: „Das deutsche Gegenstück zu Chat GPT") und bietet KI-Assistenzsysteme für die Industrie, Behörden und die Bundeswehr an. Im letzten Fall handelt es sich offenbar um eine Art Chatbot, der „alle Vorschriften" der Bundeswehr, die mit einer gestellten Frage im Zusammenhang stehen, durchforsten und „in einer einfach formulierten Antwort" zusammenfassen könnte.[13] Im September 2022 eröffnete das Unternehmen zudem mit alpha ONE nach eigenen Angaben das „leistungsfähigste kommerzielle

KI-Rechenzentrum in Europa“, das zugleich die Basis-Infrastruktur des Programms „AI for Government“ des GovTech Campus Germany sein soll. Auch hierbei handelt es sich um ein Vorhaben, Startups und Risikokapital zusammenzubringen, damit diese auf die Regierung zugeschnittene Dienstleistungen und Infrastrukturen bereitstellen.[14] Bislang stehen hinter Aleph Alpha verschiedene Risikokapital-Unternehmen, darunter mit Earlybird VC „einer der größten Venture-Capital-(VC)-Geber in Europa“.[15] Laut Business Insider hätten auch schon Branchengrößen wie SAP und Intel Interesse gezeigt, mit dreistelligen Millionenbeträgen bei Aleph Alpha einzusteigen.

Weitere Startups, die ihre Projekte vorstellten, waren Kenbun – ebenfalls mit einem Sprachassistenten – und motionminers, ein 2017 gegründetes Unternehmen, das bislang v.a. Logistikunternehmen bei der – vermeintlich KI-gestützten – Prozessoptimierung unterstützt. Ganz klar auch auf militärische Kunden ausgelegt ist hingegen die Prevency GmbH, die 2019 in Wuppertal entstand und Bundeswehr und NATO Simulationsumgebungen für die „kognitive Kriegsführung“ anbietet, wie Gründer Lars Niggermann und auch die Homepage des Unternehmens den „Umgang mit Informationsbedrohungen wie Desinformationskampagnen, Hate Speech und kognitiver Einflussnahme“ gerne bezeichnen.[16]

Wieder nur leere Versprechen?

Eine Darstellung dieser einzelnen Fachtagung der AFCEA bildet ein breites Bild dessen ab, was man als Lieferkette militärischer KI bezeichnen könnte. Mit ca. 250 ausstellenden Unternehmen an ca. 180 Ständen und insgesamt 2786 Besucher*innen war die Messe nicht einmal besonders groß, weitgehend auf deutsche Hersteller beschränkt und auf deutsche Auftraggeber zugeschnitten. Natürlich werden auf solchen Messen immer große Reden gehalten und hohe Erwartungen geweckt. Handelt es sich vielleicht ein weiteres Mal nur um leere Versprechen, mit denen die Unternehmen der Regierung Geld aus der Tasche locken wollen? Das Ausmaß, in dem sich hier auf fertige und seriennahe Produkte sowie bereits in der Umsetzung befindliche Großprojekte bezogen wird, spricht (leider) dagegen. Und selbst wenn die deutsche Industrie zur entsprechenden Umsetzung doch nicht fähig sein sollte oder die deutsche Regierung aufgrund „(selbst auferlegte[r]) Hürden“ tatsächlich noch nicht „mutig“ oder „schnell“ genug sein sollte, so spricht wenig dafür, dass die US-Industrie (und andere) nicht schon mindestens einen Schritt weiter sind und in der Ukraine bereits viele Dinge zur Anwendung kommen, die zumindest vor kurzem noch wie (düstere) Zukunftsmusik geklungen hätten. Vermutlich steht in der Kriegführung tatsächlich eine Zeitenwende bevor oder vollzieht sich bereits. Kongress wehrhafte Demokratie 2022 von den 233 Teilnehmenden 23% aus der Wirtschaft und 65% aus „Sicherheitsbehörden und andere[r] öffentlicher Verwaltung“.

Anmerkungen

1 „Vorstellungen und Ziele“, afcea.de (Stand Aug. 2023).
2 „Unser Jahresthema 2023“, afcea.de (Stand Aug. 2023).
3 36. AFCEA Fachausstellung – Ausstellungsheft, afcea.de (Stand Aug. 2023).
4 36. AFCEA Fachausstellung - Industrievorträge FA 2023, afcea.de (Stand Aug. 2023).
5 Patrick Glauner: KI für die Zukunftsentwicklung der Bundeswehr, wt III/2021, zugänglich über vected.de.
6 36. AFCEA Fachausstellung - Industrievorträge FA 2023, afcea.de (Stand Aug. 2023).
7 „Über uns“, rola.com (Stand Aug. 2023).
8 „D-LBO (Digitalisierung Landbasierter Operationen)“, thalesgroup.com (Stand Aug. 2023).
9 36. AFCEA Fachausstellung - Industrievorträge FA 2023, afcea.de (Stand Aug. 2023).
10 Christoph Kapalschinski: Spotify-Gründer Ek steckt 100 Millionen Euro in Künstliche Intelligenz fürs Militär, handelsblatt.de vom 9.11.2021.
11 Julia Klaus: Künstliche Intelligenz im Ukraine-Krieg, zdf.de vom 6.2.2023, sowie Moritz Tremmel: Palantir für die militärische Zielauswahl verantwortlich, golem.de vom 2.2.2023.
12 36. AFCEA Fachausstellung - Industrievorträge FA 2023, afcea.de (Stand Aug. 2023).
13 Jannis Brühl: Das deutsche Gegenstück zu Chat GPT, Süddeutsche Zeitung vom 7.3.2023, vgl. auch Eva Wolfangel: Alles wird KI, Technology Review Heft 4/2023.
14 Silke Hahn: Europas schnellstes kommerzielles KI-Rechenzentrum feierlich in Berlin eröffnet, heise.de vom 17.9.2022, sowie: „OpenAI competitor Aleph Alpha launches Europe’s fastest commercial AI data center“, the-decoder.com vom 16.9.2022.
15 Michael Kroker: Auf der Suche nach den Perlen aus der Provinz, wiwo.de vom 1.5.2023.
16 „Rüsten Sie sich für den Kampf der Narrative“, prevency.com (Stand Aug. 2023).

GovTech

Technologie – politisch, profitabel und rechtskonservativ?

von Christoph Marischka

GovTech ist ein relativ neuer Begriff. Ein entsprechender Eintrag existiert bislang lediglich in der deutschsprachigen Wikipedia, wurde im Dezember 2022 angelegt und blieb seit dem (Stand Juni 2023) weitgehend unverändert. Als treibende Kraft bei der Etablierung des Begriffs wirkt das Londoner Unternehmen Public, das 2016 von einem Investor und einem ehemaligen Regierungsbeamten gegründet wurde. 2018 veröffentlichte Public gemeinsam mit der Kapital- und Beratungsgesellschaft Accenture eine Broschüre unter dem Titel „GovTech: Europe‘s next opportunity“, in der auch für den ersten „GovTech Summit“ geworben wurde, demnach „das bislang größte Zusammentreffen von Offiziellen, Ministern und Unternehmern, das ausschließlich darauf ausgerichtet ist, wie neue Technologien öffentliche Dienstleistungen transformieren können“. Im selben Jahr entstanden erste Pilotprojekte in Polen und dem Vereinigten Königreich, 2019 auch in Dänemark und Litauen, zunächst v.a. als kleine Abteilungen von hohen Regierungsbehörden.

Seit dem wird der Begriff v.a. von Beratungsunternehmen, die zugleich als Investoren fungieren, systematisch, aber unscharf für die Schaffung von sog. „Ökosystemen“ verwendet, die Startups, öffentliche Verwaltung und Kapitalgeber zusammenbringen und „innovative Lösungen für öffentliche Dienstleistungen“ entwickeln sollen. 2022 veröffentlichte das traditionell industrienahe Joint Research Centre (JRC) der Europäischen Kommission einen Bericht über „GovTech-Praktiken in der EU“, welcher die Perspektiven und Empfehlungen der Beratungs- und Kapitalgesellschaften quasi deckungsgleich wiedergibt. Besonders in Deutschland und seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine wird der Begriff GovTech zunehmend auch in Verbindung mit der Digitalisierung der Streitkräfte etabliert. Wenn es allerdings in einem deutschsprachigen Blogbeitrag von Timo Graf von Koenigsmarck bei Capgemini heißt, „GovTech ist derzeit in aller Munde“, so trifft das doch allenfalls für die eigene Echokammer zu.

Die deutsche GovTech-Echokammer: Wegweiser Media

Zentrale und aussagekräftige Echokammern für GovTech und die damit anvisierte Fusion von Staat, Kapital- und Technologiefirmen bilden zwei Kongresse, welche die Wegweiser Media & Conferences GmbH regelmäßig im Juni unter den Titeln „Zunkunftskongress Staat & Verwaltung“ und „Wehrhafte Demokratie“ veranstaltet. Der „Zukunftskongress“ findet unter der Schirmherrschaft des Bundesinnenministeriums statt und versteht sich als „Impulsgeber für den modernen und digitalen Staat“. Nach eigenen Angaben stammten 2022 33% der knapp 2000 Teilnehmenden aus der Wirtschaft und 66% aus der öffentlichen Verwaltung, hinzu kamen 425 Referierende bei 141 Programmpunkten. Im 28-köpfigen Programmbeirat sind aktuell u.a. KPMG, Accenture, Capgemini, IBM und AWS (Amazon Web Services), das BMI, die hessische Staatskanzlei, das Bundesverwaltungsamt und die Bundesagentur für Arbeit vertreten. Ebenfalls vertreten sind hier die Unternehmen SAS, Cassini und EPAM. Die Zusammensetzung der wiederum gut 400 Referent*innen spiegelt dies relativ offensichtlich: 13 Referierende arbeiten für Accenture, zehn für Capgemini, sieben für PwC und je zwei für KMPG und Deloitte; McKinsey und EY (Ernst & Young) sind zumindest einmal vertreten. Das US-amerikanische Unternehmen SAS, das seit Jahrzehnten auf die statistische Auswertung von Daten gerade auch für sog. „Sicherheitsbehörden“ spezialisiert ist, stellt drei Referierende, Cassini sieben und EPAM sechs. Die Referierenden aus der öffentlichen Verwaltung sind gegenüber den Vertreter*innen von Unternehmen klar in der Unterzahl und stammen u.a. aus den Innenministerien des Bundes und verschiedener Bundesländer, der Finanzverwaltung auf verschiedenen Ebenen und größeren Kommunen, wo sie oft für die Umsetzung von Digitalisierungsprogrammen und „Smart-City“-Projekte zuständig sind. Ein Beispiel dafür, dass auch

hier „Drehtüreffekte“ existieren, ist die SPD-Politikerin Dilek Kalayci, die sowohl im Programmbeirat vertreten, als auch als Referentin angekündigt ist. Sie wird hierbei jeweils als Vertreterin des Unternehmen EPAM geführt, dann aber als „Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und seit Dezember 2016 Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung“ vorgestellt – was beides seit 2021 nicht mehr zutrifft. Lukrativ wird der Zukunftskongress, der vom 19. bis 21. Juni 2023 im Berliner Westhafen Event & Convention Center stattfinden wird, vermutlich auch für Jürgen Zurheide, der als Moderator der beiden wichtigsten Nachrichtensendungen des Deutschlandfunk – den „Informationen am Morgen“ und „Das war der Tag“ – bekannt ist und gleich fünf zentrale Podien moderiert, darunter die Auftakt- und die Abschlussveranstaltung. Zugleich zählen der Deutschlandfunk und der ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice – wie auch u.a. das Zentrum Digitalisierung und Fähigkeitsentwicklung der Bundeswehr – zu den knapp 500 aufgeführten „teilnehmenden Institutionen“ des Kongresses.

Deutlich stärker vertreten sind die Bundeswehr und andere Behörden der inneren und äußeren Sicherheit auf dem Kongress „Wehrhafte Demokratie“, der wenige Tage später, vom 26. bis 28. Juni im Hotel de Rome nahe dem Brandenburger Tor stattfinden wird. Auch hier moderiert Jürgen Zurheide vier zentrale Podien. Auch sonst lassen sich viele Ähnlichkeiten zum „Zukunftskongress“ ausmachen, außer, dass bei „Wehrhafte Demokratie“ ganz klar „Sicherheitsbehörden“ und Militär im Mittelpunkt stehen, er noch deutlicher von Männern aus einem konservativen bis reaktionären Spektrum dominiert wird und deutlich kleiner ist. Dies gilt auch für den Umfang des Beirats, der Zahl der „beteiligten Institutionen“ und der angekündigten Referierenden. Als „Kongresspräsident“ fungiert hier der CDU-Politiker und ehemalige Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag, Wolfgang Bosbach, der mittlerweile den Fachbeirat „Öffentliche Sicherheit“ des Unternehmens leitet, welches den Kongress veranstaltet (Wegweiser Media & Conferences GmbH). Er ist auch im ausschließlich mit Männern besetzten, sechs-köpfigen Beirat des Kongresses beteiligt – gemeinsam mit dem Geschäftsführer des Bundesverbands der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), je einem Vertreter von PwC und SAS sowie einem ehemaligen Präsidenten des LKA Baden-Württemberg und einem ehemaligen Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder. „Institutioneller Hauptpartner“ 2023 ist wiederum der BDSV, „Strategische Hauptpartner“ sind SAS und PwC, Platin-Partner ist Palantir. Unter den gut hundert „teilnehmenden Institutionen“ finden sich zudem verschiedene Polizeibehörden (auf verschiedenen Ebenen), das Auswärtige Amt, das Verteidigungsministerium, der Bundesnachrichtendienst, der Gesprächskreis Nachrichtendienste in Deutschland e.V. sowie der Deutschlandfunk und das ZDF Hauptstadtstudio. Genannt werden hier auch Fridays for Future und die letzte Generation, weil jeweils eine Vertreterin auch als Podiumsteilnehmerinnen angekündigt sind – und sich damit in schlechte Gesellschaft begeben. Das Verhältnis zwischen Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung ist hier im Vergleich zum Zukunftskongress ausgewogener zugunsten der letzteren. So ist etwa das Podium „Nationale Sicherheitsstrategie und europäische Sicherheitsarchitektur: Ziele, Schwerpunkte und Umsetzung“ neben zwei Militärs, einem Vertreter des Bundesinnenministeriums und dem CDU-Politiker Amthor nur mit einem Unternehmensvertreter des Rüstungskonzerns Hensoldt besetzt. Das zeitgleich stattfindende Podium „Vorratsdaten, quick freeze, KI & mehr: Geben wir den Sicherheitsbehörden wirklich das, was sie brauchen?“ teilen sich der Polizeipräsident von Duisburg und der Leiter der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITIS) mit einem Vertreter des Dienstleisters SAS und dem zurecht heftig umstrittenen Dauer-Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DpolG), Rainer Wendt.

Wendt war auch im vorangegangenen Kongress „Wehrhafte Demokratie“ von 2021 gleich auf zwei Podien vertreten: Einmal wiederum mit dem Polizeipräsident von Duisburg, dem Polizeipräsidenten von Baden-Württemberg und dem CDU-Innenpolitiker Burkard Dregger zur „Bekämpfung von Clan- und Kleinkriminalität“ und einmal u.a. mit (zwei) Vertretern von PwC, dem CDU-Außenpolitiker und langjährigen Präsident des Reservistenverbandes Roderich Kiesewetter und Lars Zimmermann von der bereits angesprochenen „Venture Firm“ Public. In dessen Profil wird die Tätigkeit von Public folgendermassen umschrieben: „PUBLIC unterstützt Startups und Technologieunternehmen bei Wachstum und Skalierung im öffentlichen Sektor und entwickelt konkrete Technologie- und Innovationsprojekte mit Bund, Ländern und Kommunen in Deutschland“. Weiter erfahren wir, dass Zimmermann zuvor bei der Unternehmensgruppe Axel Springer tätig war, Mitbegründer der Stiftung Neue Verantwortung war und „Investor und Senior Advisor“ bei dem Data-Analytics-Unternehmen QuantCo ist. Auf dem entsprechenden Podium sollte es u.a. um den „Einsatz von Managed Analytical Services in der Polizeiarbeit, IT-Transformations- und Harmonisierungsvorhaben wie bspw. Polizei 20/20“ und Fragen „der Aus-, Fort- und Weiterbildung von IT- und Cyberfachkräften und die Rolle der Gründerszene (“GovTech”) für die Sicherheitsbehörden“ gehen.

Der (virtuelle) GovTech Campus Berlin

Zimmermann wird dieses Jahr auch auf dem „Zukunftskongress“ sprechen. Dort ist er jedoch nicht primär als Investor bzw. Mitarbeiter mehrerer Unternehmen angekündigt, die entsprechende Dienstleistungen anbieten, sondern als Mitglied im Vorstand des GovTech Campus e.V. Dabei handelt es sich, das können wir der Homepage des beteiligten Bundesinnenministeriums entnehmen, um einen gemeinnützigen Verein mit dem Ziel, „im Rahmen der Digitalisierung die Arbeits- und Herangehensweisen der öffentlichen Verwaltung zu modernisieren, um Verwaltungsleistungen gegenüber den Bürgern und Unternehmen zu verbessern. Einen wesentlichen Mehrwert liefert der Campus über die Vernetzung mit innovativen Akteuren der Techszene, der Zivilgesellschaft, der Open-Source-Community und der angewandten Forschung aus dem Government Technologie (GovTech)“. Beteiligt sind an dem Projekt neben dem BMI und der „Venture Firm“ Public, die Bundesagentur für Sprunginnovationen (Sprin-D), die Stadt Hamburg und die Staatskanzlei Hessen sowie das Fraunhofer Institut für offene Kommunikationssysteme (FOKUS). Letzteres behauptet zwar aktuell auf seiner Homepage („über uns“): „Fraunhofer FOKUS erforscht die Digitale Vernetzung und ihre Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Technologie“. Dieser Satz findet sich jedoch unter der Überschrift, welche zugleich den (gewissermaßen totalitären) Leitsatz des Instituts darstellt: „Wir vernetzen alles“. Tatsächlich geht es bei dem wirtschaftsnahen Institut kaum um die „Erforschung“ der „Digitalen Vernetzung“ und schon gar nicht von deren „Auswirkungen“, sondern um das aktive Vorantreiben dieser in enger Kooperation mit Kapital und Industrie. Im zwölfköpfigen Kuratorium des Fraunhofer FOKUS finden sich entsprechend gleich zwei Vertreter*innen von IBM sowie je einer von Microsoft und Siemens.

Außerdem am GovTech Campus beteiligt ist das 2016 gegründete Unternehmen Merantix, „eine KI-Investitionsplattform aus Berlin, die sich der Erforschung, dem Aufbau und der Investition in KI-Unternehmen widmet“. Merantix hat dieses Jahr in (oft gleichlautenden) Beiträgen über ChatGPT und „deutsche“ KI-Entwicklungen einige Präsenz erfahren und zuletzt auch mit dem Versuch, in der Schweiz, in Allschwill, einen weiteren KI Campus aufzubauen. Vorbild soll der Merantix AI Campus Berlin sein, der in seiner Online-Präsenz (unter „Community“) mit großen Namen (AWS, Nvidia, SAP, Continental, IAV) aufwartet und (Stand Juni 2023) 43 Startups und acht (Risiko-)Kapitalunternehmen auflistet. Vom online versprochenen Glanz ist jedoch am konkreten Standort des AI Campus Berlin in der Max-Ulrich-Straße, zwischen dem weitgehend durchgentrifizierten Bezirk Mitte und den eher traurigen südlichen Ausläufern des Weddings (mal wieder) wenig zu erkennen. Kaum zu glauben, dass in diesem kleinen Glaspalast, zwischen einfachen Wohngebäuden ohne erkennbare Ausbauflächen, zwei- bis dreistellige Millionenbeträge zwischen alten großen Playern, Risikokapital und künftigen Einhörnern ausgetauscht und profitabel gemacht werden sollen. Entsprechende Netzwerke zwischen Politik, Beratungsunternehmen und Risikokapital könnten dies trotzdem möglich machen.

Ähnliches gilt für den GovTech Campus Berlin, dem weitere in Hamburg und Frankfurt folgen sollen. Anders, als der Begriff „Campus“ suggeriert, hat er noch gar keinen wirklichen Ort, sondern stellt eine Vermarktungs-Strategie dar, die sich v.a. an die Öffentliche Hand richtet, um Risikokapital profitabel zu machen. Auch im Impressum des GovTech Campus Berlin jedenfalls ist aktuell jenes unscheinbare Gebäude in der Max-Ulrich-Straße 3 angegeben, in dem sich auch der Merantix Campus befindet (und in dessen Umgebung ich mir schwerlich einen Lars Zimmermann beim Brunch vorstellen kann). Trotzdem hat der GovTech Campus zumindest schon eine Erfolgsgeschichte vorzuweisen. Es handelt sich dabei um Aleph Alpha, ein Heidelberger Startup, das als Mitglied der Merantix-“Community“ geführt wird: „Am 16. September 2022 ist am GovTech Campus Berlin Europas derzeit wohl leistungsfähigstes kommerzielles KI-Rechenzentrum eröffnet worden. Die Feierlichkeiten fanden nur symbolisch in der Bundeshauptstadt statt, denn physisch steht alpha ONE, wie das Zentrum heißt, im Raum Bayreuth in Bayern. Hinter dem Hochleistungsrechenzentrum steht als privater Betreiber die oberfränkische Alpha Layers GTS, eine hundertprozentige Tochter des Heidelberger KI-Start-ups Aleph Alpha“.

Der Staat als Beute

Aleph Alpha gilt als Kandidat für ein deutsches Einhorn im KI-Bereich, also ein Startup, das einen Marktwert über eine Mrd. Euro erreichen könnte. Laut – auf eigener Darstellung basierender – Berichterstattung habe es ein Sprachmodell entwickelt, welches „[d] as deutsche Gegenstück zu Chat GPT“ darstellen soll. Sein o.g. Rechenzentrum soll es ermöglichen, „auf in Europa stehender Infrastruktur moderne KI-Entwicklung betreiben, ohne den Abfluss von Daten nach Übersee zu befürchten. Mit der Inbetriebnahme von alpha ONE leistet Aleph Alpha einen essenziellen Beitrag zur Sicherung der digitalen Souveränität von Kunden und Partnern der öffentlichen Verwaltung, Wissenschaft und Privatwirtschaft, die nicht über die notwendige Recheninfrastruktur für modernste KI-

Screenshot der Homepage govtechcampus.de.

Anwendungen verfügen“. Aleph Alpha bietet u.a. der Bundeswehr (bzw. dem bundeseigenen IT-Dienstleister der Bundeswehr, der BWI GmbH) einen Sprachassistenten an und hat auch darüber hinaus keine Berührungsängste mit Militär- und Sicherheitsbehörden. Im Gegenteil: Es wirkt aktiv mit an Dienstleistungen, die auch den Umgang mit Daten ermöglichen, die höchster Geheimhaltung unterliegen. U.a. hierzu ist das Unternehmen im März 2023 eine strategische Allianz mit dem französischen Dienstleister Sopra Steria eingegangen, das bereits länger auch im Bereich der „Verteidigung“ aktiv ist und u.a. die Anwendungen Künstlicher Intelligenz in den Datenbanken der EU-Grenzschutzbehörden optimieren soll.

Überhaupt ist auffällig, dass in der deutschen GovTech-Echokammer, u.a. auf den o.g. Kongressen, die Themen „digitale Souveränität“ und „strategische Autonomie“ mit großem Nachdruck vorangetrieben werden – und zwar in trauter Einigkeit zwischen internationalen Kapital- und Beratungsgesellschaften (PwC, KMPG, Deloitte, EY, McKiney), den großen Playern aus den USA (IBM, Microsoft, Nvidia), internationalen und deutschen Risiko-Kapitalfonds, die oft – wie beim spektakulären Fall von Augustus Intelligence – eine große Nähe zu rechtskonservativen Kreisen der CDU aufweisen. Dasselbe ließ sich noch vor wenigen Jahren unter dem allgemeineren Schlagwort der „KI-Ökosysteme“ beobachten, wo es ebenfalls international tätige Beratungsunternehmen und Risikokapitalfonds waren, welche den Aufbau und die Förderung entsprechender „Ökosysteme“ in verschiedenen Teilen der Welt – insbesondere Deutschland und Europa – propagierten, um zu verhindern, „den Anschluss zu verlieren“.

Das dahinterliegende Kalkül der aktuellen GovTech-Echokammer brachte Lilith Wittman in einem starken Kommentar bei heise.de zur Gründung des GovTech Campus Berlin auf den Punkt:„Der GovTech Campus ist eine weitere Gründung aus der Berliner Politik-Szene, wie wir sie gerade fast wöchentlich erleben... Die Gründung macht einen problematischen Trend in der Bundesverwaltung sehr gut sichtbar: die Institutionalisierung der Externalisierung... Gründet jetzt also das Innenministerium eine Institution wie den GovTech Campus, dann baut es damit einen weiteren Ort, der es der Verwaltung ermöglicht, sich mit (potenziellen) Dienstleistern auszutauschen – und zeigt damit, dass es völlig selbstverständlich ist, dass Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen in die Verwaltung kommen, um dort Aufgaben der Kernverwaltung im digitalen Raum zu übernehmen. Damit begibt man sich immer weiter in die Abhängigkeits- und Wissensverlustspirale… Ein besonders fatales Signal sendet das Innenministerium, indem es den Campus primär mit Startup-Investoren zusammen gründet. Wenn Investoren Geld in Start-ups stecken, dann erwarten sie exponentielles Wachstum. Das können die Tech-Startups aber nur liefern, wenn sie Jahr für Jahr mehr Geld für ihre Apps und Software verlangen. Natürlich sind die Behörden die einzigen Abnehmer für Behördensoftware – für uns als Gesellschaft wird es also immer teurer. Das BMI fördert durch externe Dienstleister also Kostenexplosionen statt nachhaltigem Wissensaufbau in seinen eigenen Strukturen.“ Wie diese Anwendungen in der Praxis ausgestaltet sind, wenn sie aus relativ überschaubaren Netzwerken rechts-konservativer Entscheidungsträger(*innen) und damit verbundenen „zivilgesellschaftlichen“ Initiativen und Investoren hervorgehen, das will man sich gar nicht ausmalen.

PS: Neben dem Deutschlandfunk war auch die Bild-Zeitung am Kongress „Wehrhafte Demokratie“ zumindest mittelbar beteiligt. Nicht ohne Ironie moderierte Nena Schink von Bild TV das Podium unter dem Titel „Hate Speech und Gewalt gegen Träger öffentlicher Aufgaben“.

Kommt nun der Showdown im Sahel?

ECOWAS droht mit Intervention im Niger. Frankreich und die EU evakuieren Bürger. Doch Nachbarländer zeigen sich solidarisch.

von Pablo Flock

(Der ursprüngliche am 4. August 2023 veröffentlichte Artikel wurde am 7. August 2023 noch einmal überarbeitet und um die Positionierungen Algeriens und des Tschads, sowie der nigerianischen inneren Debatte um eine Intervention ergänzt.)

Am 1. und 2. August 2023 evakuierte das französische Militär rund 1.000 Personen, darunter über 500 Franzosen, aus dem Niger. Es begründet dies mit den Angriffen auf die französische Botschaft durch Demonstranten. Doch Beobachter fürchten, es könnte andere Gründe haben.

Der Putsch im Niger am 26. Juli 2023 folgt ähnlichen Putschen, die seit 2020 in den beiden Nachbarländern Mali und Burkina Faso stattfanden. Doch etwas ist nun anders.

Wie Mali und Burkina Faso kämpft auch der Niger seit einigen Jahren gegen verschiedene dschihadistischen Gruppen, die entweder al-Qaida oder dem Islamischen Staat die Treue schworen. Alle drei Länder sind oder waren Mitglied in der G5-Sahel-Gruppe, die die Islamisten gemeinsam mit der französischen Barkhane Mission bekämpften. Die Putschisten in allen drei Ländern nannten als Grund für ihre Machtergreifung die Unfähigkeit der zivilen Regierungen, die Sicherheitssituation unter ihre Kontrolle zu bringen. Wie in den beiden anderen Ländern wurde der Putsch von Demonstrationen begleitet, auf denen russische Fahnen wehten, Schilder mit „Frankreich tötet Niger – Es lebe Putin“ zu sehen waren und französische Flaggen brannten. Wie in Burkina Faso im Jahr 2022, griffen auch im Niger Protestierende die französische Botschaft an. Auch der Niger kündigte, wie Mali und Burkina Faso, die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich auf, wenn auch etwas schneller.

Alle drei Länder wurden nach den Putschen von der Regionalorganisation Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (auch unter dem englischen Akronym ECOWAS oder dem französischen CEDAO bekannt) mit Sanktionen belegt, bis sich die Länder wieder auf dem Weg zu Demokratie und Rechtsstaat befänden. Doch die Putschisten im Niger werden ungleich härter unter Druck gesetzt.

Flächenbrand im Sahel

Denn neben den gängigen Sanktionen, wie etwa dem Schließen der gemeinsamen Grenzen, des Waren- und Zahlungsverkehrs und Reiseverbote für die Putschisten, sprach die ECOWAS nach dem Treffen am Sonntag, 30. Juli 2023, ein Ultimatum von einer Woche aus, bis wann der abgesetzte Präsident Mohamed Bazoum freigelassen und wieder eingesetzt werden muss. Sonst werde das Bündnis „alle notwendigen Maßnahmen ergreifen“, um die verfassungsmäßige Ordnung wieder herzustellen. Dies beinhaltet ausdrücklich auch den „Rückgriff auf Gewalt“.[1] Ein Treffen der Verteidigungsminister der Mitgliedsländer, um ein solches Vorgehen zu besprechen, wurde ebenso direkt angekündigt.

Letztes Jahr hatte der Block entschieden, eine kleine ständige regionale Eingreiftruppe zu bilden, die beim Kampf gegen den Terror helfen und für Eingriffe gegen Putschisten genutzt werden kann. Über die Planungsphase kam diese bisher jedoch noch nicht hinaus.

Die in der Entscheidungsstruktur der Regionalorganisation suspendierten Putschistenregierungen in Mali und Burkina Faso positionierten sich unmittelbar gegen die Erklärung der ECOWAS. Eine militärische Intervention im Niger komme einer Kriegserklärung gegen Mali und Burkina Faso gleich und könne einen Flächenbrand im Sahel verursachen. Sie drohten den Block dann zu verlassen und implizit, auf der Seite des Nigers zu kämpfen. Auch die ebenfalls aus einem Militärputsch hervorgegangene Regierung des Mitgliedslands Guinea äußerte seine „Ablehnung gegenüber den von der ECOWAS befürworteten Sanktionen“. Sie seien „illegitim und unmenschlich“.[2]

Zudem äußerte sich die größte Militärmacht Afrikas, Algerien, besorgt um die Ankündigung der ECOWAS. Algerien grenzt im Norden an den Niger und eine Inter-

vention im Niger sei deshalb eine Bedrohung für das Land, so der Präsident Abdelmadjid Tebboune, der zudem auf Libyen und Syrien als Beispiele für nach Interventionen nachhaltig geschädigte Länder verwies.[3] Ähnlich wie Guinea äußerte sich die Obfrau der deutschen Partei die Linke im Auswärtigen Aussschuss, Sevim Dagdelen: „Eine militärische Intervention durch Ecowas und westliche Verbündete wäre völkerrechtswidrig und muss verhindert werden.“ Doch damit steht sie auf dem alten Kontinent recht alleine da.

Denn Unterstützung bekam die ECOWAS reichlich aus Europa. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell verkündete sogleich: „Die Europäische Union unterstützt alle Maßnahmen, die die ECOWAS als Reaktion auf den Staatsstreich ergriffen hat und wird sie rasch und entschlossen fördern.“ Auch Frankreich ließ verlautbaren, es unterstützte „alle regionalen Initiativen“, die darauf abzielten, „die verfassungsgemäße Ordnung wiederherzustellen.“ Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock erklärte am Dienstag, 1. August 2023, ausnahmsweise etwas zurückhaltender, sie „begrüße“ die „Bemühungen von Afrikanischer Union und ECOWAS um eine politische Lösung“.

Überraschenderweise stellt sich Nigers Nachbarland Tschad, welcher nicht Teil der ECOWAS ist, aber als treuer Vasall Frankreichs gilt, nicht hinter die Drohungen. Der Verteidigungsminister kündigte am [4]. August 2023 an, dass keine tschadischen Truppen intervenieren wollen.4 Nachdem der langjährige, durch Frankreich gestützte Herrscher des Tschads, Idriss Déby Itno, im Jahr 2021 angeblich an Kampfeswunden starb, setzten die Generäle entgegen der tschadischen Verfassung Débys Sohn als Interimspräsidenten ein. Frankreich begrüßte diesen Putsch damals und Präsident Emanuel Macron nahm zusammen mit EU-Außenrepräsentant Borrel an der Beerdigung des Diktators bei, den er dort einen „Freund Frankreichs“ nannte. Der Tschad wird deshalb auch von Putschisten in Mali und Burkina Faso oft als Beispiel dafür aufgeführt, dass es für den Westen gute und böse Putschisten gäbe, die verurteilt oder gefördert würden, je nachdem, wie sehr sie den Interessen der westlichen Mächte entsprächen.

Nun traf der Sohn des alten Freunds Frankreichs, Mahamat Idriss Déby Itno, jedoch sowohl den abgesetzten Präsidenten Bazoum wie auch die Putschisten und bietet sich als Vermittler an, anstatt den Putsch entschieden zu verurteilen. Vielleicht zweifelt auch er, ob Frankreichs Einfluss ihm als Garantiemacht noch lange helfen kann…

Schon am 30. Juli 2023 behauptete einer der Putschisten, der Luftwaffen-Colonel Amadou Abdramane, im nigrischen Staatsfernsehen, der abgesetzte Außenminister, Hassoumi Massoudou, und der Chef der Nationalgarde hätten ein Memorandum mit Frankreich unterzeichnet, das deren militärisches Eingreifen im Land erlaube. Das Gerücht verbreitete sich rasch in den sozialen Medien. Massoudou reagierte wohl nicht auf Anfragen der Presseagentur Reuters dazu. Nach Angaben der französischen Zeitung Le Monde, werde dies in Paris als „übertriebene Anschuldigung“ behandelt, auf die bis dahin „niemand eine Antwort für nötig hielt“. Verschiedene Medien sehen darin, so wie Telepolis „in diesem Wortlaut kein komplettes Dementi“.[5]

Ein weiterer Krieg für Bodenschätze?

Der französische Präsident, Emmanuel Macron, hatte schon zuvor erklärt, jegliche Angriffe auf französische Interessen würden eine „schnelle und kompromisslose Antwort“ auslösen. Doch Interessen hat Frankreich reichlich im Niger.

Der französische Atomkonzern Orano (zuvor Areva) hatte bislang als einzige ausländische Firma Zugriff auf die nigrischen Uranreserven, die zu den größten der Welt gehören. Sie befeuern, je nach Quelle, 10 bis 30% der französischen Atomkraftwerke. Frankreich bezieht bis zu 80% seines Stroms aus Nuklearenergie, hat den größten Nuklearpark der Welt und ist mit Deutschland einer der größten Stromexporteure Europas.

Und auch andere Länder Europas beziehen Uran aus dem Niger. Insgesamt machten nigrische Importe laut der Europäischen Versorgungsagentur Euratom (ESA) im Jahr 2021 24% der Lieferungen an die EU aus.

Wie die Washington Post mit Verweis auf die Financial Times schreibt, hätten die Putschisten am 31. Juli 2023 angekündigt, die Uran- und Goldexporte nach Frankreich auszusetzen.[6] In diesem Fall wären die Fragen der Journalisten in einer Pressekonferenz des Außenministeriums berechtigt, ob dies schon als Angriff auf die französischen Interessen zu werten sei. Der Sprecher spielte die Bedeutung des Nigers jedoch herunter. Die Versorgung sei extrem diversifiziert.[7] Ein Fact-Check von Reuters markiert diese Information jedoch als Fake News. Ihr Medium hätte, wie auch die BBC und andere Medien, die Falschinformation weiterverbreitet. Sie zitieren den Bergbaukonzern Orano, der am 1. August 2023 angekündigt hatte, ihre Operationen liefen weiter.[8]

Selbst wenn die Ankündigung gestimmt hätte, wäre sie nicht unbedingt endgültig. So zitiert Telepolis beispielsweise den emeritierten Forschungsdirektor des Institut de Recherche pour le Développement (Forschungsinstitut für Entwicklung), Emmanuel Grégoire, der das Minengeschäft im Land mit sechs erfolgreichen und weiteren versuchten Putschen einordnet: „In den meisten Staatsstreichen, die Niger erlebt hat, wurde der Uransektor nie grundlegend infrage gestellt.“ Auch Burkina Faso und Mali, die sich militärisch von

Frankreich und dem Westen abwendeten, hätten alle Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich und anderen Ländern aufrechterhalten.

Jedoch sind es gängige Versprechen solcher populär getragener Putsche in Westafrika, die zumeist wirklich unvorteilhaften Verträge mit meist französischen Bergbaukonzernen neu auszuhandeln. Nachdem Militärs im Jahre 2010 den Präsidenten Mahmoud Tandja beseitigt hatten, der sich mit einer Verfassungsänderung mehr als zwei Amtszeiten an der Macht halten wollte, handelte der danach neu gewählte Präsident, Mahamadou Issoufou, die Bergbauverträge mit Orano im Jahr 2014 neu aus und konnte den Anteil des nigrischen Staats am Erlös wohl signifikant steigern.[9] Dies zeigt wohl vor allem, wie billig Frankreich das nigrische Uran stets abgreifen konnte. Leider scheint trotzdem bis heute kaum Geld aus dem Minengeschäft bei der Bevölkerung anzukommen. Auf dem Human Development Index nimmt es den 189. und damit letzten Platz ein. Über 40% der Bevölkerung lebt in Armut. Manche machen immer noch die Arbeits- und Besitzverhältnisse des Uransektors dafür verantwortlich und nennen diese korrupt, beispielsweise Vijay Prashad und Kambale Musavuli in der jungen Welt. So gehöre laut jW das „staatliche“ Bergbauunternehmen Somair nur zu 15% dem nigrischen Staat und zu 85% der französischen Atomaufsichtsbehörde, Orano und einem anderen französischen Unternehmen.[10] Auf Wikipedia wird das Unternehmen zu 63% Orano und zu 37% dem nigrischen Staat zugehörig ausgewiesen.

Die US Air Force erweiterte 2019 die Air Base 201; diese sei „das größte von der US-Air Force geleitete Bauprojekt der jüngeren Geschichte und soll die Fähigkeit der Luftwaffe erweitern, Luftstreitkräfte nach Westafrika zu bringen“. Quelle: Flickr/ Airman Magazine / Perry Aston.

Zum Abschöpfen der Profite kommt zudem auch die Auslagerung der Schäden durch den Bergbau auf die Bevölkerung. In der Uranregion Arlit leiden viele Menschen an Krankheiten durch den gelben Staub. Anders als europäische Minenarbeiter können sie jedoch keine Wiedergutmachung fordern.

Der letzte Anker im Sahel

Neben den wirtschaftlichen Interessen dürften die militärischen Interessen Frankreichs, aber auch der anderen westlichen Länder, am schwersten wiegen. Seit Mali und Burkina Faso Frankreich und der EU diesbezüglich den Rücken zukehrten, wurde der Niger der „Stabilitätsanker“ des Westens in der Region. Als die französische Barkhane Mission Mali verlassen musste, zog sie sich zuerst in den Niger zurück. Dort unterhält Frankreich schon länger zusammen mit der deutschen Bundeswehr ein Luftdrehkreuz nahe der Hauptstadt Niamey. Nachdem auch die militärische Europäische Ausbildungssmission EUTM-Sahel Mali verlassen hatte, sollte sie sich nun auf den Niger konzentrieren. Wie es in der im Mai 2023 veröffentlichten neuen Sahelstrategie der Bundesregierung ausgedrückt wurde, soll dadurch ein „Stabilitätsbogen“ um die beiden von Putschisten regierten und sich Russland annähernden Nachbarländer, Mali und Burkina Faso, gebildet werden.[11] Dies steht nun ebenso auf wackeligen Füßen wie die sich noch in Kinderschuhen befindende EU Military Partnership Mission in Niger (EUMPM Niger), in der die EUTM-Sahel aufgehen sollte und für welche die Bundesregierung erst im April 2023 60 Personen mandatierte.

Bisher scheinen aber nur drei Verbindungsoffiziere für diese Mission im Land zu sein. Dazu kommen wohl rund 100 deutsche Soldat*innen, die am Luftdrehkreuz stationiert sind und eventuell einige Spezialkräfte, die (eigentlich nur) zur Ausbildung der nigrischen Spezialkräfte im Land sein sollten – letztere wirkten aber am Putsch mit. Für Deutschland ist die nigrische Basis besonders wichtig, um den Rückzug der 800 sich im Rahmen der UN-Mission MINUSMA in Mali aufhaltenden Soldaten durchzuführen, und dabei eine Rettungskette zu behalten. Auch Italien soll noch rund 300 Militärs im Land haben.

Frankreich hat jedoch noch rund 1.500 aus Mali abgezogene Soldat*innen der Barkhane-Mission in dem Land stationiert und dadurch nicht nur vitales Interesse an deren Wohlergehen, sondern auch schlagkräftige Argumente, seine Interessen durchzusetzen. Zudem hat die USA zwei Militärstützpunkte, davon eine Drohnenbasis, wo insgesamt rund 1.000 US-Soldat*innen untergebracht sind.

Bei all diesen militärischen Missionen zur Bekämpfung der islamistischen Aufständischen darf nicht vergessen werden, dass der Niger auch eine Schlüsselrolle in der europäischen Migrationsbekämpfung spielt. Er liegt zentral auf der Route nach Libyen und Algerien und war zudem in den letzten Jahren williger Helfer, nicht nur in der Festnahme von Migrant*innen, sondern auch in der Rücknahme und Ansiedlung von aus Algerien und Libyen rückgeführten Migranten.

Spielräume der Putschisten: Business as usual?

Angesichts der starken europäischen Interessen und ihrer militärischen Schlagkraft an Personal und überlegener Technik, die schon im Land sind, ist es nicht zu erwarten, dass die Putschisten auf allzu starken Konfrontationskurs mit dem Westen gehen. Den Forderungen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft stattgeben und weichen wollen sie scheinbar trotzdem nicht. Es bleibt zu erwarten, dass die neuen Herrscher des Nigers extensiv im Kontakt mit allen Stakeholdern stehen, um zu versichern, dass der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zumindest einem geregelten Abzug des Militärs aus Mali und Niger nichts im Wege steht – um im Gegenzug die Zusage zu erhalten, dass die westlichen Länder die ECOWAS nicht im Falle eines Angriffs auf den Niger unterstützen. Dieser wäre sowieso verheerend. Denn obwohl der Niger seine Streitkräfte in den letzten zehn Jahren auf rund 30.000 Soldaten versechsfachte, sind diese denen des Nachbarlands Nigeria, von dem ein Angriff der ECOWAS wohl ausgehen würde und die sich auf Abruf halten, immer noch um den Faktor acht unterlegen. Doch mit europäischer Luftunterstützung gäbe es keine Chance für den Niger. Andererseits weiß auch Frankreich, dass es seine Unbeliebtheit im Sahel durch eine Intervention nur vergrößern würde. Das Land wirklich zu besetzen, lohnt sich wohl kaum und es wäre kaum zu halten. Profitieren würden nur die Islamisten.

Ein militärisches Eingreifen der ECOWAS wird nun mit dem Ablauf des Ultimatums jedoch unwahrscheinlicher. Der kürzlich ins Amt gekommene Präsident Nigerias, Bola Tinubu, dem Kommentatoren teilweise vorwerfen sich mit der Intervention profilieren und von den ökonomischen Problemen ablenken zu wollen, bekommt einiges an Gegenwind aus dem eigenen Land. Eine Plattform der größten Oppositionsparteien, die Coalition of United Political Parties, verurteilte die Gewaltandrohung. Sie nannten eine Intervention „nicht nur nutzlos“, sondern zudem „unverantwortlich“. Die nigerianischen Sicherheitskräfte seien mit den Herausforderungen im eigenen Land, der dschihadistischen Boko Haram Miliz und kriminellen Gruppen, ausgelastet und die Bevölkerung könne sich eine weitere Verschlechterung der ökonomischen Lage durch einen Krieg nicht leisten. Wirkungsmächtiger wird jedoch der Einspruch der Senatoren sein, die nach der Senatsdebatte zu dem Thema am Samstag, 5. August 2023, verlauten ließ, dass sie den Präsidenten und „die anderen Ecowas-Führer ermutigen, die politische und diplomatische Option zu verstärken“. Besonders stark äußerten sich hier die Senatoren der nördlichen, an den Niger angrenzenden Provinzen, die eine große Zahl nigrischer Geflüchteter beherbergen – während auch im Niger wiederum rund 200.000 vor Boko Haram geflüchtete Nigerianer residieren. Ein Krieg würde auch Nigeria selbst hart treffen. Ein militärisches Eingreifen im Ausland muss laut der nigerianischen Verfassung, wenn keine unmittelbare Bedrohungslage vorliegt, vom Senat gebilligt werden. Dies scheint derzeit unwahrscheinlich und ohne Nigeria wäre eine militärische Intervention der ECOWAS, vom einzigen verbleibenden Mitgliedsland Benin aus, unsinnig.[12] Man darf also hoffen, dass den Menschen im Sahel ein weiterer und, als zwischenstaatlicher, umfassenderer Krieg erspart bleibt.

Anmerkungen

1 Abderrahmane, Abdelkader: Coup d’État au Niger: ce qui se joue au Sahel est une redistribution des cartes géopolitiques. middleeasteye.net 2.8.2023
2 Ebd.
3 Nigeria: des voix s’élèvent contre une intervention militaire au Niger. lemonde.fr 6.8.2023
4 Chad will not intervene in Niger coup, defence minister says. reuters.com 4.8.2023
5 Pany, Thomas: Putsch im Niger: Startet Frankreich den Uran-Krieg? telepolis.de 31.7.2023
6 Tharoor, Ishan: The coup in Niger puts spotlight on nation’s uranium. washingtonpost.com 1.8.2023
7 Französisches Ministerium für Europa und äußere Angelegenheiten: Niger – Q&A from the press briefing (31 July 2023) diplomatie.gouv.fr (abgerufen: 4.8.2023)
8 Reuters Fact Check: Fact Check-Niger, Mali and Burkina Faso not halting exports of uranium and gold reuters.com 2.8.2023
9 Die World Nuclear Association schreibt, dass sich die Lizenzgebühren in der Neuverhandlung von 2014 von 5,5% auf 12% erhöhten. Mittlerweile sind wieder neue Verträge aktiv, deren Details jedoch nicht bekannt sind: world-nuclear.org
10 Prashad, Vijay und Kambale Musavuli: Keine Marionetten mehr. Französische Exkolonien forcieren per Staatsstreich Abkehr von Ausbeutung, Kontrolle und Korruption. In: Junge Welt 2.8.2023
11 Marischka, Christoph: Anerkennung der Multipolarität. Bundesregierung passt ihre Sahel-Strategie an. IMI-Standpunkt2023/018 imi-online.de 25.5.2023
12 Nigeria: des voix s’élèvent contre une intervention militaire au Niger. lemonde.fr 6.8.2023

Mali im Alleingang

Mit erfolgreichem Verfassungsreferendum in Richtung Demokratie, mit MINUSMA-Rausschmiss jedoch nicht gen Westen

von Pablo Flock

Die letzte Woche des Junis 2023 brachte das Ende eines langen Kapitels für Mali, nämlich der militärischen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen (UN), und den Beginn eines neuen: Eine neue Verfassung und damit ein teilweise reformiertes politisches System wurde durch ein Referendum angenommen.

Das Land leidet seit rund zehn Jahren an mehreren militärischen Konflikten. Einer mit Milizen der ethnischen Gruppe der Tuareg, die im Jahr 2013 ihren eigenen Staat in der nördlichen Hälfte des Landes ausriefen, ist eigentlich durch ein Waffenstillstandsabkommen lange befriedet worden, droht zur Zeit aber wieder auszubrechen. Der Kampf gegen die islamistischen Gruppen, die wie die AQIM, Ansar Dine oder die Macina Befreiungsfront der al-Qaida Treue schworen oder als Islamischer Staat im Großraum Sahara zu deren Konkurrenten gehören, geht seitdem ungebremst weiter. Das Land wurde dabei von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich unterstützt, die nach einem Putsch im Jahr 2013 von einer demokratisch nicht legitimierten Regierung eingeladen wurde. Dazu kamen bald darauf die Stabilisierungsmission MINUSMA der Vereinten Nationen, Unterstützungstruppen der G5-Sahel-Staaten, die hauptsächlich aus Nachbarländern Malis besteht, und zudem die Europäische Ausbildungsmission EUTM sowie die europäische Spezialkräftemission Task Force Takuba. Deutschland war und ist sowohl an der EUTM wie auch der MINUSMA Mission beteiligt.

Die derzeitige Militärregierung wird von dem Präsidenten und Oberst Assimi Goita angeführt, der im Jahr 2020 nach Massenprotesten den vorherigen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keïta (IBK) absetzte und zuerst alle internationalen Militärmissionen erhalten wollte. Im Jahr 2021 putschte er jedoch erneut, nun gegen die von ihm eingesetzte Regierung, und machte sich selbst zum Präsidenten. Seitdem distanzierte sich die Regierung zunehmend von Frankreich und Europa, da die militärische Unterstützung durch erstere für viele im Land als Fortsetzung des Kolonialismus gilt und Frankreich außerdem schon angekündigt hatte, seine militärische Unterstützung einstellen zu wollen, und kooperiert stattdessen militärisch stärker mit Russland. Die nach dem ersten Putsch ursprünglich recht zeitnah angekündigten Wahlen wurden wegen des verfassungsgebenden Prozesses im letzten Jahr auf 2024 verschoben. Der verfassungsgebende Prozess wurde zuvor von vielen in den Ende 2021 durchgeführten Bürgerforen gefordert. Obwohl seitdem im Westen von einer Verschleppung der Rückkehr zur Demokratie und einer anbahnenden Autokratie gesprochen wird, befindet sich die Übergangsregierung eigentlich im mit der Regionalorganisation ECOWAS vereinbarten Zeitplan.

Rückkehr zur Demokratie – doch mit Starker-Mann-Prinzip

Der Entwurf wurde mit 97% nahezu einstimmig angenommen. Mit 39,4% lag die Wahlbeteiligung nicht besonders hoch,[1] jedoch kaum unter dem Wert der letzten Präsidentenwahl 2018, an der sich auch nur 42,7% der registrierten Wahlberechtigten beteiligt hatten. Die 2020 während der Pandemie stattfindende Parlamentswahl, die wegen nachträglicher Änderungen durch den Obersten Gerichtshof zu Massenprotesten führte, hatte eine noch niedrigerer Beteiligung von 35,6%.[2] Zudem boykottierten die vormals rebellischen Tuareg-Organisationen, die seit dem Waffenstillstandsabkommen die Autorität über die nördlichen Provinzen ausüben, das Referendum. In diesen Regionen, Kidal, Gao und Timbuktu, kam es denn auch zu mehr Übergriffen auf Wahlbüros und Wahlhelfer. Doch auch in anderen Regionen, zum Beispiel im Kreis Niono in der zentral gelegenen Provinz Segou, gab es bewaffnete Überfälle auf Wahllokale und Entführungen von Wahlhelfern.[3]

Vorige Regierungen hatten den Prozess für eine neue Verfassung wegen der schlechten Sicherheitslage in dem von verschiedenen dschihadistischen Gruppen heimgesuchten Land stets verschoben. Obwohl nach der französischen Militärintervention neben den Franzosen auch Soldaten aus den Nachbarstaaten im

Rahmen der G5-Sahel und eine internationale Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen die malischen Streitkräfte unterstützten, weiteten die Islamisten ihre Operationsgebiete aus. Seit dem letzten Putsch konnte die neue Administration die Macht der Zentralregierung jedoch zumindest in den zentralen und südlichen Regionen wieder festigen und den Aktionsradius der Dschihadisten einschränken, wie auch die jüngsten UN-Berichte belegen.

In vielen internationalen Medien, wo die malische Übergangsregierung seit ihrer Annäherung an Russland nie gut weg kommt, wird stark kritisiert, dass die neue Verfassung ausgeweitete Rechte für den Präsidenten vorsieht: Während dieser vorher einen Premier ernannte, der die Regierungspolitik bestimmte, kann er diese nun selbst bestimmen, und der Premier hat diese nur noch zu realisieren. Außerdem kann der schon immer direkt gewählte Präsident nun auch das Parlament auflösen und Neuwahlen anordnen. Obwohl eine solche Machtkonzentration in den Händen einer Person für das deutsche Publikum zu Recht fragwürdig erscheint – mit der hiesigen Geschichte sind mehr „Checks“ und „Balances“ der schnellen und effizienten Regierungsfähigkeit vorzuziehen, darf nicht vergessen werden, dass diese Rechte in Präsidialsystemen wie denen der USA oder Frankreichs, welchem Malis politisches System am meisten gleicht, gängig sind.Eine andere Kritik, die dahingegen durchaus berechtigt erscheint, ist dass der Übergangspräsident Assimi Goita sich, entgegen seinen Versprechungen nach seinem ersten Putsch, die Möglichkeit schuf, selbst für das Präsidentenamt zu kandidieren. Diese unter afrikanischen Putschisten gängige Salamitaktik könnte in seinem Falle sogar aufgehen, denn er erfreut sich großer Beliebtheit in der Bevölkerung.

MINUSMA in Ménaka im März 2023. Quelle: Flickr/ MINUSMA/ Harandane Dicko.

Unterstützung der Masse doch starker Gegenwind von Parteien, Bewegungen und Tuareg

Goita verteidigte die längere Übergangszeit und den verfassungsgebenden Prozess stets, obwohl sie dem Land und dem Regime zuerst Sanktionen von der Regionalorganisation ECOWAS, Frankreich und anderen westlichen Ländern einbrachte. Denn die Versammlungen des Nationalen Dialogs für die Neugründung der Republik (offene Versammlungen in verschiedenen Städten und Provinzen, in denen Bürger*innen ihre Meinungen kundtun konnten) empfohlen die Verschiebung der zuerst auf Frühjahr 2021 angesetzten Wahlen und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, um die Kandidaturen von außerhalb der als korrupt wahrgenommenen etablierten Parteien und Eliten zu ermöglichen.[4]

Es ist deswegen kaum verwunderlich, dass die politischen Parteien das Referendum nahezu durchweg verurteilten. Doch auch innerhalb der politischen Kräfte und Bewegungen, die für eine Erneuerung des politischen Systems sind, traf die Initiative der Übergangsregierung nicht nur auf Zuspruch. Die Bewegung des 5. Juni – Sammlung der patriotischen Kräfte (M5-RFP), die die Proteste gegen die die Regierung von IBK im Jahre 2020 organisiert und angeführt hatte, hat sich über die Zeit seit dem Putsch aufgespalten: Teile unterstützten den Putsch und die Militärregierung, Teile kritisieren sie. Direkt nach dem Putsch hatte sich die Bewegung noch recht geschlossen über die Nicht-Einladung zur Konferenz über die Zukunft Malis beschwert und dem Übergangsrat wegen seiner militärischen Überrepräsentation die Legitimität abgesprochen. Mit dem zweiten Putsch konnte die Regierung Teile der Bewegung kooptieren. Choguel Kokalla Maïga, einer der Wortführer der Gruppe, wurde Premierminister und Gruppen wie Yérèwolo, die schon vorher die Abkehr vom Westen hin zu Russland propagierten, genießen nun die Gunst der Regierung. Andere hingegen, besonders der Präsident des malischen Teils der linken, pan-afrikanischen Organisation „Partei der afrikanischen Solidarität für Demokratie und Unabhängigkeit“ SADI, Oumar Mariko, wurden massiver Repression ausgesetzt.[5] Teile des strategischen Komitees der Bewegung, dem bekannte Persönlichkeiten und auch ehemalige Minister angehören, benannten sich im August 2022 in M5-RFP Mali Kura (zu deutsch: Neues Mali) um und kritisierten den Übergang des Militärs und ihres ehemaligen Mitstreiters Maïga und lehnten auch das Referendum ab.[6] Der bekannte Prediger Mahmoud Dicko, der in vielen europäischen Medien – als Anführer stilisiert – nahezu alleinstehend gezeigt und zitiert wurde, ist aus der Bewegung ausgetreten. Auch er lehnte, zusammen mit verschiedenen Imamen und Islamgelehrten, das Referendum wegen der Artikulation einer säkularen Republik ab.

Andere wichtige Kontrahenten des Referendums und des Kurses der Übergangsregierung sind die Tuareg-Organisationen und -Milizen, die, wie eingangs erwähnt, zum Boykott des Referendums aufriefen und in zumindest einigen der von ihnen kontrollierten Provinzen auch keine Teilnahme zuließen, wie die Wahlbeobachter der COCEM (Coalition for Citizen Election Observation) feststellten.[7] Der Konflikt zwischen den Tuareg und der Übergangsregierung verschärft sich nun seit längerem wieder. Erstere zogen sich vor Monaten aus dem Verfassungskonvent zurück, weil sie die Abmachungen aus dem Waffenstillstandsabkommen von Algier bezüglich der Dezentralisierung und Autonomierechten für ihre Gegend nicht gewahrt sahen. Mit Flügen von Kampfjets über Stellungen der Tuareg, die mit Warnschüssen aus Flugabwehrkanonen antworteten, kam es im April zu militärischen Drohgebärden von beiden Seiten.

Die autoritäre Konfrontation der Übergangsregierung gegenüber den Tuareg und den politischen Parteien, die beide oft als von Frankreich unterstützt dargestellt werden (und dies teilweise gegebenenfalls auch sind), aber auch gegen politische Bewegungen und Personen, die eine andere Version des Neuen Malis sehen, wird in einer Studie des Instituts für Strategieforschung französischen Militärs (IRSEM) und wohl auch von Teilen der Bevölkerung als Mali Fanga beschrieben. Fanga bedeutet je nach Kontext Autorität, Gewalt oder auch Krieg.[8] Das Institut beschreibt damit auch das zunehmend robustere Vorgehen gegen die Dschihadisten seit dem Ankommen der „Militärberater“ der russischen Wagner Söldner – welches die Bevölkerung jedoch größtenteils unterstützt, wie das Institut selbst schlussfolgert und was zum Beispiel auch der deutsche Publizist Olaf Bernau von seinen Konsultationen mit Vertretern der Zivilgesellschaft in Mali berichtet.[9]

Fanga statt internationale Zusammenarbeit?

Auch das Mitte Juni von der malischen Regierung angefragte Ende der UN-Mission MINUSMA, die den UN-Sicherheitsrat nun am 30. Juni 2023 zur offiziellen Ankündigung des Abzugs bis Ende des Jahres drängte, kann man im Lichte dieses Fanga sehen. Viele Kommentatoren führen die Entscheidung der malischen Regierung hauptsächlich auf deren offen geäußerten Unmut über die Untersuchungen und Berichte der MINUSMA über eine Militäraktion des letzten Jahres zurück, bei der die malischen Streitkräfte zusammen mit Wagner Söldnern im Dorf Moura ein Massaker an rund 500 Personen begangen haben. Die malische Regierung besteht darauf, dass es sich ausschließlich um Terroristen handelte. Doch selbst wenn dem so wäre, stellten die dortigen Geschehnisse Kriegsverbrechen dar, da es sich wohl größtenteils um Exekutionen Kriegsgefangener handelt. Dazu kommen Anschuldigungen der Folter und rund 60 Vergewaltigungen in den fünf Tagen, in denen die malischen Sicherheitskräfte zusammen mit ihren weißen Verbündeten das Dorf besetzten.

Die malische Regierung nennt den Bericht eine Hetzkampagne gegen sie und ihre Verbündeten und kündigte laut dem Bericht des UN-Generalsekretariats Ermittlungen wegen militärischer Spionage an.[10] Sie behauptet, es wäre nur ermittelt worden, weil es sich um russische und nicht westliche Verbündete handelte. Zu ähnlichem Vorgehen mit europäischen Verbündeten hätte sich die MINUSMA nicht geäußert. Dafür spricht, dass Frankreich im UN-Sicherheitsrat auf diese Ermittlungen drang. Doch ganz stimmt die Anschuldigung jedenfalls nicht. Denn als französische Kampfhubschrauber im Januar 2021 eine Hochzeitsgesellschaft der ethnischen Minderheit Peul/Fulbe nahe des Dorfs Bounti attackierten und dabei auch hauptsächlich Zivilisten töteten, wurde eine solche Fact-Finding Mission der MINUSMA eingesetzt. Diese kam zu dem Schluss, dass 19 Zivilisten unter den 22 Getöteten waren.[11] Auch Frankreich hat seine Position, hierbei nur Terroristen getötet zu haben, nicht revidiert. Strafrechtliche Folgen haben auch die französischen Soldaten nicht zu befürchten. Auch andere zivile Opfer, deren Zahl laut des Armed Conflict Location & Event Data (ACLED) Projekts die offiziellen französischen Angaben von sieben Zivilisten um mehr als das siebenfache übersteigt, haben keine große Chance auf Gerechtigkeit und Entschädigung.[12]

Trotzdem scheint die malische Übergangsregierung durchaus auf robusteres Vorgehen zu setzen und auch der jüngste UN-Bericht bestätigt, dass die gesunkenen Zahlen der zivilen Opfer durch islamistische Gewalt im Zentrum des Landes teilweise darauf zurückzuführen sei. Für solches robusteres Vorgehen bezog die Regierung Helikopter und Kampfjets von Russland, während Frankreich solche Technik stets nicht verkaufen, sondern nur in Eigenregie durch Unterstützungstruppen zu Verfügung stellte, sowie gepanzerte Fahrzeuge von China. Die Bevölkerung unterstützt dies größtenteils. Das Narrativ, die französische Unterstützung hätte über die Jahre nicht gegen die Islamisten geholfen, sondern deren Ausbreitung befördert, wird bestätigt – und damit auch der „Rausschmiss“ Frankreichs, der eigentlich nur ein gesichtswahrender war, da Macron seinen Abzug angekündigt hatte, bevor Mali sich Russland zuwandte. Denn nicht nur in Mali, auch in Frankreich war die Popularität der Militärmission nach steigenden Verlusten und Skandalen wie dem in Bounti stark gesunken.

Der MINUSMA erging es nun ähnlich. Seit sie von der jetzigen Regierung aus Abwehr gegen Kritik als Instrument des westlichen Blocks dargestellt wurde,

sank ihre Popularität in der Bevölkerung massiv und der populistischen Regierung scheint es opportun, sie nun loszuwerden und ihre Autorität im Alleingang zu behaupten. Dabei gibt es durchaus auch Gegenstimmen, beispielsweise aus der Partei PARENA, die auch darauf verweist, dass über die Hälfte der stationierten Truppen und Polizeiausbilder aus afrikanischen Ländern stammen. Die Gefallenen der Bruderländer ehrend warnt diese, sich von diesen zu entfernen.[13] Obwohl die Mission nach zwei afrikanischen Kommandanten nur noch von Oberhäuptern aus EU-Ländern geführt wurde, machen europäische Länder insgesamt nur einen kleinen Anteil der Truppe aus. Neben afrikanischen Staaten werden die meisten der über 11.000 Truppen von südasiatischen Ländern wie Bangladesh, Nepal und Pakistan entsendet. Trotzdem wird die Unterstützung der europäischen Armeen und besonders ihrer Technik als entscheidend für die Mission eingeschätzt. Schon nachdem die französische Offensivmission Barkhane ausgesetzt wurde, hieß es, die MINUSMA brauche robuste Unterstützung z.B. durch ein Aufstocken des deutschen Kontingents. Nachdem sich seit Beginn der Kooperation mit der Wagner Gruppe verschiedene europäische Länder aus der MINUSMA zurückzogen, hat sich deren Operationsfähigkeit noch weiter verringert. Ihr offizielles Ende scheint somit nur ein weiterer Schritt bei der Entfernung zwischen dem Westen und Mali.

Getrennte Wege

Für Deutschland, das seine Truppen der europäischen Trainingsmission EUTM schon seit einigen Monaten in das Nachbarland Niger abgezogen hat und innerhalb dieser Mission nur noch mit einigen Militärberatern auf der strategischen Ebene vor Ort ist, ist die MINUSMA der Rahmen der verbleibenden 664 deutschen Soldat*innen im Land. Während das Verteidigungsministerium die Mission nach dem Wegfall des robusten Schutzes der auch offensiv kämpfenden, französischen Barkhane-Mission in Frage stellte, hatte das Außenministerium unter Annalena Baerbock den Einsatz verteidigt, um den Russen nicht das Feld zu überlassen. Trotzdem beschloss das Bundeskabinett im Mai 2023 den Abzug aus Mali bis 2024. Der fehlende Kooperationswille der malischen Regierung, der sich besonders an den oft nicht gegebenen Genehmigungen von Drohnenflügen zeigte, mache es unmöglich, die Missionsziele zu erreichen. Der Rauswurf durch die malische Regierung kam dem nun zuvor und zwingt zu einem schnelleren Abzug. Gegebenenfalls müsse die Bundeswehr nun auch Material wie Waffen und Munition vernichten, darunter tausende Handkranaten, Panzerfäuste und 40mm-Munition, damit diese nicht den Islamisten oder den russischen Söldnern in die Hände fallen. Die Parallele zu Afghanistan drängt sich auf. Nun sehen sich die Stimmen bestätigt, die der Terrorbekämpfung im Sahel durch überwiegend militärische Mittel schon immer kritisch gegenüberstanden, und die, die Russland im Sahel die Stirn bieten wollten, müssen wohl eine weitere Niederlage hinnehmen. Inwieweit die souveränistische Militärregierung die Lage nur mit den Wagner Söldnern durch Fanga bewältigen kann, wird sich zeigen. Denn auch hier wird die Bevölkerung mit der Zeit die Schattenseiten zu spüren bekommen. Außer bei kleinen lokalen Waffenstillstandsabkommen zwischen ethnischen Gruppen machen andere Verhandlungsansätze mit den islamistischen Gruppen, wie 2020 teilweise von Demonstrierenden gefordert, kaum Fortschritte. Und mit dem brüchigen Waffenstillstandsabkommen mit den Tuareg droht noch mal eine weitere, ernstzunehmende Front.

Anmerkungen

1 Mali approves constitutional amendments in a referendum. reuters.com 23.6.2023
2 Verfassungsgericht Malis: Resultats Nationaux Legislatives 1er Tour 29 Mars 2020. courconstitutionnelle.ml
3 Bonny, Aurore: Vote count in Malis constitutional referendum marked by kidnappings, irregularities. aa.com.tr
4 Mali dialogue backs extending juntas mandate by five years africanews.com 30.12.2021
5 Fabregat, Francois: Mali – Menaces contre la liberté d'Oumar Mariko : Déclaration du Parti SADI blogs. mediapart.fr
6 Le M5-RFP Mali Kura réaffirme son opposition au referendum : « Nous disons Non au projet de nouvelle constitution », dixit Modibo Sidibé maliweb.net 6.7.2023
7 Kaledzi, Isaac: Mali set for constitutional referendum dw.com 15.6.2023
8 Ricard, Maxime Dr.: Mali Kura, Mali Fanga. The political trajectory of Mali under military rule. IRSEM. Download PDF: irsem.fr 23.11.2022
9 Bernau, Olaf: Mali im Umbruch – Eindrücke von einer 2-wöchigen Delegationsreise nach Mali olafbernau.de
10 United Nations Security Council: Mandate renewal report. Situation in Mali. Report of the Secretary General. Download PDF: minusma.unmissions.org 1.6.2023
11 UN investigation concludes French military airstrike killed Mali civilians. news.un.org 30.3.2021
12 Freudenthal, Emmanuel, Patricia Huon et.al.: Uncovering the civilian toll of France's anti-jihadist war in Mali. thenewhumanitarian.org 16.6.2021
13 Le PARENA encourage le dialogue avec l'ONU pour le renouvellement du mandat de la Minusma et souligne la contribution africaine aux opérations de maintien de la paix au Mali. maliactu.net 25.6.2023

Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
Telefon: 07071 – 49154
Fax: 07071 – 49159
imi@imi-online.de
www.imi-online.de
IMI.FB I_M_I @imi@mastodon.social

Redaktion:
Jacqueline Andres (Tübingen), Pablo Flock (Tübingen), Thomas Gruber (Fürth), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:
Peter Clausing ist IMI Beirat und Buchautor zum Thema Naturschutz und Menschenrechte. Yasmina Dahm studierte Geschichtswissenschaft und Sozial- und Kulturanthropologie in Tübingen und macht antimilitaristisches Radio bei der Wüsten Welle. Chris Hüppmeier ist Aktivist bei der Gruppe Krieg & Frieden Kassel, Student, aktiv im Arbeitskreis Zivilklausel an der Uni Kassel und aktuell Praktikant bei der IMI. Lena Schmailzl studierte Literaturwissenschaften und Nahostudien in Tübingen, Bethlehem und Ramallah.

Bildnachweise wie angegeben außer:
Titelbild: Adrien Missika, aus der Serie „We Didn't Cross the Border, the Border Crossed Us" aus dem Jahr 2014. Weitere Werke von Adrien Missika: adrienmissika.com, Rückseite: IMI.

Hinweise zu einzelnen Texten:
Der Artikel „Militarisierung der Universitäten. Wie eine Bildungsministerin die Zivilklauseln abschaffen will" erschien bereits am 25.8.2023 in der UZ.

Bezugsbedingungen:
IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 60 € bzw. Förderabo ab 70 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 70 € bzw. Förderabo ab 80 €.

Eigentumsvorbehalt:
Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

Mitgliedschaftsformular

☐ Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: _____

Str., PLZ, Ort: _____

☐ Mein jährlicher Beitrag beträgt: _____ € (Ab einem Beitrag von 60 € Zusendung des AUSDRUCK.)
☐ Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _
BIC: _____

☐ Ich richte einen Dauerauftrag ein.
☐ Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung

_____
Datum und Unterschrift

FREITAG, 24.9.2023

Auftakt in der Schellinghausbar - Punk not War

SAMSTAG, 25.9.2023

12:15-13:45
Deutschland im Krieg (mit Russland)?
(Tobias Pflüger / N.N)

14:15-15:30
Die Medien im (Ukraine-)Krieg (N.N)

16:00-18:00
Mental im Krieg? Von der Ächtung zur neuen Akzeptanz von Militär, Bundeswehr und Waffen?!
(Jacqueline Andres, Chris Hüppmeier, Alexander Kleiß und Michael Schulze von Glaßer)

19:00-20:30
Rüstungsexporte: Interessen und Folgen
(Claudia Haydt und Susanne Weipert)

SONNTAG, 26.9.2023

9:30-10:45
Kriegswirtschaft?
Eine wirtschafts- und militärpolitische Einordnung
(Özlem Demirel und Martin Kirsch)

11:00-12:15
Die Folgen der Aufrüstung: Sozial und global
(Pablo Flock und Jürgen Wagner)

12:30-14:00
Abschlusspodium:
Wie wehren wir uns gegen die umfassende Militarisierung und mentale Kriegsstimmung?

Vorläufiges Programm